

Stenographischer Bericht

23. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIII. Gesetzgebungsperiode – 29. September 1997

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten der FPÖ an Landeshauptmann Klasnic, betreffend Aufblähung der Landesverwaltung.

Begründung der dringlichen Anfrage: Abg. Schinnerl (1867).

Beantwortung der dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Klasnic (1868).

Redner: Abg. Mag. Bleckmann (1870), Abg. Dr. Brünner (1872), Abg. Schützenhöfer (1876), Abg. Wabl (1878), Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (1881), Abg. Korp (1881), Abg. Majcen (1883), Abg. Ing. Peinhaupt (1885), Abg. Dr. Lopatka (1888), Abg. Dr. Flecker (1890), Abg. Mag. Bleckmann (1892), Abg. Mag. Zitz (1892), Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (1894), Abg. Purr (1896), Landesrat Dr. Hirschmann (1897).

Beschlußfassung (1899).

Dringliche Anfrage der Abgeordneten des Liberalen Forums, der Grünen und der FPÖ an Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, betreffend Mißachtung des Landtages und Aufblähung des Verwaltungsapparates.

Begründung der dringlichen Anfrage: Abg. Dr. Brünner (1899).

Beantwortung der dringlichen Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (1901).

Redner: Abg. Dr. Brünner (1904), Abg. Wiedner (1906), Abg. Mag. Zitz (1907), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (1909), Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (1911), Abg. Dr. Brünner (1913), Abg. Dr. Wabl (1914), Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (1915).

Beschlußfassung (1918).

Dringliche Anfrage der Abgeordneten der Grünen und des Liberalen Forums an Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, betreffend Postenschacher auf Kosten der Kultur (1867).

(Hat nicht die erforderliche Unterstützung gefunden.)

Beginn der Sitzung: 9.04 Uhr.

Präsident Dipl.-Ing. Franz Hasiba: Hohes Haus!

Heute findet eine außerordentliche Sitzung des Steiermärkischen Landtages – es ist dies die 23. Sitzung – in der laufenden XIII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, in besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt ist die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa.

Die Einberufung zu dieser außerordentlichen Sitzung erfolgte über Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dietrich, List, Mag. Hartinger, Schinnerl, Ing. Schreiner, Wiedner, Porta, Dr. Brünner und Keshmiri, zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung gemäß Paragraph 13 Absatz 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in Verbindung mit Paragraph 28 Absatz 6 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zwecks Einbringung einer dringlichen Anfrage gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Gemäß Paragraph 13 Absatz 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in Verbindung mit Paragraph 28 Absatz 6 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist der Präsident verpflichtet, den Landtag zu einer außerordentlichen Sitzung binnen fünf Tagen einzuberufen, wenn wenigstens ein Fünftel der Mitglieder es verlangt.

Der Antrag ist von zehn Abgeordneten der FPÖ und von zwei Abgeordneten des LIF, somit von zwölf Abgeordneten, unterzeichnet und entspricht daher den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage von den Abgeordneten der FPÖ an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend Aufblähung der Landesverwaltung.

Weiters wurde eingebracht eine dringliche Anfrage von den Abgeordneten des LIF, der Grünen und der FPÖ an Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek, betreffend Mißachtung des Landtages und Aufblähung des Verwaltungsapparates.

Diese beiden eingebrachten dringlichen Anfragen haben die gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde die Abführung einer Wechselrede beantragt.

Weiters wurde eingebracht eine dringliche Anfrage von den Abgeordneten der Grünen und des LIF an Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek, betreffend Postenschacher auf Kosten der Kultur.

Gemäß Paragraph 58 Absatz 1 der Geschäftsordnung kann in diesem Fall vom Landtag beschlossen werden, dieser Anfrage stattzugeben.

Wer dieser dringlichen Anfrage der Grünen und Liberalen zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Die Anfrage ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Behandlung der dringlichen Anfrage der FPÖ.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Peter Schinnerl das Wort zur Begründung dieser dringlichen Anfrage, betreffend Aufblähung der Landesverwaltung.

Abg. Schinnerl (9.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dringliche Anfrage gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Ing. Peinhaupt, Dipl.-Ing. Vesko, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Porta, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner an Frau Lan-

deshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend Aufblähung der Steirischen Landesverwaltung.

Begründung:

Bereits im Juni dieses Jahres hat es bezüglich Postenvergabe im Land Steiermark einige Unregelmäßigkeiten gegeben, weshalb sich die Abgeordneten der FPÖ veranlaßt sahen, schon zum damaligen Zeitpunkt eine dringliche Anfrage zu diesem Thema im Landtag einzubringen.

Nicht nur, daß dieses dringliche Anliegen schon zum damaligen Zeitpunkt wenig Beachtung der Mächtigen im Lande gefunden hat, sondern es wurde sogar die damals eingeführte Praxis der parteibuchorientierten Postenvergabe weiter beibehalten und inzwischen noch ausgebaut unter dem Motto „Großes Unrecht wird kleiner, wenn man es von einem höheren Posten aus betrachtet“.

Schon die Vorgangsweise im letzten Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß zeigte, daß die „Große Koalition“ nicht an einer Objektivierung im Bereich der Postenvergaben interessiert ist, da sie ein ebensolches Gesetz (Objektivierungsgesetz) der Landesregierung, die für ihre – „objektiven“ – Vorgangsweisen mittlerweile bekannt ist, zugewiesen hat.

Insbesondere wurden bereits in der letzten Regierungssitzung, das war am 22. September 1997, folgende Entscheidungen im Bereich der Postenvergabe „koalitionsobjektiv“ gefällt:

Zu Punkt 1: Besetzung des Leiters der Bezirkshauptmannschaft Fürstenfeld:

Auf Grund eines Beschlusses der Landesregierung vom 12. Dezember 1994 sollen bei Bestellung von Führungskräften des Landes Steiermark zur Auswahl unter den Kandidaten unter anderem ein Hearing abgehalten werden. In bezug auf die oben genannte Besetzung wurde dieses Hearing, auf das sich alle Bewerber schon eingehend vorbereitet hatten, zwei Tage vor dem festgesetzten Termin unter dem Vorwand des noch nicht kundgemachten Gleichbehandlungsgesetzes abgesagt und der Posten an eine Mitarbeiterin des Büros Landesrat Ressel vergeben.

Der Punkt 2: Besetzung des Vorstandes der Rechtsabteilung 2:

Die Rechtsabteilung 2, die erst vor kurzem wegen Ineffizienz eingespart wurde, wird wieder ins Leben gerufen, um einem Mitarbeiter der Frau Landeshauptmann, der ohnehin schon repräsentative Zulagen durch mehrere Aufsichtsratsposten erhält, mit einem Leiterposten zu versorgen. Ich meine es wörtlich – zu versorgen. Erschwerend muß hier noch hervorgehoben werden, daß nicht einmal eine Ausschreibung, geschweige denn ein Anhörungsverfahren für diese Besetzung stattgefunden hat.

Der Punkt 3: Besetzung der Leiterstellen für die Fachabteilung für Sozialwesen und die Kulturabteilung:

Mittlerweile zur gängigen Praxis geworden, erfolgte auch hier keine Ausschreibung und daher auch kein objektiviertes Auswahlverfahren.

Der nächste Punkt 4: Errichtung einer Stabstelle EU in der Landesamtsdirektion:

Durch eine Personalumschichtung werden der bestehenden EU-Abteilung, die bis dato anstands-

los funktioniert hat, Sachbearbeiter entzogen, um eine EU-Stabstelle, selbstverständlich unter „rot-schwarzer“ Kontrolle, zu schaffen. Die Besetzung der beiden Leiterstellen erfolgte, wie mittlerweile Usus, ohne Ausschreibung nach dem nunmehr bewährten Prinzip „eine Partei wäscht die andere“, noch leichter verständlich, „eine Hand wäscht die andere“.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an Sie, Frau Landeshauptmann, im besonderen in Ihrer Funktion als Vorsitzende der Steiermärkischen Landesregierung, folgende dringliche Anfrage:

Erstens: Aus welchem Grund wurde der Beschluß vom 12. Dezember 1994, betreffend Auswahlverfahren beziehungsweise Hearing für Führungskräfte, nicht befolgt?

Zweitens: Würden Sie diesen Beschluß noch einmal mittragen?

Drittens: Halten Sie es in Zeiten des Sparpaketes für vertretbar, daß insbesondere die Landesamtsdirektion mit zusätzlichen Stabstellen und Abteilungen ausgestattet wird, obwohl parallel dazu die jeweiligen Fachbeziehungsweise Rechtsabteilungen ohnehin weiterbestehen?

Viertens: Wie viele Posten werden durch die „Neuorganisation“ der Landesverwaltung zusätzlich geschaffen?

Fünftens: Welche Mehrkosten werden dadurch verursacht?

Gemäß Paragraph 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird die Abhaltung einer Wechselrede beantragt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (9.15 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic das Wort zur Beantwortung dieser dringlichen Anfrage. Ich bitte, Frau Landeshauptmann.

Landeshauptmann Klasnic (9.15 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag!

Gestatten Sie mir bei der Beantwortung der dringlichen Anfrage eine Vorbemerkung. Ich bedauere es, daß es zu einer Terminkollision bei der Sitzung des Steiermärkischen Landtages am vergangenen Dienstag gekommen ist. Es hat Mißverständnisse gegeben. Es war eine Vertretung für den Fall einer dringlichen Anfrage bereits seit Freitag vorbesprochen, und es tut mir leid, daß das nicht bis zum FPÖ-Klub vorgedrungen ist.

Es ist mir aber ein besonderes Anliegen klarzustellen, daß eine Mißachtung des Landtages meinerseits in keiner Weise beabsichtigt war. Ich möchte im Gegenteil meinen Respekt vor dem höchsten demokratisch-legitimierten Forum des Landes zum Ausdruck bringen, was auch meinem politischen Selbstverständnis entspricht. Schließlich war ich selbst viele Jahre Abgeordnete und auch Mitglied des Landtagspräsidiums und habe mich als Regierungsmitglied stets sehr bemüht, an den Landtagssitzungen teilzunehmen.

Terminkollisionen sind oft unvermeidlich und mit der Übernahme der Funktion des Landeshauptmannes, vor allem auf Grund der Verpflichtungen auch

außerhalb unseres Bundeslandes im österreichischen und europäischen Zusammenhang, oft noch drängen-der geworden. Die Landeshauptleutekonferenz ist und war ein solcher Termin.

Es waren, und das möchte ich dem Landtag nicht vorenthalten, sehr wichtige Themen bei der Landeshauptleutekonferenz, bei denen die steirische Präsenz und die Vertretung des steirischen Standpunktes sehr sinnvoll war. 17 Punkte standen auf der Tagesordnung: Ich nenne nur die Stichworte Flugrettung, Road pricing, Postautobuslinien, Bergrecht, Neuordnung der Elektrizitätswirtschaft, EU-Angelegenheiten, EXPO, Konsultationsmechanismus, Bundesstaatsreform und anderes mehr.

Bevor ich nunmehr die fünf Detailfragen Ihrer dringlichen Anfrage konkret beantworte, gestatten Sie mir aber auch eine grundsätzliche Feststellung zur objektiven Personaleinstellung im Land Steiermark.

Bereits im Jahr 1987, also zu einem Zeitpunkt, als die Steirische Volkspartei sowohl im Landtag als auch in der Landesregierung über die absolute Mehrheit verfügte, hat die Steiermärkische Landesregierung über Antrag des damaligen Personalreferenten Landesrat Dipl.-Ing. Franz Hasiba für die Steiermark als erstes Bundesland Österreichs das steirische Personaleinstellungsmodell beschlossen.

Dieses Personaleinstellungsmodell hat sich bestens bewährt und war Vorbild für Objektivierungsinitiativen auch in anderen Bundesländern. Ihre Detailfragen betreffen nicht die Personaleinstellung, sondern die Beförderung in leitende Positionen.

Ich beantworte Ihre Detailfragen wie folgt:

Zu Frage 1: Es gibt, wie Sie wissen, seitens des Verfassungsdienstes ein Gutachten, wonach für die Regierung keinerlei rechtliche Bindung an von ihr selbst gefaßte Beschlüsse abgeleitet werden kann. Richtigerweise hat der jeweils ressortverantwortliche politische Referent der Landesregierung ein entscheidendes Wort beim Vorschlag für Leitungspositionen in seinem Verantwortungsbereich mitzureden. Es wurde daher seitens der Ressortverantwortlichen eine Übereinkunft geschlossen, die die Besetzung dieser leitenden Positionen auf Grund der neuen Strukturen des Amtes der Landesregierung durch hochqualifizierte Personen sicherstellt. In diesem Sinne faßte die Landesregierung, bei der ja unbestrittenermaßen die Gesamtverantwortung für die Personalauswahl liegt, die entsprechenden Bestellungsbeschlüsse ohne Hearing beziehungsweise Ausschreibung. Es war dies im übrigen nicht erstmals, sondern erfolgte auch früher, wenn der qualifizierte Kandidat feststand. Ich erwähne nur beispielsweise den Leiter der Europa-Abteilung Mag. Ludwig Rader.

Frage 2: Ja, im Sinne des Regierungsbeschlusses vom 12. Dezember 1994, in dem es wörtlich heißt. Ich zitiere: „Die Entscheidungsbefugnis und politische Verantwortung für die Bestellung der Führungskräfte liegt ausschließlich bei der Dienstbehörde und somit bei der Steiermärkischen Landesregierung.“

Frage 3: Ich halte dies jedenfalls dann für vertretbar, wenn durch sinnvolle Organisationsmaßnahmen eine Verbesserung der Serviceleistungen für die Bürger des Landes und bessere Vertretung der steirischen Interessen erreicht werden kann. Die beschlossene Struk-

turänderung bedeutet keineswegs, wie in der Anfrage unterstellt, eine Aufblähung, sondern dient im Gegenteil der größeren Effizienz, Überschaubarkeit und Serviceleistung. Dies betrifft sowohl die neugegliederten Abteilungsgruppen Landesamtsdirektion als auch FOKU, die Rechtsabteilung 2 und die Rechtsabteilung 5 sowie die Fachabteilung Sozialwesen. Ich haben Ihnen im übrigen in meiner Beantwortung einer dringlichen Anfrage vom 10. Juni 1997 sowohl, was die Organisationsänderung, als auch was die Besetzungsvorschläge für die Organisationsabteilung und die Rechtsabteilung 2 betrifft, meine Absichten ganz klar und unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Was die Rechtsabteilung 2 betrifft, ist eine sensible und seriöse Befassung mit den Fragen der Ausländer in den letzten Jahren immer brisanter geworden.

Speziell auch durch den Beitritt Österreichs zur EU sind viele neue Aufgaben in allen Bereichen der Landesverwaltung dazugekommen. Im Zusammenhang mit der Neuordnung der EU-Förderungen und der Osterweiterung geht es darum, die steirische Positionierung bestmöglich zum Tragen zu bringen.

In diese angesprochene Komplexität und zunehmende Schwierigkeit von Aufgaben können nicht allein die Abteilungen eingebunden werden, deren primäre Aufgabe der Vollzug ist, noch dazu wenn man berücksichtigt, daß die steirische Landesverwaltung auch nach einem Vergleich mit den übrigen Bundesländern, den der Bundesrechnungshof in seinem Prüfbericht zur Verwaltungsinnovation zitiert hat, personell am sparsamsten ausgestattet ist. Es ist daher im Sinne einer modernen Organisationsentwicklung durchaus sinnvoll und notwendig, Stabstellen zur Vorbereitung strategischer Fragen und zur Beratung der Entscheidungsträger einzurichten. Demgegenüber sollen die operativen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der EU in den Rechts- und Fachabteilungen verbleiben.

Frage 4: Falls Sie die Frage so meinen, wie viele Personen neu in den Landesdienst aufgenommen wurden, so lautet die Antwort, eine zusätzliche Person, nämlich die Leiterin der neugeschaffenen Abteilung für das Sozialwesen. Alle anderen neuen Funktionen wurden aus dem vorhandenen Personalstand besetzt.

Inwiefern Nachbesetzungen auf deren bisherigen Arbeitsplätzen notwendig sind, ist in einigen Fällen noch nicht entschieden und wird im Rahmen der Dienstpostenplanbesprechungen festgelegt werden. Das Ergebnis dieser Dienstpostenplanbesprechungen findet seinen Niederschlag in dem vom Landtag zu genehmigenden Dienstpostenplan.

Für mein Büro kann ich Ihnen mitteilen, daß die freigewordene A-Position zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht nachbesetzt wird.

Frage 5: Zu den Mehrkosten verweise ich auf meine Antwort zur vorigen Frage. Die Kosten für die Neuschaffung des genannten Dienstpostens betragen 795.000 Schilling jährlich einschließlich der Dienstgeberanteile.

Lassen Sie mich abschließend und zusammenfassend feststellen:

Wir haben höchstes Interesse an möglichst objektiver Personalpolitik. Daher haben wir, wie ich bereits ausgeführt habe, 1987 das steirische Personalein-

stellungsmodell initiiert, und daher würde über Initiative des Landtagsklubs der Steirischen Volkspartei am 13. Mai 1997 im Steiermärkischen Landtag ein Beschlusantrag gefaßt, der sich mit der öffentlichen Ausschreibung von Dienstposten leitender Beamter befaßt. Ich habe nunmehr den Personalreferenten der Steiermärkischen Landesregierung beauftragt, bis Ende November 1997 den Entwurf eines Objektivierungsgesetzes dem Steiermärkischen Landtag vorzulegen. Ich hoffe sehr, daß dieser Entwurf eine tragfähige Grundlage für intensive und sachliche Beratungen ist und daß der Steiermärkische Landtag sodann dieses Gesetz beschließen kann. Ich bitte Sie alle und lade Sie ein, an diesen Beratungen konstruktiv mitzuwirken. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 9.25 Uhr.)

Präsident: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur eingebrachten dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt. Ich bitte, daß sich die Rednerinnen und Redner daran halten.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Magda Bleckmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Bleckmann (9.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Landesregierung!

Es ist sehr schön, daß heute einmal alle anwesend sind. Die Frau Landeshauptmann zollt, wie sie gesagt hat, dem hier anwesenden Gremium Respekt, und sie zitiert auch einen Landtagsbeschluß, den ich noch einmal wiederholen will. Am 13. Mai 1997 haben wir einstimmig beschlossen, daß Dienstposten leitender Beamter, und zwar Dienstposten der Vorstände der Rechts- und Fachabteilungen sowie der Leiter der Verwaltungsbehörden erster Instanz, öffentlich auszuschreiben sind, und dies in einer Novelle zur Dienstpragmatik aufzunehmen ist. Das wird hier großartig zitiert, aber ich frage Sie schon, wird daß, denn auch beachtet? Sie wissen sehr gut, daß im Zuge der letzten Bestellungen Ausschreibungen, so wie wir es im Landtag beschlossen haben, nicht vollzogen worden sind, daß Hearings – so wie es hier drinnensteht – nicht stattgefunden haben. Jetzt sagt die Frau Landeshauptmann, ich zolle diesem Gremium Respekt, und wir machen das, was der Landtag sagt, aber offensichtlich geschieht dies nicht. Vielmehr passiert das, was die Landesregierung, oder die Frau Landeshauptmann, oder der Herr Landeshauptmannstellvertreter haben wollen. Und wenn es dann Kollegen gibt, die dieses Gremium, den Landtag, als Kasperltheater bezeichnen, dann sind das gerade die, die eigentlichen Kasperln, die die Hand heben auf Zuruf, auf Fadenzug, und die den Mund nur dann bewegen, wenn ihnen etwas gesagt wurde.

Das sind die eigentlichen Kasperln, die wir hier herinnen sitzen haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Für uns bietet sich, und das ist das Erschütternde, das gleiche Bild, wie wir es vor dem Sommer gehabt haben. Es wird nur noch etwas schwärzer. (Abg. Purr: „Primitiver geht es nicht!“) Es ist schön klar, daß das den einen oder anderen trifft, aber es wird einmal Zeit, daß euch der Spiegel vorgehalten wird. Ihr seht, wie ihr uns selbst – alle miteinander – lächerlich macht,

wenn ihr sagt, daß das, was hier gemacht wird, ein Kasperltheater ist. Man sieht ja, wie notwendig es ist, einmal einen Sonderlandtag zu machen, damit einmal die ganze Regierung anwesend ist, damit wir einmal mehr Zuschauer haben, damit einmal alle wissen, was hier im Land vor sich geht. (Beifall bei der FPÖ.) Deshalb muß man zu diesem wichtigen Thema einen Sonderlandtag machen.

Und wenn hier welche sagen, das sind Kasperln, dann werden wir sehen, wer die Kasperln sind.

Sie meinen, daß das große Unrecht kleiner wird, wenn man es von einem höheren Posten aus betrachtet. Und das ist das Erschütternde. Vor dem Sommer waren es Doppelfunktionen, denn man traut sich untereinander nicht so ganz. Zum Beispiel beim Landesschulrat, beim Joanneum Research, bei Geschäftsführerfunktionen, die werden ja alle jeweils mit rot und schwarz besetzt. Und nach dem Sommer, jetzt im Herbst (Abg. Pußwald: „Es gibt eine Sozialpartnerschaft!“), hat es keine Zeit geben, wo man sich besonnen hat, denn der muntere Postenschacher geht weiter. Und allein bei der Aufzählung, meine sehr geehrten Damen und Herren, was hier an Aufblähungen im Verwaltungsbereich vor sich gegangen ist, wird mir schon übel. Es gab die Besetzung des Vorstandes der Rechtsabteilung 2. Dieser damals, im Jahr 1994, mit großem Tamtam und Trara eingesparte Funktion wird jetzt wieder neues Leben eingehaucht, weil die Frau Landeshauptmann drei Büroleiter hat, und davon ist ihr halt einer nicht mehr so lieb. Den hat sie jetzt ohne Ausschreibung bestellt. Wenn Sie hier sagen, Sie haben damals Ihre Absichten schon zum Ausdruck gebracht, so ist das sehr löblich. Nur, diese Absichten zum Ausdruck bringen heißt noch nicht, daß wir das deswegen für gut heißen und daß die zu bestellende Person das für gut heißt. Denn ich glaube, man tut all den Personen, die in diese Posten hineingehievt wurden, nichts Gutes, indem man sie ohne ein Hearing dort hineinsetzt und ohne eine Ausschreibung zu machen. Ich glaube, daß es für diese Personen sicherlich das beste wäre, sich beweisen zu können, denn wenn sie die Besten sind, erhalten sie dann auf Grund ihrer Qualifikation, und nicht auf Grund von Schieberei diese Positionen. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber es ist ja nicht nur die ÖVP, die diese Vorgangsweise forciert. Bei der SPÖ geht es sehr ähnlich zu. Mir kommt so vor, das ist das neue Spiel beziehungsweise ein schon altbekanntes Spiel „ene mene muh und drauß bist du“, und dann muß der Büroleiter von der Landesrätin Rieder (Abg. Dr. Flecker: „Darum seid ihr so traurig, weil ihr draußen seid!“) ins EU-Referat gehen.

Und weiter geht es, „ene mene muh und drauß bist du“, die Mitarbeiterin vom Landesrat Ressel wird in die Bezirkshauptmannschaft Fürstenfeld hineingehievt, und dies – und das ist der eigentliche Hohn an dem Ganzen – unter dem Deckmantel des Gleichbehandlungsgesetzes. (Abg. Dr. Flecker: „Wie ist das mit dem Büroleiter des Landesrates Schmid?“)

Sie waren selber nicht dabei. Es war Ihre Kollegin Bachmaier-Geltewa, die dort an den Verhandlungen für das Gleichbehandlungsgesetz teilgenommen hat. Hier werden all die, die an diesen Verhandlungen teilgenommen haben, vor den Kopf gestoßen, indem man jetzt vorschiebt, daß diese Frau zu bevorzugen ist, nur

weil es ein Gleichbehandlungsgesetz gibt, das ja übrigens noch gar nicht in Kraft ist. Dieses Gleichbehandlungsgesetz ist noch nicht kundgemacht.

Das ist ein Hohn, wie hier vorgegangen wird. Nur um Ihre Packelei zu unterstützen, wurde dieses Gleichbehandlungsgesetz nicht gemacht, sondern es wurde sicherlich nur zum Wohl der Frauen, damit eine Gleichbehandlung im Lande durchgeführt wird, gemacht. Das heißt aber nicht, daß es Gleichbehandlung gibt, nur wenn sich eine Frau bewirbt, daß genau die dann diese Position bekommt. Dagegen verwehre ich mich, denn es will niemand von uns Frauen eine Position bekommen, nur weil man eine Frau ist. Ich glaube, dem werden auch einige Herren zustimmen.

Sie haben die Qualifikation erst gar nicht festgestellt, denn im Gesetz steht, bei gleicher Qualifikation soll es dann eine Bevorzugung geben. Die Qualifikation, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann aber nur festgestellt werden, wenn ich ein Hearing und eine Ausschreibung mache. Das ist alles nicht passiert, hier hat das alles nicht stattgefunden.

Der nächste Bereich: Die Suche nach dem neuen Kulturampano bei uns im Lande. Darüber werden wir aber nachher noch mehr hören.

Nur, was uns gegen den Strich geht, daß Personen in Ämter gehievt werden ohne Ausschreibung und ohne Hearing. Und das ist entgegen dem Landtagsbeschuß, daß es Ausschreibungen und Hearings geben soll.

Der nächste Bereich: Die Aufblähung der Landesamtsdirektion, der ureigenste Bereich, wo die Frau Landeshauptmann zuständig ist. Hier entstehen drei neue Funktionen: die Landesamtsdirektionsgruppe, die Organisationsabteilung und ein EU-Referat. Aber da alles nach dem Prinzip gemacht wird, „gibst du mir, so gebe ich dir“, haben wir die Landesamtsdirektionsgruppe, dann eben die FOKU-Gruppe, die Organisationsabteilung, daneben EU-Referatsposten, das EU-Referat und dann die Fachabteilung für das Sozialwesen – schön nach dem gleichen Muster, einmal schwarz, einmal rot, einmal schwarz, einmal rot, gibst du mir, dann gebe ich dir.

Insgesamt sind in dieser Aufblähung sieben neue Gruppenabteilungen oder Referate geschaffen worden mit insgesamt sechs neuen Posten. Wozu eigentlich? Das weiß eigentlich keiner. Nur zwei wissen es, denn eine Hand wäscht die andere. Wir konnten es auch in Zeitungen lesen, „auf Grund einer Vereinbarung zwischen ÖVP und SPÖ gibt es ein umfangreiches Personalpaket“. Sie geben es hier ja zu, es gibt eine Vereinbarung, und deshalb ersparen wir uns das Theater für das Hearing und das Theater für die Ausschreibung.

Es wird damit das Recht der Beamten mit Füßen getreten. Es werden sich Personen dann überhaupt nicht mehr bewerben, die vielleicht dafür auch in Frage kommen. Damals für die Rechtsabteilung 2 hat es 13 Bewerber gegeben. Und denen allen sagt man, ihr kommt alle nicht mehr in Frage. Das ist ja alles uninteressant. Wozu soll ein Beamter sich dann überhaupt noch irgendwo bewerben, wenn er sieht, es ist schon alles ausgemacht und ausgepackelt?

Insofern haben Sie schon recht, Sie ersparen sich dieses Theater. Aber andererseits, wie gehen Sie denn hier mit den Menschen um, wie gehen Sie hier mit

Personen um, die in eine gewisse Funktion kommen und dann meinen, sie hätten vielleicht noch eine Chance, auch in eine höhere Funktion zu kommen? (Beifall bei der FPÖ.)

Wir müssen all diesen Personen sagen, ihr habt keine Chance, nicht einmal mehr, wenn ihr das richtige Parteibuch besitzt, denn es geht ja heute nur noch darum, wer steht der Frau Landeshauptmann und dem Landeshauptmannstellvertreter besser zu Gesicht. (Beifall bei der FPÖ.)

Und dann grenzt es an Hohn, wie nach der letzten Regierungssitzung, 25 Minuten nach Beschluß der Personalpackelei, alle beziehungsweise die, die gefragt wurden, und zwar der Landesrat Hirschmann und der Landeshauptmannstellvertreter, sich für ein Personaleinstellungsgesetz ausgesprochen haben. Klar, nachdem man all die Dinge, die man sich ausgemacht hat, über die Bühne gebracht hat, dann ist man für ein Personaleinstellungsgesetz. Aber die Frau Landeshauptmann hat ja noch rechtzeitig die Bremse angezogen, denn sie läßt in einem Zeitungsbericht ausrichten, „sie habe nicht das Gefühl, daß wir nicht objektiv sind.“ Sie meint also, hier geht alles objektiv vor sich, und deshalb gibt es keine Notwendigkeit für ein objektives Einstellungsgesetz. Scheinbar aber doch, denn es hat einen Auftrag gegeben, ein Personaleinstellungsgesetz vorzubereiten. Nur, jetzt kenne ich mich wirklich nicht mehr aus. Sind Sie jetzt für ein Personaleinstellungsgesetz oder sind Sie gegen ein Personaleinstellungsgesetz? Da bin ich dann schon sehr gespannt, wenn wir unseren Beschußantrag einbringen, wofür Sie jetzt wirklich stehen, denn da müssen Sie dann Farbe bekennen, meine sehr geehrten Damen und Herren

Sind Sie dafür, daß die Personaleinstellung nach objektiven Gesichtspunkten vor sich geht, oder nicht?

Nun zu den Fragen von unserer Dringlichen. Aus welchem Grund wurde der Beschluß der Landesregierung vom 12. Dezember 1994, betreffend Auswahl beziehungsweise Hearing für Führungskräfte, nicht befolgt? Die Antwort war, weil es den schon früher nicht gegeben hat. Na, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dann sind wir in einem anderen Landtag gesessen, wahrscheinlich nicht hier sondern irgendwo anders. Dieses hat immer mit Ausschreibungen und Hearing stattgefunden, und gerade auch Ludwig Rader war der, der darum gebeten hat, bitte machen wir doch ein Hearing, damit ich meine Position hier bestärken kann. (Abg. Majcen: „Mit ihm alleine!“) Na, man hätte es nur ausschreiben müssen, und das war ja auch nicht so ganz der Wunsch und Wille. Ja, Sie lachen, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber fragen Sie einmal, fragen Sie den Herrn Andrieu, fragen Sie die Frau Lehofer, ob sie sich nicht auch gerne einem Hearing gestellt hätten, fragen Sie die einmal. Ich bin mir sicher, die hätten sich gerne einem Hearing gestellt, und Sie haben denen die Chance genommen, sich hier zu beweisen und zu zeigen, daß sie wirklich die besten sein können. Und dann zu sagen, das ganze hat keine Außenwirkung, Regierungsbeschlüsse haben keine Außenwirkung. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, was ist denn das für eine Vorbildwirkung einer Regierung, wenn die eigenen Beschlüsse nicht befolgt werden müssen, weil sie keine Außenwirkung haben? Warum

sollen sich die Bürger an Gesetze halten, wenn sich die Regierung nicht einmal mehr an die eigenen Regierungsbeschlüsse hält?

Zur zweiten Frage – würden Sie diesen Beschluß noch einmal mittragen? Ja, sagen Sie. Na, das ist sehr erfreulich. Nur bitte, dann halten Sie sich auch daran, und lesen Sie auch sehr genau den ersten Teil, was da drinnensteht. Für die Spitzenpositionen der Landesverwaltung wird ein gesondertes Auswahlverfahren eingeführt. Nach einer formalen Überprüfung durch die Begutachtungskommission beziehungsweise einer allfälligen Vorbewertung durch die Auswahlkommission bildet ein Hearing die Grundlage. Auch das steht hier noch. Also entweder – oder, entweder man hält sich an den gesamten Beschluß oder man sagt, das, was wir in der Regierung beschließen ist sowieso hin-fällig, weil wir halten uns eh nicht daran. (Beifall bei der FPÖ.)

Zur dritten Frage: Halten Sie es in Zeiten des Sparpaketes für vertretbar, daß hier Aufblähungen vor sich gegangen sind? Die Frau Landeshauptmann hält es schon für vertretbar, natürlich, was soll sie denn sonst sagen. Aber wir meinen, daß das schlicht und einfach nicht vertretbar ist. Denn hier werden die Rechte der Beamten mit Füßen getreten, und hier wird gegenüber den Beamten eine nicht faire Vorgangsweise an den Tag gelegt, die keine Chancengleichheit mehr ermöglicht. Wie viele Posten wurden durch die Neuorganisation der Landesverwaltung zusätzlich geschaffen? Hier wollten Sie nicht mehr so genau antworten, wie viele es sind. Denn wir haben nicht gefragt, wieviel Personen, sondern wir haben gefragt, wie viele Posten werden durch die Neuorganisation der Landesverwaltung zusätzlich geschaffen. Das sind acht neue Posten, acht neue zusätzliche Posten, die damit geschaffen wurden. Das sind sechs zusätzliche Personen, weil zwei Posten jeweils in Personalunion gemacht wurden, aber das sind sechs zusätzliche Personen. Und wenn Sie jetzt sagen, die werden nicht nachbesetzt, na dann werden wir uns das im Dienstpostenplan ganz genau ansehen, wie Sie hier vorgehen werden, ob diese Posten, die dann woanders frei werden, nicht mehr nachbesetzt werden. Denn so, wie Sie bisher vorgegangen sind, glaube ich nicht, daß das der Wahrheit entspricht. (Beifall bei der FPÖ.)

Zur Frage, welche Mehrkosten durch diese Neuorganisation verursacht werden: Wenn Sie nur eine Person ansetzen, ist das natürlich sehr, sehr niedrig gegriffen, denn insgesamt muß ich natürlich mit sechs neuen Posten rechnen. Das sind mindestens 15 Millionen, und wir wissen alle, daß das ja Posten im obersten Bereich in der Landesverwaltung sind, das heißt, das sind Damen und Herren, die nicht alleine in diese Position gehen, sondern sie nehmen mindestens eine Sekretärin und noch einen Mitarbeiter mit auf den Weg. Das sind durchschnittlich 500.000 Schilling pro Person, das sind zusätzlich 6 Millionen zu den 15 Millionen, das sind pro Jahr mindestens, und das ist sehr niedrig gerechnet, 20 Millionen. Und wenn Sie das bis zum Ende der Legislaturperiode aufrechnen, sind das schon 60 Millionen an Mehrkosten, die allein durch diesen Bereich zusätzlich auf uns zukommen, und da sind nicht all die Dinge gerechnet, die wir in der letzten Dring-

lichen schon angesprochen haben. (Abg. Schützenhöfer: „Das ist purer Schwachsinn! Purer Schwachsinn!“)

Das ist nicht purer Schwachsinn. Rechne doch selber einmal nach, was hier vor sich geht. Rechne doch einmal nach, wie viele Posten hier neu geschaffen wurden. Und ich habe das sehr niedrig angesetzt, nämlich ohne Personaltangente. (Abg. Schützenhöfer: „Die Rechnung muß ein Architekt gemacht haben!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen, damit alles, auch das, was die Frau Landeshauptmann gesagt hat, daß es ein Personaleinstellungsgesetz geben wird, noch einmal untermauert wird, bringen wir einen Beschlußantrag ein, betreffend ein objektives Personaleinstellungsgesetz.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die steirische Landesregierung wird aufgefordert, bis Ende 1997 eine Vorlage für ein Personaleinstellungsgesetz zu erstellen, in welchem folgende Punkte enthalten sein sollen:

Erstens: lückenlose öffentliche Ausschreibung aller Abteilungsleiter-, Geschäftsführer- und Vorstandsfunktionen unter sich daraus ergebender Berücksichtigung nur jener Bewerber, die auch an der Ausschreibung teilgenommen haben.

Zweitens: namentliche Veröffentlichung aller verantwortlichen Entscheidungsträger und Aufsichtsräte.

Drittens: Berücksichtigung des Regierungsbeschlusses vom 12. Dezember 1994, betreffend Auswahlverfahren, Verfahrensschritte, Begutachtungskommission, Auswahlkommission, Bewertung – Bericht und Entscheidung, Hearing vor der Landesregierung, Datenschutz und Vorschläge der Dienstnehmervertretungen.

Viertens: leistungsorientierte Standardverträge für Geschäftsführer und Vorstandsmitglieder.

Fünftens: restriktive Beurteilung bei Bestellungen im Falle auftretender Unvereinbarkeiten.

Sechstens: Verankerung einer mindestens einmonatigen Bewerbungsfrist.

Siebtens: Vormerkung von Bewerbern für ein Jahr, wenn sie die landesgesetzlichen Anstellungserfordernisse erfüllen.

Achtens: Bescheidmäßige Bestellung beziehungsweise Absage aller Bewerber, um den Betroffenen ein Rechtsmittel einzuräumen.

Wir haben hier einige Punkte mithineingenommen, die ja schon im Fünfpunkteprogramm von Ihrem Bundeskanzler und Stellvertreter auch schon angekündigt wurden, und wir werden sehen, wie Sie sich hier verhalten werden. Ich fordere Sie auf, kehren Sie zurück zu einer dem modernen Zeitalter entsprechenden objektiven Postenvergabe, und unterstützen Sie unseren Beschlußantrag, so wie Sie es teilweise ja schon angekündigt haben und wie es heute von der Landeshauptfrau angekündigt wurde. Ich bitte Sie, unterstützen Sie das, damit wir hier wieder zu einer objektiven Postenvergabe zurückkehren können. Denn all die, die erst angekündigt haben, daß sie für eine objektive Postenvergabe sind und heute

diesem Beschlußantrag nicht zustimmen werden, das sind die wirklichen Kasperln in diesem Sitzungssaal. (Beifall bei der FPÖ – 9.46 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Brünner.

Abg. Dr. Brünner: Ich möchte mich bei dir, Herrmann Schützenhöfer, bedanken dafür, daß du mir den Vortritt läßt. Laut Geschäftsordnung käme jetzt ein Pro-Redner, ich bin selbstverständlich ein Kontra-Redner, aber vielleicht helfe ich Hermann Schützenhöfer, Kraft zu sparen, weil er kann seine Munition dann nicht nur gegen die Frau Kollegin Bleckmann, sondern auch gegen mich richten.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Sozialdemokrat Norbert Leser hat vor einiger Zeit in einem Kommentar in der „Presse“ folgendes geschrieben: „Man sollte nicht immer nur fragen, ob Österreich den Maastricht-Kriterien entspricht, sondern gelegentlich auch, ob unsere Demokratie auf der Höhe der Zeit ist.“ Norbert Leser lebt in Wien, ich möchte ihn einmal einladen in die Steiermark, weil in der Steiermark seine Frage besondere Bedeutung und Relevanz hätte. Ich behaupte, daß hier bei uns die Demokratie nicht auf der Höhe der Zeit ist. Der Artikel 3 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger aus dem Jahre 1867 sagt, daß die öffentlichen Ämter für alle Staatsbürger gleich zugänglich sind, und verlangt nur für die Ausländerinnen und Ausländer die Staatsbürgerschaft, aber jedenfalls nicht Loyalität, nicht Vertrauen und schon gar nicht eine parteipolitische Bindung.

Dieser Artikel 3 des Staatsgrundgesetzes, wenn man ihn richtig liest, gilt übrigens nicht nur für die Beamtinnen und Beamten, sondern auch für die Vertragsbediensteten, die es damals nicht gegeben hat.

Wenn Frau Landeshauptfrau – ich weiß nicht, wo sie ist – differenziert zwischen der Personaleinstellung und der Personalbeförderung, dann möchte ich schon festhalten, daß dieser Artikel III des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger nicht differenziert zwischen Personaleinstellung und Personalbeförderung, genauso nicht wie unser einstimmiger Beschluß des Steiermärkischen Landtages vom 13. Mai dieses Jahres. Auch dieser Beschluß differenziert nicht zwischen Personaleinstellung und Personalbeförderung.

Wenn Frau Landeshauptfrau sagt, sie habe Respekt vor diesem Landtag, dann möchte ich festhalten, daß ich niemandem, nicht der Frau Landeshauptfrau, nicht dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter, nicht den Damen und Herren der Regierung, so vorschnell Respektlosigkeit vorwerfe. Aber, meine Damen und Herren, was soll ich denn für einen Schluß ziehen, wenn am 13. Mai dieses Jahres der Landtag einstimmig den Beschluß faßt, daß die Vorstände und leitenden Positionen auszuschreiben sind, nicht differenziert zwischen Personaleinstellung und Personalbeförderung, und dann in diesen Wochen einfach leitende Positionen besetzt werden und nur eine, nämlich die Bezirkshauptmannschaft in Fürstenfeld, ausgeschrieben wird?

Ich würde gerne die Frau Landeshauptfrau fragen, ob sie bedenkt die Konsequenzen einer Aussage, die da lautet: „Objektivität gilt für die Einstellung, aber nicht für die Beförderung!“ Meine Damen und Herren, die Beamtinnen und Beamten, die Vertragsbediensteten in der Landesverwaltung, was müssen sie sich denken auf Grund einer solchen Aussage? Da kommt es doch offensichtlich nicht mehr darauf an, daß man in der Landesverwaltung Qualifikation erwirbt, Erfahrung erwirbt, weil das hat ja eh keinen Sinn, wenn es dann beim Gerangel um die leitenden Dienstposten keine Rolle mehr spielt. Ich halte eine solche Aussage gegenüber der Landesverwaltung für höchst demotivierend.

Ich gebe Frau Landeshauptfrau zu, daß auch unser Beschluß, den wir da am 13. Mai gefaßt haben, unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten nicht bindend ist, genausowenig wie die Beschlüsse der Landesregierung, denn nur das Gesetz ist bindend. Aber ich halte fest, daß es eine Mißachtung eines politischen Willens dieses Landtages ist, der einstimmig zum Ausdruck gebracht worden ist, wenn diese leitenden Positionen nicht ausgeschrieben werden.

Apropos Gesetzesbindung: Wir haben bei der Beratung über das Bezirkshauptmannschaftengesetz, wir Liberale, hineinreklamiert in das Gesetz, daß öffentlich ausgeschrieben wird, weil eben nur das Gesetz bindend ist. Und wir sind damals vertröstet worden mit diesem einstimmigen Beschluß, und ich habe die Vertröstung ernst genommen. Ich habe ernst genommen, daß wir fünf Parteien in diesem Landtag einen Beschluß herbeiführen, daß ab dem 13. Mai ausgeschrieben wird, was nicht der Fall gewesen ist.

Ich möchte auch noch den Artikel 7 des Bundes-Verfassungsgesetzes, den Gleichheitssatz, nennen. Dieser Artikel 7 verbietet Differenzierungen nach Rasse, Geschlecht, Religion, aber er verbietet auch Differenzierungen nach parteipolitischer Zugehörigkeit. Er fordert, daß sachliche Politik betrieben wird, und er fordert, daß unsachliche Differenzierungen hintangehalten werden.

Ich habe diese beiden Bestimmungen der Verfassung zitiert und deren Nichtbeachtung, weil ich nicht vorschnell davon reden möchte, daß die Demokratie und der Rechtsstaat in diesem Land nicht auf der Höhe der Zeit sind. Und diese beiden Bestimmungen, die fordern, daß alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gleichen Zugang zu den öffentlichen Ämtern haben sollen und müssen, ist ein Fundament der Demokratie. Die Demokratie besteht nicht nur darin, daß wir einen Landtag haben und alle paar Jahre wählen und daß es Mehrheitsentscheidungen gibt, sondern die Demokratie besteht darüber hinaus auch darin, daß die öffentliche Sache, die res publica, nicht das Eigentum von politischen Parteien ist, und besteht auch darin, daß, gerade was öffentliche Funktionen anbelangt, alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gleiche Chancen und gleichen Zugang haben müssen. (Beifall beim LIF und der FPÖ.)

Ich weiß nicht, ob ich richtig gezählt habe bei dieser Presseinformation des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, aber da geht es wahrscheinlich um acht, neun leitende Positionen und Funktionen, und

von diesen acht oder neun leitenden Positionen und Funktionen ist nur eine ausgeschrieben worden, nämlich die Bezirkshauptmannschaft in Fürstenfeld.

Wenn Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner seine Devise verkündet – ich zitiere aus einer Zeitung, du bist wörtlich zitiert worden, ich weiß nicht, ob es richtig ist –, „ich rede euch nichts drein, und ihr redet mir nichts drein“, wenn du sagst, Herr Landeshauptmannstellvertreter, „der Partner wird gute Gründe gehabt haben, die Rechtsabteilung 2 wieder errichten zu wollen, so wie ich gute Gründe hatte, die FOKU zu installieren“, wenn du sagst, „daß die derzeitige Form der Zusammenarbeit es notwendig mache, gewisse Fragen nicht zu stellen“ – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du hast mich gefragt. Das ist so nicht!“) Naja, es mag sein, du hast dann ohnehin Gelegenheit, daß du das korrigierst, was in der Zeitung gestanden ist. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe gesagt, es gibt in einer Regierung ein Vertrauensprinzip. Und das Vertrauensprinzip bedeutet, wenn ein Regierungsmitglied etwas vertritt, daß man davon ausgeht, daß es richtig ist und daß man daher mitgehen sollte. Ich habe ausdrücklich vom Vertrauensprinzip in der Regierung gesprochen. Das gilt im übrigen genauso auch für den Kollegen Schmid!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, Vertrauen ist ganz wichtig, aber – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Mir ist Vertrauen lieber als Kontrolle!“) Nein, das zitiere ich ja nicht, das hast jetzt du zitiert.

Vertrauen ist wichtig, Herr Landeshauptmannstellvertreter, aber mein Bild von den Aufgaben und den Verantwortlichen einer Landesregierung ist es, daß nicht nur Vertrauen zwischen den Regierungsmitgliedern herrscht – apropos dieses Vertrauen, ich weiß nicht, ob das in jedem Fall tatsächlich gegeben ist, wenn ich mir so manche Auseinandersetzungen in der Landesregierung anschau –, sondern ich erwarte und verlange von einer Landesregierung auch, daß der Grundsatz der Zweckmäßigkeit, daß der Grundsatz der Unparteilichkeit, daß die Gleichheit vor dem Gesetz und daß die Kontrolle ernst genommen werden. Und wenn du nur vom Vertrauen redest, dann werden all diese sonstigen Leistungserfordernisse einer Landesregierung schlicht und einfach nicht erfüllt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich halte das leninsche Prinzip für überholt. Das hat sich selbst aufgelöst – Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“)

Ich verkünde kein Leninsches Prinzip, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Ich habe den Herrn Lenin nicht zitiert, mit dem ich nichts am Hut habe, sondern, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich gehe von der Österreichischen Verfassung aus, und ich gehe von den Grundlagen des österreichischen demokratisch-rechtsstaatlichen Systems aus. (Beifall beim LIF und der FPÖ.)

Und in diesen Grundlagen befindet sich der Grundsatz der Unparteilichkeit, befindet sich der Grundsatz, daß der Gleichheitssatz zu beachten ist, und befindet sich auch der Grundsatz der Kontrolle. Ich lasse die Kontrolle nicht durch das Zitat vom Herrn Lenin diskriminieren und diskreditieren.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, meine Damen und Herren von der Regierungsbank, und ich habe das schon ein paarmal gesagt hier, daß die res publica, die öffentliche, demokratische Sache, sich im Besitz oder auch im Würgegriff von zwei Parteien in diesem Land befindet. Die Postenbesetzungen sind ein Beispiel dafür. Und wenn die beiden Damen und Herren Landeshauptleute sagen, daß man den Wunsch der SP auf Verbesserung in den Spitzenpositionen anerkenne, aber jetzt sei er erfüllt, und wenn der Herr Landeshauptmannstellvertreter sagt, naja, eigentlich hat die SPÖ ohnehin nur zehn bis zwölf Spitzenpositionen, und die anderen, abgesehen von zwei oder drei, die der FPÖ gehören, gehören der Volkspartei, meine Damen und Herren, da kriege ich einfach die Gänsehaut. Ich weiß, daß es so ist in diesem Land, aber da kriege ich schlicht und einfach – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „45 Jahre hat die ÖVP alle Spitzenpositionen besetzt, und da hat sich kein Mensch aufgeregt. Die FPÖ hat drei, wir haben sieben!“) Das rechtfertige ich genausowenig, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Leider oder Gott sei Dank sitze ich erst jetzt im Landtag und kann diesbezüglich etwas sagen. Ich rechtfertige das ja nicht, und bis zu einem gewissen Grad, Herr Landeshauptmannstellvertreter, verstehe ich dich ja. Aber ich hätte mir erwartet, als du in die Regierung gekommen bist, daß endlich einmal mit diesem Proporzgesichtspunkten und mit dieser Postenschacherei aufgehört wird. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sind der Hofrat Feil und der Glawogger SPÖ-Leute? Warum redest du von Proporz?“) Nein, das sage ich nicht, dazu komme ich noch, das sage ich nicht. Unterstelle mir bitte nicht Diesbezügliches, weil da werde ich noch darauf zu sprechen kommen.

Oder, wenn bei einer Nachbedeckung von rund 378 Millionen Schilling das Geld auf die zwei Parteien – SPÖ und ÖVP – aufgeteilt wird.

Ich möchte dich jetzt etwas fragen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, weil ich in der Hektik der Vorbereitung und in meinem Wust von Papieren ein entsprechendes Zitat nicht gefunden habe.

Aber ich bilde mir ein, irgendwo gelesen zu haben, daß du gesagt haben solltest, bei gleicher Qualifikation nimmst du einen Sozialdemokraten. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ist richtig zitiert. Ist so. Bei gleicher Qualifikation nehme ich einen Sozialdemokraten oder eine Sozialdemokratin. Richtig, das habe ich gesagt!“) Okay, weißt du, Herr Landeshauptmannstellvertreter, was du damit sagst? Das ist eine Verletzung des Gleichheitssatzes. Das ist schlicht und einfach eine Verletzung des Gleichheitssatzes, weil die parteipolitische Zugehörigkeit Ausschlag gibt für eine Postenbesetzung. Nichts gegen qualifizierte Sozialdemokraten, aber ich könnte mir vorstellen, daß es einen anderen Weg der Postenbesetzung, andere Verfahren gibt, wo diese Gerüche einer parteilichen Zugehörigkeit weg sind. Nochmals, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich hoffe, daß du dir bewußt bist, was du mit dieser Aussage, bei gleicher Qualifikation nimmst du einen Sozialdemokraten, gesagt hast. Es ist – ich bleibe dabei – eine Verletzung des Artikels VII der Bundesverfassung. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek:

„Nur habe ich das in zwei Fällen nicht getan!“ Das ehrt dich ja. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich stehe zu meiner Aussage, nur habe ich in zwei Fällen, in denen das eine Rolle hätte spielen können, davon nicht Gebrauch gemacht. Das steht ja außer Zweifel bei Feil und bei Glawogger!“) Entschuldige, aber bitte, du kannst doch abschätzen, was eine solche Aussage bei vielen Steirerinnen und Steirern, bei vielen Bürgerinnen und Bürgern für Assoziationen herbeiführt, welche Aggressionen da in manchen Bereichen geweckt werden, wenn es dann letztendlich eben auf das Parteibuch ankommt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nein, darauf kommt es letztlich nicht an. Das ist ein Irrtum!“)

Ich möchte noch einmal auf dieses Vertrauen zu sprechen kommen. Also, ich bin immer vielleicht laienhaft davon ausgegangen, daß, wenn ein Dienstgeber eine Person einstellt, er immer auch Vertrauen in diese Person hat, daß man das besonders betonen muß, das verstehe ich nicht. Und wenn Herr Kollege Flecker hier in diesem Saal davon redet, daß es natürlich selbstverständlich auf die Loyalität ankommt, und er sagt, es sei eines der wichtigsten Qualifikationskriterien, dann stimme ich ihm zu. Wenn er ein Wörtchen oder zwei hinzufügt, nämlich Loyalität gegenüber dem Staat, aber so diffus, wie diese Loyalität dort stehen bleibt, da habe ich wieder, ohne daß ich dem Kollegen etwas unterstellen möchte, und er ist nicht hier, meine größten Bedenken. (Beifall beim LIF und der FPÖ. – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Davon gehen wir aber wirklich aus, daß die Beamten wissen, daß sie dem Staat gegenüber verantwortlich sind. Das ist eine unglaubliche Unterstellung!“) Nein, das sage ich ja nicht. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du tust so, als ob die Beamten nicht wüßten, was sie zu tun hätten. Das ist doch unglaublich!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, tu mir doch nicht das unterstellen, sondern ich kritisiere den Herrn Kollegen Flecker, der es unterlassen hat, beim Wort Loyalität eine Präzision anzubringen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du tust so, als ob die Beamten nicht wüßten, was sie zu tun hätten. Das ist doch unglaublich!“) Nämlich Loyalität gegenüber dem Staat, das zeichnet die Beamtinnen und Beamten in diesem Land aus. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ja, eben, die wissen das ja eh! Die wissen das ja ohnedies, dazu brauchen sie dich bitte nicht!“) Aber er soll das sagen, daß das nicht Loyalität gegenüber einer Partei, sondern Loyalität gegenüber einem Staat bedeutet. Na, das glaube ich schon, daß sie das wissen. Da hast du schon recht. Aber sie brauchen sich auch von dir nicht sagen zu lassen, daß Vertrauen etwas ganz besonders Wichtiges ist. Denn ich gehe davon aus, daß sie Vertrauen haben. Wenn du sagst, daß du zum Proporz stehst, Herr Landeshauptmannstellvertreter, und damit aber nicht den Parteienproporz im alten Sinn meinst, dann bitte ich, daß du mir das erläuterst. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Den Proporz der Verfassung habe ich gemeint, nichts Neues!“)

Denn das, was sich hier in der Steiermark abspielt, bei diesen Aufteilungen des Vorschlagsrechtes im Hinblick auf Dienstposten, was sich hier abspielt im

Hinblick auf Organisationsreformen in der Verwaltung, das ist der Proporz der Nachkriegszeit, wie wir die Geschichte im Bund gehabt haben, und dieser Proporz ist eingeleitet und hinweggefegt worden durch ein Volksbegehren über die Medienfreiheit, ein Volksbegehren, das damals die Medien gegen diesen Proporz gestartet haben. Ich hoffe oder ich wünsche mir, daß es in Kürze wiederum zu so einem Volksbegehren seitens der Medien oder sonstiger Personen in diesem Land kommt und diesen Proporz hinweggefegt – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Den Proporz haben wir in der Verfassung stehen, in der Landesverfassung, der du so verpflichtet bist!“) In der Landesverfassung, Herr Landeshauptmannstellvertreter, steht, daß die drei – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Daher bekenne ich mich dazu, weil ich mich zur Verfassung bekenne!“ – Präsident: „Meine Herren, Sie verbrauchen gemeinsam die Redezeit des Dr. Brünner!“)

Ja, ich setze mich ganz gerne mit dir einmal öffentlich auseinander. Der Verfassungsproporz ist etwas ganz anderes. Der sagt ja nur, daß die drei größten Parteien in der Regierung sitzen.

Ich möchte auch ein paar Worte zum Herrn Landesrat Hirschmann sagen. Wieviel Zeit habe ich noch, Herr Präsident? Habe ich noch ein bißchen Zeit? (Präsident: „Sie haben noch drei Minuten Zeit, Herr Abgeordneter!“)

Ich möchte mich auch ganz kurz dem Herrn Landesrat Hirschmann widmen. Wenn du sagst, daß eben diese Objektivierung dem Miteinander geopfert worden ist, wenn du mir auf meine mündliche Anfrage gesagt hast, das ist eben das Miteinander und die Vereinbarung zwischen SPÖ und ÖVP, und so, wie du es gesagt hast, habe ich gemeint, daß du wirklich nicht dahinterstehst, dann möchte ich dich aber aus deiner Verantwortung als Personallandesrat nicht entlassen. Du hast Verantwortung als Personallandesrat, daß ausgeschrieben wird, daß die Einstellung und Beförderung im Land nach objektiven Gesichtspunkten erfolgt.

Diese Praxis, daß Spitzenpositionen oder Beförderungen nicht ausgeschrieben werden, ist auch eine Umgehung des Frauengleichbehandlungsgesetzes. Frau Kollegin Bleckmann ist schon darauf zu sprechen gekommen. Das Frauengleichbehandlungsgesetz stellt unter anderem auf die Ausschreibungen ab. Wenn nicht ausgeschrieben wird, dann läuft es bis zu einem gewissen Grad leer. Und es kommt nicht von ungefähr, daß von acht Spitzenpositionen, die jetzt besetzt wurden, nur zwei mit Frauen besetzt worden sind, obwohl das Frauengleichbehandlungsgesetz auf eine 50-Prozent-Quote abstellt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die Bezirkshauptfrau von Fürstenfeld!“) Ich habe gesagt zwei, darunter ist auch die Frau Bezirkshauptmann von Fürstenfeld.

Das Liberale Forum hat am 10. Juni ein Objektivierungs- und Ausschreibungsgesetz in den Landtag eingebracht, das bei der letzten Ausschusssitzung der Landesregierung zur Stellungnahme zugewiesen worden ist, obwohl wir Parteienverhandlungen verlangt haben, ohne Fristsetzung, eine quasi Entsorgung. Ich vernehme mit Interesse, daß Herr Landesrat Hirschmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner beschlossen haben, daß ein solches Objektivierungs-

tivierungsgesetz kommt. Ich hoffe, daß das mit der Frau Landeshauptmann accordiert ist, weil sie zunächst gesagt hat, es kommt nicht. (Landeshauptmann Klasnic: „Doch!“)

Ja, ich nehme heute deine Antwort zur Kenntnis, daß du dann doch Auftrag gegeben hast, daß ein solches Gesetz kommt. Ich bitte dich, Frau Landeshauptmann, daß du auch in unser Gesetz einmal kurz hineinschaust, weil ich glaube, daß wir einen guten Gesetzesvorschlag gemacht haben, und ich hoffe und gehe davon aus, daß unser Gesetz ebenfalls in die Beratungen einbezogen wird.

Abschließend möchte ich festhalten, daß mir ja nichts auf dem Gebiet unterstellt wird, daß meine Kritik überhaupt nicht die Personen betrifft, die hier in diese leitenden Positionen hineingekommen sind. Ich kenne sie zum Teil, und ich kenne sie zum Teil nicht. Ich rede nicht über die Qualifikationen dieser Personen, weil die weiß ich nicht. Man tut aber auch den Bewerberinnen und Bewerbern nichts Gutes, wenn man durch diese Art von Postenbesetzungen einfach den Geruch erzeugt, auch wenn das im Einzelfall nicht stimmt, daß es auf die parteipolitische Geschichte ankäme. Und ich habe mich gefreut, als ich gelesen habe, daß Frau Bezirkshauptfrau Lehofer das zum Ausdruck gebracht hat, indem sie gesagt hat, ich hätte mich gerne einem Hearing gestellt, weil ich qualifiziert bin, und ich wäre bei einem Hearing, weil ich qualifiziert bin, durchgekommen. Ich frage mich, wieso man das nicht tut. (Präsident: „Ich bitte, zum Schluß zu kommen!“)

Das ist eine Punze der Parteilichkeit, die im Einzelfall nicht stimmt. Langer Rede kurzer Sinn, meine Damen und Herren. Demokratie und Rechtsstaat bestehen nicht nur aus Wahlen und Mehrheitsentscheidungen, sondern die res publica muß öffentlich sein, die res publica muß kontrolliert werden, die res publica braucht den Gleichheitssatz, braucht Ausschreibungen und objektive Postenvergabe, und ich darf nur eines noch anmerken. Die Presseförderung, sie ist rechtsstaatlich und demokratiepolitisch ein Skandal. Seit Monaten und Jahren weisen wir darauf hin, und es ändert sich nichts. Auch die Art der Presseförderung in dem Land zeigt, daß die Frage des Herrn Leser berechtigt wäre in der Steiermark, nämlich ob die Demokratie hier auf der Höhe der Zeit ist. (Beifall beim LiF und der FPÖ. - 10.07 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hermann Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Schützenhöfer (10.07 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Landeshauptleutekonferenz nicht teilnimmt, dann ist das eine Mißachtung der existenziellen Anliegen unserer Bürger, wenn es, wie bei dieser vorwöchigen Landeshauptleutekonferenz, etwa um die Frage der Initiativen der Länder für mehr Jugendbeschäftigung geht, wenn es um die Bundesstaatsreform und damit um mehr Rechte für die Bürger dieses Landes und auch des Landtages geht, wenn es um die Neustrukturierung der E-Wirtschaft geht, um die Reform des ORF oder zum Beispiel, wie uns die Frau Landeshauptmann

berichtet hat, wenn es darum geht, daß die Landeshauptleute gemeinsam versuchen, den Anschlag sozusagen der Zentralisten abzuwehren, wieder einmal 600 Postbuslinien einstellen zu wollen.

Ich weise daher den Vorwurf der Mißachtung des Landtages nochmals und entschieden zurück, denn alle genannten Themen der Landeshauptleutekonferenz haben unmittelbare Auswirkungen auf die Bürger der Steiermark, ja es sind zum Teil elementare Interessen, Lebensinteressen, die auf dem Spiel stehen, und die man nicht, wie manche glauben, mit der linken Hand behandeln kann. Es war daher, meine Damen und Herren, nach Abwägung der Fakten selbstverständlich und die einzige mögliche - (Abg. Mag. Bleckmann: „Es geht um die Information, daß die Frau Landeshauptmann überhaupt nicht da ist, Schützi!“ - Abg. Schinnerl: „Gibt es keinen Stellvertreter?“)

Darf ich bitten, ich bin nicht der Schützi. (Abg. Mag. Bleckmann: „Oh, Entschuldigung, bist Du jetzt, sind Sie jetzt der Herr Schützenhöfer?“) Das war ich schon immer. Und ich habe mich auch immer daran gehalten, die Leute so anzusprechen, wie sie heißen. Du bist die Frau Mag. Bleckmann, und nicht Schmutzmann oder sonstwie. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ist in Ordnung, Herr Schützenhöfer, wir sind wieder per Sie!“)

Die Worte, die die Freiheitlichen gegenüber Regierungsgliedern in Verdrehung ihres Namens und gegenüber Mandataren dieses Hauses in Verdrehung ihres Namens erfinden, sind einer sachlichen, wenn auch harten Auseinandersetzung unwürdig. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Nur keine Sprüche.

Nach Abwägung der Fakten, meine Damen und Herren, war es daher selbstverständlich und die einzig mögliche und richtige Entscheidung, an diesen so wichtigen Beratungen der Landeshauptleute teilzunehmen und für die Beantwortung der dringlichen Anfrage, vollkommen geschäftsordnungskonform, einen Vertreter zu beauftragen. Das haben wir sehr genau geprüft, und es war möglich, daß der Personallandesrat, der noch dazu von der Materie her zuständig ist, die Frage beantwortet, weil eine dringliche Anfrage eine besondere Form einer schriftlichen Anfrage ist, und wenn der Landeshauptmann und der Stellvertreter des Landeshauptmannes nicht im Hause sind, kann das selbstverständlich ein anderes Regierungsmitglied machen.

Aber, meine Damen und Herren, wie dringlich, dringlich unter Anführungszeichen, die Anfrage wirklich ist oder war, wissen wir, seit sie spontan wieder zurückgezogen wurde. Wäre der FPÖ die Antwort dringlich gewesen, hätte sie vom Personallandesrat Gerhard Hirschmann schon am vorigen Dienstag erfahren, was sie heute gehört hat. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Er hat ja den entsprechenden Regierungssitzungsantrag in die Regierung eingebracht und ist mit den Vorgängen bestens vertraut.

Aber, meine Damen und Herren, und ich bedauere es, daß ich heute hier stehe und das an Sie zu richten habe, Sie wollen ja nicht anfragen, Sie wollen ja anschwärzen, ein Spektakel inszenieren, sich in Erinnerung rufen, weil offensichtlich die Freiheitlichen von der landespolitischen Bühne abgetreten sind. Sie miß-

brauchen diesen Landtag für Ihre parteipolitische Propaganda (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.), anstatt einen Beitrag zu den landespolitisch wichtigen Fragen, wie die Wirtschaftsentwicklung und die Arbeitsplatzsicherung, zu leisten. (Abg. Mag. Bleckmann: „Von Ihren Regierungsmitgliedern wird das aufgeführt, das wir hier aufzeigen! – Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Wir wollen nichts unter den Tisch kehren!“)

Meine Damen und Herren, der Landtag findet statt, weil es die erforderlichen Unterschriften gegeben hat. Wir nehmen das als Demokraten zur Kenntnis. (Abg. Mag. Bleckmann: „Bleibt euch ja nichts anderes übrig!“) Aber lassen Sie sich auch sagen, daß die landespolitischen Themen andere sind.

Wir haben im Lande – und darauf darf ich auch heute hinweisen, weil das offensichtlich bei manchen Parteien keine Rolle mehr spielt in ihrer Arbeit, die angetreten sind und das Gelöbnis abgelegt haben, für dieses Land und seine Menschen zu arbeiten – eine positive Tourismusbilanz. Wir werden die einzigen offenbar sein, die heuer eine solche als Bundesland haben.

Wir haben eine erfreuliche Wirtschaftslage insgesamt, bei allen Problemen am Arbeitsmarkt, das braucht mir niemand sagen. Jeder einzelne Arbeitslose ist ein Arbeitsloser zuviel! Daher kämpfen wir gegen die Arbeitslosigkeit. Aber wir haben insgesamt, meine Damen und Herren, eine durchaus erfreuliche Wirtschaftslage.

Wir könnten alle, über alle Parteigrenzen hinweg, ein bißchen darauf stolz sein, daß die Maßnahmen greifen und daß wir als Steiermark – mit Waltraud Klasnic als Landeshauptmann an der Spitze – in einer Zeit des Umbruchs alles in allem gut positioniert sind, so daß wir auch die großen vor uns liegenden Herausforderungen im neuen Europa bewältigen werden können.

Aber, und das ist ja der Stil der heutigen Zeit, sozusagen, auch wenn es gut geht, es darf nicht gut gehen. Und deswegen werden Zank und Hader gesucht und geschürt.

Wir haben das Thema der Personalpolitik des Landes in einer Dringlichen der Freiheitlichen an Landesrat Hirschmann am 2. Juli 1996 und in einer beinahe wortgleichen Dringlichen an Landeshauptmann Waltraud Klasnic am 10. Juni 1997 diskutiert. Und Sie wissen seit Juli 1996 das, worüber Sie sich heute so aufregen. Damals hat nämlich Hirschmann ausgesprochen, daß er Hearings für eine exzellente Vorselektion hält, die Regierung jedoch über Vorschlag des zuständigen politischen Referenten die letzte Entscheidung trifft, wie es im übrigen, meine Damen und Herren, der auch oft mißinterpretierte – ich hoffe nicht bewußt mißinterpretierte, ich hoffe nur falsch verstandene – Regierungsbeschluß vom 12. Dezember 1994 ausdrücklich vorsieht. Und Hirschmann hat damals schon vorgeschlagen, bei bestimmten Sonderfunktionen und bei Einigung der Regierungspartner auf ein Hearing zu verzichten.

Meine Damen und Herren, ich habe ein bißchen in den Protokollen geblättert – vom 2. Juli 1996: Mag. Magda Bleckmann, ich zitiere wörtlich: „Natürlich wissen wir, daß die letzte Entscheidung bei der Regierung liegt. Doch wozu dann überhaupt das Hearing,

wenn eh alles die Regierung macht.“ Und später sagt sie: „Ja, damit ersparen wir uns und den Leuten diese Farce, sich einem Hearing zu stellen.“ Das hast du damals vorgeschlagen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Dann brauchen Sie auch nicht ausschreiben. Wozu wird eine Ausschreibung gemacht? Bitte lesen Sie weiter!“) Heute kritisierst du den Umstand, daß wir bei Besetzungen von Positionen, wo klar war, wer es wird (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist ein Paradigmenwechsel!“ – Glocke des Präsidenten!), nach deinem Muster gehandelt haben.

Meine Damen und Herren, heute argumentieren die Freiheitlichen in die andere Richtung, und ich kann Ihnen daher den Vorwurf nicht ersparen, mit zweierlei Maß zu messen.

Als es etwa um Günther Grollitsch ging, da erinnere ich mich gut an das Hearing, wie haben uns die Zeitungen damals durch die Gegend gefotzt. Ich war damals gerade drei Wochen im Amt und bin dort mit Klausner & Co. gesessen, und wir haben die alle wunderbar beurteilt. Ganz zufällig war ich dann für den Dr. Grollitsch. Ich bekenne mich sehr dazu, ich bekenne mich dazu, heute noch, ich glaube, das ist ein guter Rechnungshofdirektor. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wider besseres Wissen!“) Ich bekenne mich auch zum Beschluß, den die Regierung einstimmig beschlossen hat, auch etwa in bezug auf den Ludwig Rader. Damals und auch hier beide Male Vorschläge der FPÖ. Die Personen sind qualifiziert, manche sagen, höchstqualifiziert. In Ordnung. Damals war die Vorgangsweise bestens. Aber jetzt, wenn es, ich weiß nicht, um die Mag. Lehofer geht, wenn es, ich weiß nicht, um den Dr. Andrieu geht, dann ist plötzlich alles Päckelei. Und was dem Faß den Boden ausschlägt, ausgerechnet die Frau Landeshauptmann haben Sie aus taktischen Gründen auf die Anklagebank gesetzt. (Abg. Mag. Bleckmann: „Weil sie dafür zuständig ist. Das ist halt ihr Pech, daß sie zuständig ist!“)

Meine Damen und Herren, Sie finden offenbar kein Rezept gegen Waltraud Klasnic und werden mit dem Umstand nicht fertig, daß sie wie kein anderer Politiker dieses Landes Anerkennung und Sympathie in der Bevölkerung erntet. (Beifall bei der ÖVP.)

Darum muß der Schmutzkübel her. Ich verspreche Ihnen, Sie machen die Rechnung ohne den Wirt, sprich den Wähler.

Und wie sehr Sie die Dinge durcheinanderbringen – mit der Rechnung, Frau Klubobfrau, die du heute hier angestellt hast, würde ein Volksschüler der ersten Klasse mit nicht genügend durchfallen. Ich kann nur sagen, es gibt insgesamt eine Neuaufnahme. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wir werden uns das im Dienstpostenplan sehr genau anschauen!“)

Ich darf daher, meine Damen und Herren, für die Volkspartei vier Punkte nennen:

Erstens Objektivität, Qualität und Qualifikation der Kandidaten haben selbstverständlich bei Personalentscheidungen an oberster Stelle zu stehen. Und gerade in bezug auf die Wortmeldung des Prof. Brünner sage ich als einer, der Zeit seines beruflichen Lebens nach meiner kaufmännischen Lehre auch Sekretär einer Partei war und ist, ein Parteibuch darf für die Anstellung kein Qualifikationserfordernis sein, aber ich werde immer darum kämpfen, daß es auch kein

Ausschließungsgrund sein darf, meine Damen und Herren, wenn die Qualifikation stimmt. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Wenn sich jemand zu einer Gemeinschaft politischer Natur bekennt, aus welcher Gruppierung er immer kommt, ich sage es Ihnen, der ist mir fünfmal lieber als die Opportunisten, die in der Zahl im Steigen begriffen sind, die zur richtigen Zeit bei jeder Partei waren. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Zweitens, Ausschreibungen haben stets stättzufinden. Hearings sind ein entscheidendes Auswahlkriterium, um die bestmögliche Eignung der Kandidaten herauszufinden.

Drittens, wenn auf ein Hearing verzichtet wird, was in der Entscheidung der Landesregierung liegt, muß der Vorgang nachvollziehbar und sehr klar begründbar sein. Ich sage daher nochmals, wenn Besetzungen feststehen, dann ist es doch purer Zynismus, scheinbar ein Hearing anzusetzen und damit andere Bewerber zum Narren zu halten. Und ich nehme wieder das Protokoll vom 2. Juli 1996 her, zitiere den Kollegen Wabl, der, genau wie ich heute, damals sagt, „das ist Zynismus, wenn man trotzdem ein Hearing veranstaltet“. Und Prof. Brünner, ich zitiere wörtlich, sagte damals: „Wenn ich weiß, wen ich will, dann soll man die Ausschreibungen lassen, weil es eine Sauerei ist den gegenüber, die sich bewerben.“ Du hast heute das Gegenteil gesagt. (Beifall bei der ÖVP.) Meine Damen und Herren, das heißt, alle diese sogenannten Oppositionsparteien, die zum Teil auch in der Regierung sitzen, reden und wenden die Dinge, wie sie sie gerade brauchen, und das ist auch die Qualität ihrer Angriffe. Das ist ein Schuß, der nach hinten losgeht, das wissen Sie!

Vierter Punkt. Meine Damen und Herren, selbstverständlich kann man in Ruhe und Besonnenheit und mit allem Ernst über eine völlige Systemänderung nachdenken und wie zum Beispiel in Amerika oder nun teilweise auch in Deutschland Spitzenfunktionen in der Verwaltung auf eine Legislaturperiode beschränken. Darüber müssen wir ernsthaft nachdenken, da sind viele Gesetze im Bundes- und Landesbereich zu ändern, und uns im klaren sein, daß es vielfältige Folgewirkungen einer solchen Systemänderung zu berücksichtigen gilt. Aber ich darf Ihnen als Klubobmann der Steirischen Volkspartei sagen, daß wir im Sinne unserer traditionellen Reformpolitik gerne bereit sind, auch über eine solche Variante künftiger Personalmaßnahmen zu diskutieren und bei einer entsprechenden Konsensfindung in die Tat umzusetzen.

Ich darf schließen und sagen, wir haben seit dem Jahr 1987 diesen Personalbeirat, es wird mein Kollege Franz Majcen noch darauf hinweisen, wie viele Einstellungen dort erfolgt sind. Und ich bin als sogenannter Parteipolitiker, der ich immer war, eine Zeitlang Vorsitzender des Personalbeirates gewesen unter dem Personallandesrat honoris causa Dipl.-Ing. Franz Hasiba. Wir haben in der Zeit der Absoluten, nächster ist es ja nicht so gut, der Absoluten keine einzige Empfehlung abgegeben, die nicht einstimmig gewesen wäre, weil wir uns oft lange und intensiv und manchmal mehrmals mit den Dingen zu beschäftigen hatten, aber wir konnten den Konsens immer finden, und dieses Modell war eine Pionierleistung auch der Rechtsabteilung 1, auch der Personalvertreter, die alle mitgetan haben, Eichinger, Königswieser, Ober-

ascher, die uns andere nachgemacht haben, Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, und die das in Gesetzesform gegossen haben, was im wesentlichen bei uns im Modell steht. Wir können, sollen und werden darüber reden, ob wir das auch tun, aber es ist offenbar der richtige Weg, den wir gehen, doch selbstverständlich sind wir für jede Neuerung offen, wenn sie Sinn macht und im Interesse der Betroffenen liegt.

In diesem Sinne wollen und werden wir offensiv und eingehend über ein mögliches Landesobjektivierungsgesetz beraten. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, ersuche ich Sie daher, dem Beschlußantrag, den ich nunmehr vortrage, Ihre Zustimmung zu geben.

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Flecker, Dr. Lopatka, Majcen, Purr, Bacher, Korp, betreffend Leitungsfunktionen im Landesdienst.

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis 30. November 1997 den Entwurf eines Objektivierungsgesetzes vorzulegen.

Meine Damen und Herren, kehren wir alle wieder zurück zur Arbeit für dieses Land. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 10.25 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Wabl (10.25 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach diesem langanhaltenden Applaus zur Rede der Nation, auf den ich nicht zu hoffen wage, aber Kollege Schützenhöfer, ich werde mich bemühen, differenziert zu argumentieren, und möchte dir gleich antworten auf ein Zitat von mir, das mich in dieser Form doch sehr enttäuscht hat, weil ich dich zwar als scharfzüngigen, wortgewaltigen, aber doch kooperativen Politiker als Klubobmann schätzengelern habe. Wenn du mich hier zitierst mit einem Zitat, wo ich erklärt haben soll, und das verwendest als Argument, gegen Ausschreibungen, gegen ein Hearing, so quasi nach dem Motto, du hast gesagt „wenn man ohnedies schon weiß, wer drankommt, dann wäre es falsch oder überflüssig, eine Ausschreibung und zusätzlich ein Hearing durchzuführen“. Ich weiß noch ganz genau, weil wir diese Problematik hier in diesem Hause in dieser Periode schon mehrmals diskutiert haben, und ich weiß ganz genau, aus welchem Anlaß ich diese Wortmeldung hier abgegeben habe. Aus einem Anlaß, der mich sehr betroffen gemacht hat, aus einem Anlaß, den wir heute vielleicht schon vergessen haben. Aber da ging es damals darum, daß der Leiter der Kulturabteilung bestellt wird, und da hat es diese Ausschreibung gegeben, damals sind die Auspizien noch anders gewesen, dann hat man offensichtlich noch versucht, hier den Schein zu wahren, und da haben sich, glaube ich, neun Personen aus dem Landesdienst beworben, in ehrlicher Absicht, überzeugt von ihren eigenen Fähigkeiten.

Und dann hat es dieses Hearing gegeben, obwohl, da komme ich jetzt auf den Punkt, schon vorher die Rede war, daß hier im Sinne neuer Kulturpolitik der

Herr Peter Vujica genommen wird, der damals an diesem Hearing gar nicht teilgenommen hat. Ich habe es als zynisch und menschenverachtend empfunden, acht oder neun Leute dort zum Hearing antreten zu lassen, darunter auch einen, den ich persönlich gut kenne, den Heimo Steps, der sicherlich seine Qualifikation hat, der sich später, nicht in Anlehnung an mich, aber als Wabbller tituliert hat, weil er gesagt hat, wir gehen da zum Hearing hin, und dann wird ein anderer genommen.

Und unter diesem Gesichtspunkt habe ich gesagt, wenn man von vornherein sagt, daß man einen anderen nimmt, dann halte ich es für falsch, ein Hearing durchzuführen.

Aber die Geschichte hat uns dann ja anderes gezeigt, und die Maske ist in dem Fall leider Gottes gefallen.

Aber, Frau Landeshauptfrau, wobei ich hier diese Anfrage als an beide Hauptverantwortlichen gerichtet betrachte, weil für mich Sie zwar die Chefin der Regierung sind, aber diese Personalfragen in trauter Eintracht und in einer gegenseitigen Vertrauensbeziehung offensichtlich getroffen werden. Kriterien, die nach unserer Verfassung sicherlich nicht ausschlaggebend sind. Aber es herrscht offensichtlich durch ein Nichteinmischungsprinzip Einigkeit: Wenn du deine Posten aussuchst oder besetzt, dann lasse ich dich in Ruhe, und umgekehrt.

Aber, Frau Landeshauptfrau Klasnic, Sie wissen, daß wir sehr oft darüber diskutieren, wie in diesem Lande Entscheidungen, auch Personalentscheidungen, von der Bevölkerung zur Kenntnis genommen werden.

Ich möchte hier zwei Aspekte anziehen, die bisher noch nicht beleuchtet sind, die mir aber sehr zu denken geben. Auf der einen Seite, und du hast es vorher besonders hervorgehoben, dieses Objektivierungsmodell. Da wird ein Objektivierungsmodell angewandt für Posten, die alle im unteren Bereich sind. Und wer mich kennt, weiß, daß ich den Beruf des Straßenarbeiters oder den Beruf im handwerklichen Dienst für mindestens genauso wichtig nehme als jene Posten, die im höheren Bereich sind. Es gibt also hier Ausschreibungen in den entsprechenden Zeitungen, es gibt dann Bewerbungen – und ich erzähle immer wieder diese eine Geschichte, weil sie einfach treffend ist –, und dann werden Tests durchgeführt. Jene, die in der Kommission sind, wissen, wie das vor sich geht. Und das sind solche Tests, und ich glaube, wir zwei haben einmal darüber gesprochen, daß sogar ein ÖVP-Bürgermeister, der sich für den Posten eines Beschäftigten im handwerklichen Dienst, für einen Straßenarbeiterdienst, beworben hat, auf Grund der schwierigen Fragen, die dort gestellt worden sind, auf Grund dieser Befragungen, auf Grund dieser Art von Hearing gar nicht drangekommen ist. Also, er war geeignet, daß er den Bürgermeister in dieser Gemeinde – ich glaube, es war eine südsteirische Gemeinde – mit der Zustimmung der Bevölkerung ausübt, aber auf der anderen Seite konnte er die schwere Hürde in den Straßendienst des Landes nicht überspringen. Was meine ich damit? Hier werden, und das soll anerkannt sein, nachdem damals dieses Modell eingeführt worden ist, zumindest Versuche unternommen, objektive Kriterien einzuführen, objektive Kriterien zu beachten.

Ich weiß selber, wie oft im Landtag diskutiert worden ist – der Kollege Strenitz wird sich auch noch erinnern –, wo immer wieder gesagt worden ist, naja, gut, bei allen Posten im Land gibt es keine Objektivierung, da werden immer nur Menschen nach dem Parteibuch genommen. Hier ist zumindest dieser Versuch begonnen worden, der zu einer Entschärfung der Situation dort beigetragen hat, obwohl es manche noch gibt, die sagen, daß natürlich auch die Parteibuchwirtschaft in dem Bereich nicht ganz zurückgedrängt wurde. Aber immerhin war das ein erfreulicher Versuch.

Auf höchster Ebene passieren eben andere Kriterien. Also die Mächtigen in diesem Lande suchen sich ihre Bereichsleiter nach eigenen Kriterien aus. Und hier sind diese Objektivierungsmaßstäbe nicht maßgebend, hier, und das ist etwas, möchte ich auch noch als zweiten Gesichtspunkt anmerken, Herr Landeshauptfraustellvertreter und Frau Landeshauptfrau, was die Beamten in diesem Lande und die Beschäftigten auch sehr deprimiert. An der unteren Ebene, bei den Bezirkshauptmannschaften, überall heißt es, wir müssen einsparen, wir müssen hier schlanker werden, wir müssen die Aufgaben für die Bevölkerung mit einer Anzahl von Beschäftigten bewältigen, die zumindest nicht größer werden darf im Sinne der Maastricht-Kriterien, im Sinne der Verschuldung und so weiter. Also, jene Beamten, mit denen ich zu tun habe, erklären mir immer wieder, daß sie schon manchmal am Rande der möglichen Kapazität stehen.

Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, werden die Posten im oberen Bereich vermehrt. Die Regierungsbüros sind in den letzten Jahren um mehr als 15 Prozent gewachsen, es sind neue VIIIer-Posten aufgemacht worden. Wo bleibt hier der Spargedanke? Was sagen die Beamten draußen, im Lande? Die bringen ständig zum Ausdruck, daß bei den Kleinen, und das ist ja auch im Volksmund so, gespart wird, und bei den Großen werden großzügige Möglichkeiten geschaffen, um hier Personen des Vertrauens zu installieren.

Ein zweiter Punkt, damit ich meine 20 Minuten nicht unnötig überziehe, zur Frage der Postenbesetzung. Es sind schon alle Bereiche angeschnitten worden. Mich hat nur etwas verwundert, Kollegin Bleckmann, die Bestellung der Kollegin Lehofer, daß Sie als Frau hier Ihre Zweifel anmelden. Ich darf das ganz deutlich sagen, daß ich sehr froh darüber bin – und ich kenne sie auch persönlich –, daß Gott sei Dank wieder eine Frau als Bezirkshauptfrau in der Steiermark tätig ist, weil ich einfach der Meinung bin, daß ohnedies viel zu wenig Frauen in Spitzenpositionen, auch als Bezirkshauptfrauen, tätig sind.

Noch dazu in Fürstenfeld. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Für dich gemacht, Martin!“) Das war ein Geschenk für mich. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Jetzt hast du es richtig verstanden!“) Das hast du vielleicht so aufgefaßt, aber man sollte hier die Person Lehofer nicht abwerten, sondern ich bin der Meinung, daß dies ein Schritt in die richtige Richtung ist. Was ich aber für falsch halte, daß man es zuerst ausschreibt und dann dieses Hearing wieder absagt. Das ist ein glatter Vertrauensbruch, auch gegenüber den anderen Bewerbern. Ich habe zum Beispiel jemanden getrof-

fen, der sich wochenlang darauf vorbereitet hat, der tagelang vorher schon aufgereggt war, und dann hat es auf einmal geheißen, das Hearing findet nicht statt, das wird abgesagt.

Ich hätte, Kollege Schützenhöfer, an dich eine Frage gestellt, und auch an den Herrn Landeshauptfraustellvertreter Schachner, zur Kulturpolitik, zu der meine Kollegin Edith Zitz später noch Stellung nehmen wird. Glauben Sie ehrlich, ohne daß ich jemandem jetzt nahetreten will, daß der legendäre Hanns Koren - ich glaube, vor einem Monat ist dieses berührende Porträt im Fernsehen gezeigt worden über seine Kulturpolitik, über seine Vorstellungen von Kultur, und welchen Stempel er diesem Lande zukunftsweisend aufgedrückt hat, und wie er von Heimat gesprochen hat, und wie er das wirklich glaubhaft nähergebracht hat -, glauben Sie wirklich, daß unter einem Hanns Koren solche personalpolitischen Entscheidungen im Kulturbereich passiert wären, daß zuerst, ohne daß ich ihm nahetreten will, ein Hofrat Feil, der in der Wirtschaftsförderung keinen Platz mehr hat, zum Kulturhofrat bestellt wird und dann in weiterer Folge der Hofrat Glawogger? Herr Landeshauptfraustellvertreter, glauben Sie wirklich, daß diese Personalentscheidung im Bereich der Kultur - (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du, wir sind noch immer per du!“) aber ich habe mir gedacht, Ehre wem Würde gebührt - (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du hast zu mir einmal gesagt, du machst es aus Prinzip nicht. Du hast das gesagt, nicht ich!“)

Also bitte, Herr Landeshauptfraustellvertreter, darf ich dich dann offiziell, freundschaftlich, amikal fragen, glaubst du, daß Hanns Koren diese Postenbesetzungen in so unnachahmlicher Art wie du über die Bühne gebracht hätte? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Durchaus!“)

Glaubst du das? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Durchaus! Hanns Koren hat ein großes Herz gehabt und viel Verständnis!“) Aber er hat etwas von Kultur verstanden! Und das unterscheidet ihn vielleicht ganz wesentlich von anderen Tätigen in diesem Lande.

Ich will hier nicht meine Kritik auf die Spitze treiben, du warst das letzte Mal nicht da, und es freut mich ja, wenn diese Sondersitzung einen besonderen Sinn hat, dann zumindest den, daß du heute deine kostbare Zeit uns so lange widmest. (Landesrat Dörfinger: „Du machst Vergangenheitsbewältigung!“) Das ist keine Vergangenheitsbewältigung, das ist die Gegenwart und die Zukunft.

Mein Sohn hat eine Einladung bekommen, ich habe sie das letzte Mal schon hergezeigt, die zeigt, in welchen glamourösen Gefilden wir in der Kulturpolitik leben. Du kennst das ja. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „War eine interessante Diskussion, warst du dort?“) Nein, ich war nicht dort. Nein, ich möchte nur - (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du redest über die Kultur! Du gehst zwar zu nichts, aber du redest über die Kultur!“) Also, daß ich zu nichts gehe, stimmt nicht. Du bist so hoch oben, daß du dort an der Basis, wo ich in der Kultur tätig bin, gar nicht aufscheinst. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Schau, Martin, du leidest darunter, daß du

sehr lange bei uns warst und daß du vielleicht ab und zu unter meiner strengen Hand gelitten hast!“) Also gelitten habe ich unter dir nie (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Na, schau!“), weil so nahe warst du mir gar nicht. (Präsident: „Jetzt besteht die Gefahr, daß du unter Zeitverlust, verursacht vom Kollegen Schachner, leiden wirst!“) Solange ich nicht unter Realitätsverlust leide, sondern nur unter Zeitverlust, macht es nichts. (Beifall bei den Grünen, dem LIF und der ÖVP.)

Aber ich möchte das nur herzeigen, dahier ist in Farbe der allmächtige kulturschaffende Landeshauptfraustellvertreter Schachner und darunter im gewöhnlichen Schwarzweiß die drei Kulturschaffenden Falco alias Hölzl, dann Menasse und Weibl. Also, es zeigt, welches Verständnis dahier von Kulturpolitik vorhanden ist. (Abg. Schrittwieser: „Du hättest dort hingehen müssen. Es waren Leute dort, die etwas von Kultur verstehen!“) Also, es wird sich wieder eine Gelegenheit ergeben beim nächsten.

Ein Drittes, damit ich noch zu einem Punkt komme, der mir auch wesentlich ist, der Landesrat Schmid ist leider nicht da, mein spezieller Freund unter Anführungszeichen. Ach so, er bespricht sich gerade.

Ich möchte eines hinzufügen, und das sollte uns wirklich auch zu denken geben. In Graz beim Magistrat werden derzeit Erhebungen geführt, weil es dort ein Postenbesetzungsgesetz gibt für die höheren Posten, und dort haben sich die Verantwortlichen nicht an dieses Gesetz gehalten, und da gibt es nunmehr Erhebungen von der Staatsanwaltschaft in Richtung Amtsmissbrauch. Herr Landesrat Schmid, ich weiß, das ist immer lustig, weil die Kollegin Bleckmann hat gesprochen wie in der Schulstunde, wenn man eigentlich selbst im Glashaus sitzt und mit Steinen wirft, nicht nur mit Steinen, sondern mit großen Brocken oft, und hofft, daß man sich im Zuge dieser Stunde davonschwindelt. Ich möchte gar nicht die anderen Beispiele erwähnen, weil ich dazu ein viel zu positives Verhältnis zum Herrn Rechnungshofdirektor Grollitsch habe und seine Arbeit schätze. Ich möchte auch nicht zum Herrn Ludwig Rader etwas sagen, weil ich ihn auch schätze und für äußerst qualifiziert halte. Aber eines möchte ich auch sagen, Herr Landesrat, Ihr Vorgehen oder Ihr Verhalten gegenüber Beschäftigten der Fachabteilung IV a unter dem Hofrat Dreiholz, das bewegt sich für mich am Rande des Amtsmissbrauches. Ich sage Ihnen das ganz deutlich in vollster Überzeugung, weil was bedeutet das? Eine Abteilung, die qualifizierte Arbeit geleistet hat, 35 zum Teil bestens ausgebildete Diplomingenieure werden von einem Tag auf den anderen, nur weil Sie der Meinung sind, daß der Chef dort Ihnen nicht zu Gesicht steht, auf die Seite geschoben. Und Sie sind Rechenkünstler, Sie haben da heute einige Ziffern von sich gegeben, Kollegin Bleckmann. 35 Personen werden seit der letzten Wahl - und die bekommen Gott sei Dank ein entsprechendes Gehalt - auf die Seite geschoben und werden in ganz wichtigen Aufgabenbereichen nicht mehr herangezogen. Sie verfügen einfach automatisch, weil Sie den Dreiholz nicht wollen, indem Sie ihn zum Teil und vor allem auch die Abteilung mit kleinlichen Attacken piesaken. Sie verfügen bei Bereichen, wo nach der Geschäftseinteilung der Landesregierung die IV a zuständig ist, sagen Sie, als Herr Landesrat Schmid, interessiert mich

nicht, brauche ich alles nicht. Musterbeispiel Kunsthaus, wo Sie einfach erklären, diese Abteilung möchte ich nicht haben, der Hofrat Dreiholz hat nicht mein Vertrauen, und 35 Beschäftigte werden auf die Seite gestellt. Das ist für mich, und das sage ich auch ganz deutlich, mindestens so ein Demokratiebruch oder eine Verletzung demokratischer rechtsstaatlicher Prinzipien wie andere Vorwürfe, die Sie hier erheben. Und ich behaupte noch etwas, Sie können mich ruhig daraufhin klagen, ich halte das aus, diese Vorgangsweise, die Fachabteilung IV a auszuschalten – da habe ich noch nie etwas gehört von eurer Seite, bitte? (Abg. Schinnerl: „Gibts einen Akt darüber?“) Es kann keinen geben, weil der Herr Landesrat Schmid gegen die Zuständigkeit der Landesregierung diese Abteilung aushungert. Jetzt wird der Versuch unternommen, damit man diesen unhaltbaren Zustand beendet, daß die Fachabteilung IV a der Landesamtsdirektion unterstellt wird, und da legen Sie sich wieder quer, weil es für Sie natürlich sehr interessant ist, hier persönliche Querelen auszutragen. Also daher – Sie werden ja daraufhin antworten, nehme ich an – finde ich es höchst bedauerlich, daß in diesem Lande praktisch jetzt seit fast zwei Jahren von Ihrer Seite her eine Vorgangsweise gewählt wird – und das kommt ja auch noch dazu, da sitzen 35 Leute, die arbeiten wollen, die bewiesen haben in der Vergangenheit, daß sie arbeiten können –, die nicht tragbar ist und Sie nicht aus Jux und Toleranz, sondern aus Jux und Tollerei unter Mißachtung von Geschäftseinteilung und am Rande des Amtsmissbrauches eine solche Abteilung ausschalten. Das wollte ich hier auch noch gesagt haben, damit die Dinge alle im rechten Lot bleiben, und möchte damit zum Ausdruck bringen, wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit groben Pflastersteinen zu den Umliegenden werfen.

Abschließend – ich glaube, ich habe meine Zeit schon überschritten – möchte ich folgendes zum Nachdenken anbringen. Ich hätte mir gewünscht – und heute ist der Dr. Grollitsch da, es ist der Herr Dr. Leikauf da, und es waren bei der letzten Sitzung drei Rechnungshofbeamte da, die bis zwölf Uhr in der Nacht dagesessen sind –, daß nur ein Teil der Themen der letzten Landtagssitzung, da war der Umweltschutzbericht, da war die 380-kV-Leitung, dann war der Bodenschutzbericht, also wichtige Berichte des Rechnungshofes, ich würde mir wünschen, daß man im Interesse einer positiven Arbeit für dieses Land und der Bevölkerung dieses Landes einen Weg findet, daß wir als Landtag jene Position einnehmen, die uns zusteht, und daß wir uns nicht darauf beschränken, hintennach Entscheidungen zu kommentieren, sondern daß wir uns darauf konzentrieren, wirklich auch das Heft öfters in die Hand zu nehmen. Und vielleicht können auch die Medien dahier mithelfen, daß man so wichtige Zukunftsfragen, es ist auch die ennsnahe Trasse debattiert worden, es sind auch viele Bereiche, die anstehen, es ist die Frage der Müllverbrennung an diskutiert worden von der Kollegin Karisch, daß jene Themen, die auch vielen Menschen unter den Nägeln brennen, daß die jene Aufmerksamkeit von Ihnen – die heute das Thema Postenschacher diskutieren – hier erfahren. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und dem LIF. – 10.46 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung der Herr Landesrat Schmid. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (10.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, wertere Kollegen auf der Regierungsbank!

Nachdem der Abgeordnete, seines Zeichens Richter und Rechtskundiger, Herr Dr. Wabl, mich in die Nähe des Amtsmissbrauches bringt oder es zumindest behauptet, eine wirkliche tatsächliche Berichtigung. Sie gehört genausowenig zum Thema der heutigen Dringlichen wie seine Wortmeldung. Ich bin mir auch nicht sicher, ob er es diesmal als tatsächliche Berichtigung sieht. Daß er es vielleicht versteht, wäre ja zuviel verlangt. Herr Dr. Wabl, ich habe mehrfach schon erklärt, daß die Zuständigkeit bezüglich der Geschäftseinteilung in dem Land nicht Sache des Ressortmitgliedes, sondern Sache der Frau Landeshauptmann ist. Nehmen Sie das bitte einmal endgültig zur Kenntnis. Ich habe mehrere Anläufe in der Regierung genommen, wie Sie vielleicht wissen oder wie ich Ihnen, zumindest laut Protokoll nachweisbar, schon gesagt habe, mehrere Versuche zu einer Reform gestartet. Und ich kann Ihnen auch die von Hofrat Dreiholz vorgelegten Vorstellungen bringen. Er ist ebenfalls der Meinung, daß die Aufgaben des Landes im Landes- und Bundeshochbau zurückgegangen sind, weshalb die gegebene Personalstärke nicht mehr erforderlich ist. Ich habe das so dargelegt. In den jeweiligen Regierungssitzungen hat man mich stets wissen lassen, daß ich nicht einmal initiativ werden dürfe. Nehmen auch Sie das bitte schön einmal endgültig zur Kenntnis. Ihrer Androhung des Amtsmissbrauches sehe ich also mit großer Gelassenheit entgegen. Wir sind jetzt initiativ. Frau Landeshauptmann hat Vorschläge vorgelegt.

Wir haben vergangene Woche ein Gespräch mit dem Inhalt geführt, daß jeder Mitarbeiter in dem Land mit einer vernünftigen Aufgabe zu betrauen ist.

Sie behaupten weiters, daß entgegen der Geschäftseinteilung andere Abteilungen mit Dingen beauftragt werden. Die müßten Sie mir einmal vorlegen. So haben Sie das Kunsthaus erwähnt. Wenn Sie einen Blick in die Geschäftseinteilung werfen, werden Sie feststellen, daß Aufgaben für Dritte, so der Kulturbereich, eine Angelegenheit der IV b ist. Schauen Sie sich die Grundlagen an, bevor Sie mich des Amtsmissbrauches bezichtigen.

Und vielleicht schauen Sie sich einmal an, wie viele Leute wirklich in der IV a sind. Nicht einmal das stimmt, es sind nämlich nicht 35. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 10.48 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Korp das Wort.

Abg. Korp (10.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Landeshauptmann (Abg. Riebenbauer: „Stellvertreter!“), Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Es gibt eine Grundregel, lieber Freund Riebenbauer, die du noch nicht kennst, das ist eine Gepflogenheit, eine Regel des Anstandes und eine Üblich-

keit, daß man auch einen Herrn Landeshauptmannstellvertreter in der direkten Anrede als Herr Landeshauptmann anspricht, aber du kannst noch dazulernen, du weißt es halt nicht, macht ja nichts. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte auf das Geplänkel von vorhin nicht näher eingehen, es ist meine Zeit hier am Pult, sondern zurückkommen zu dem Wesen der sogenannten dringlichen Anfrage, die heute im Sonderlandtag den Landtag beschäftigt. Und weil die Abwesenheit der Frau Landeshauptmann am vergangenen Dienstag von F und LIF als Mißachtung des Landtages gewertet wurde, haben wir heute alle miteinander nachzusitzen, wie das ein Journalist einer Tageszeitung sehr treffend festgestellt hat, um die aus Sicht der Freiheitlichen Fraktion gegebene Ungeheuerlichkeit des vergangenen Dienstags zu rechtfertigen. Andere wiederum sehen das, wie wir gehört haben, als Theaterdonner und nichts anderes, was ich selbst gar nicht näher bewerten will, das haben andere getan. Mir geht es bei dieser dringlichen Anfrage über eine vermeintliche Aufblähung der Landesverwaltung um viel, viel Wichtigeres, geschätzte Damen und Herren. Ich will hier von diesem Pult ein wenig beleuchten, sehr intensiv beleuchten, was in Wirklichkeit hinter dieser dringlichen Anfrage überhaupt steckt, welche Motive in Wirklichkeit dahinterstecken.

Zunächst fällt auf, daß diese dringliche Anfrage oder Anfragen einmal mehr ein Thema berühren, welches sich mit Landesbeamten und Landesverwaltung beschäftigt. Und hier erinnere ich mich zu gut an das, was hier am 10. Juni, also kurz vor der Sommerpause, im Landtag, ebenso im Rahmen einer Dringlichen, gesprochen wurde, und auch hier hatten wir uns über Postenvergaben intensiv auseinanderzusetzen.

Und diese Anhäufung des Einsatzes schärfster parlamentarischer Mittel zielt eindeutig auf zwei Absichten.

Erstens: Als vom Bundesparteiobmann und Großgrundbesitzer aus dem Bärenthal ferngesteuerte Steirische Freiheitliche Partei haben Sie auch hier in der Steiermark ganz bewußt und gezielt für Skandalisierung zu sorgen, obwohl in Wirklichkeit dazu überhaupt kein Anlaß gegeben ist. Das ist der eine Punkt. (Abg. Mag. Bleckmann: „Kein Anlaß?“)

Zweitens: Es ist Ihre sichtbare Absicht, geschätzte Damen und Herren der Freiheitlichen Fraktion, um in der Öffentlichkeit natürlich die erwünschten Effekte zu erzielen, auf die Berufsgruppe der Landesbeamten, in Verbindung mit Postenvergaben, loszugehen, hinzuhauen. (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Mag. Bleckmann: „Nicht die Beamten, hören Sie doch genau zu!“) Na selbstverständlich, das ist Ihre Absicht.

Und was Sie noch wollen, Frau Klubobfrau, und ich sage nicht Blecki, ich sage Frau Klubobmann Mag. Bleckmann (Glockenzeichen des Präsidenten.), das schürt den von Ihnen gewünschten Neid, und das ist Ihre Absicht, und damit wollen Sie - (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wer hat einen Neid wegen dem Bärenthal? Sie haben einen Neid!“)

Herr Landesrat Schmid, es gibt Leute, die immer von hinten kommen, Sie sind scheinbar auch so einer. Und wie beliebt diese Leute sind, das wissen Sie ja, die von hinten kommen. (Beifall bei der SPÖ. - Landesrat

Dipl.-Ing. Schmid: „Herr Kollege Korp, wenn Sie sich umdrehen und ich Sie sehe, komme ich sicher nie mehr von hinten, wenn Sie schon in solche Schubladen greifen!“) Das ist ja keine Schublade, Sie reden ja von hinten. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wenn Sie sich umdrehen, komme ich nicht von hinten!“) Sie, das ist meine Zeit, lassen Sie mich in Ruhe mit dem blöden Geplänkel.

Das schürt den gewünschten Neid - ich wiederhole mich -, ist scheinbar populär, weil man sich über Beamte ohnedies gerne lustig macht, und verursacht da und dort die aus Ihrer Sicht natürlich gewünschten Risse in der Gesellschaft. Und im Nationalrat, geschätzte Damen und Herren der Freiheitlichen Fraktion, machen Sie das gleiche. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wer hat damit angefangen?“) Ganz die gleiche Vorgangsweise, die Sie auch hier in der Steiermark wählen. Alles ist also gezielt, genauso gewollt und dient einzig und allein gewünschter Stimmenmaximierung, und sonst nichts. (Abg. Mag. Bleckmann: „Sie wollen keine Stimmen?“)

Diese Vorgangsweisen, geschätzte Damen und Herren, sind zum einen also Instrumente einer populistischen Strategie, no na, und zum anderen Ausdruck der schon oft hier angeführten Kränkung und Beleidigung der Freiheitlichen Fraktion über nicht mehr vorhandene Möglichkeiten.

Ich sage Ihnen deshalb auch, es ist wirklich traurig, daß eines vermeintlichen Vorteiles willen ehrenwerte Leute durch den Dreck gezogen werden, ein ganzer Berufsstand vernadert und Argumente über Qualität und Redlichkeit einfach vom Tisch gewischt werden. Das ist der Stil!

Damit geschieht also nichts anderes, als über das Wort „Skandalisierung“ den Versuch zu unternehmen, ohnedies schon gegebenen Vorurteilen neue Nahrung zu geben.

In diesem Zusammenhang fällt mir auch unwillkürlich ein, da habe ich irgendwann so einmal ein Artikelzitat von Golo Mann anlässlich der Herausgabe des Buches „Die Freiheit, die ich meine“ Ihres Bundesparteivorsitzenden nachgelesen, wo dieser Autor genau zu diesen Verhaltensweisen gemeint hat - ich zitiere ihn: „Böse ist die Überschätzung des eigenen Selbst. Es ist einfach die Unfähigkeit, den Standpunkt des anderen so zu würdigen wie den eigenen.“ Hier ist ein weiterer Kommentar überflüssig.

Trotzdem will ich nun versuchen, den Standpunkt meiner Fraktion in gebotener Kürze in Auszügen zu den einzelnen Punkten der Dringlichen darzustellen. Die Antwort läßt sich eigentlich in zwei Überschriften zusammenfassen:

Erstens: Die angesprochene Objektivierung war, wie wir schon gehört haben, ein reiner Regierungsbeschluß, die Abweichung rechtlich daher überhaupt nicht anzuzweifeln.

Und zweitens: Ein Objektivierungsgesetz mit der Einspruchsmöglichkeit durch jene Bewerber, die nicht den Zuschlag erhalten, soll, wie wir gehört haben, in nächster Zeit hier im Landtag eingebracht werden, und Sie alle wissen das.

Zur Besetzung der Behördenleitung an der Bezirkshauptmannschaft Fürstenfeld sei daran erinnert, daß in diesem Haus immer wieder über Gleichbehandlung

und Gleichberechtigung diskutiert und gesprochen wurde. Und wenn nun, wie in unserem konkreten Fall, tatsächlich einmal eine Frau den Zuschlag erhält, entsetzt man sich eigenartigerweise plötzlich über ein nicht stattgefundenes Hearing.

Um an diesen Beispielen die an den Tag gelegte sichtbare Scheinmoral aufzuzeigen, ist hier die Frage zu stellen, und das einmal mehr, was ist, geschätzte Damen und Herren, in Wirklichkeit anständiger und moralischer?

Einer unbestritten höchstqualifizierten Frau unter Bezugnahme auf künftige Gleichbehandlungsbestimmungen ohne Hearing den Zuschlag zu geben oder, wie Sie das seinerzeit lanciert haben und wie einst beim Rechnungshofdirektor, der auch meine persönliche Wertschätzung genießt, aber um das geht es hier ja gar nicht, ein Hearing zu veranstalten, wo es längst beschlossene Sache war, wer diesen wichtigen Posten erhalten wird?

Sie haben damals höchstqualifizierte Persönlichkeiten, Spitzenbeamte des Landtages, ich war selber dabei, in den Rittersaal geholt und haben Sie alle aufmarschieren lassen, obwohl Sie längst ganz genau gewußt haben, wer der künftige Direktor dieses Rechnungshofes sein wird.

So hat das damals ausgeschaut, und daran wird auch erkennbar, mit welch zweierlei Maß und mit welcher Scheinmoral Sie hier agieren.

Und ich erinnere mich auch noch an ein Zitat, irgendwann einmal gesagt, Ihres Landesparteiobmannes, der dazu sehr deutlich gesagt hat, der Rechnungshofdirektor ist ein Posten, der den Freiheitlichen zusteht und daher auch beansprucht wird, und trotzdem hat man, wie schon gesagt, ich wiederhole mich, ein Scheinhearing veranstaltet. Was die Besetzung des Vorstandes einer Rechtsabteilung 2 betrifft, so begrüße ich, als Standesbeamter sage ich das hier, ausdrücklich die Wiedereinsetzung der Rechtsabteilung 2, das ist halt die Personenstandsabteilung, und als solcher weiß ich natürlich ganz genau, wieviel Arbeit an einer derartigen Abteilung hängt. Die Frau Landeshauptmann hat es schon erwähnt, allein die unzähligen Auslandsberührungen, allein die staatsbürgerrechtlichen Bestimmungen in diesem Zusammenhang, ich sage Ihnen, es ist ein Wust von Arbeit. Und ich bin – und das möchte ich auch von dieser Stelle hier einmal sagen – den Beamten der Rechtsabteilung 2 persönlich wirklich dankbar, daß sie es sind, die den Standesbeamten, den kleinen Standesbeamten draußen bei den Gemeinden, die ja nicht nur das Personenstandsrecht zu vollziehen haben, sondern das Baurecht, Fischereirecht im übertragenen eigenen Wirkungsbereich und so weiter und so fort, daß sie ihnen immer wieder an die Hand gehen und ihnen so hochqualifiziert helfen, da möchte ich an dieser Stelle wirklich einmal auch dafür danke sagen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Zur Besetzung der Leiterstellen für die Fachabteilung für Sozialwesen seien Sie bitte, wertere Kollegen der Freiheitlichen Fraktion, daran erinnert, daß laut Regierungsbeschluß vom 30. September 1996 in der Regierung der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, offensichtlich konnten Sie sich daran nicht mehr erinnern, den ÖBIG zur Erstellung eines inhaltlich fachlichen Konzeptes zur Neuordnung der Angelegen-

heiten der Sozialverwaltung den Auftrag zu erteilen. Weiterer Kommentar überflüssig. Was die neue Abteilungsgruppe FOKU betrifft, so ist das aus unserer Sicht ja ein geradezu klassisches Beispiel von Umorganisation, und nicht, wie Sie behaupten, Aufblähung. Es ist ja ein lupenreiner Rationalisierungseffekt, wenn hochqualifizierte Beamte einer aufgelassenen Abteilung in einer neugeschaffenen Platz finden und zwar adäquat ihrer Qualifikation und ihren Fähigkeiten. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Und man muß dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Peter Schachner dankbar sein, daß er das gemacht hat. Oder wollen Sie vielleicht einen IXer-Hofrat in die Wüste schicken, bei vollen Bezügen? Das kann es ja nicht sein. Ist es das, was Sie sich wünschen? Aber nicht wirklich.

Geschätzte Damen und Herren, ich möchte jetzt zum Schluß kommen, um meine Zeit nicht zu überziehen, und meine Ausführungen zu Ende bringen. (Abg. Schinnerl: „Was wird sich der Herr Landesrat Paierl denken?“)

Ich möchte feststellen, daß sich populistische Standpunkte so wie heute in aller Öffentlichkeit eigentlich von selbst richten, und einmal mehr hat der Ausspruch, den Martin Wabl vorher schon getan hat, seine Gültigkeit: „Wer selbst im Glashaus sitzt und bei allen politischen Geschäften mitschneidet, der soll nicht mit Steinen werfen!“ Ein herzliches Glückauf – ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 11.03 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (11.03 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als ich heute in der Früh um halb sieben mit dem Auto auf der Autobahn nach Graz gefahren bin, habe ich in den Nachrichten des ORF und dann in der Zusammenfassung etwas gehört, erstens daß der Landtag zu einer Sondersitzung zusammentritt – das habe ich schon gewußt –, zweitens wurde dort vom Sprecher berichtet, daß es in den vergangenen Jahren einige Sondersitzungen gegeben hat und daß diese Sondersitzungen zu dem, zu dem und zu dem Thema stattgefunden haben. Und am Schluß hat der Sprecher dann folgendes gesagt: Alle diese bei Sonderlandtagen behandelten Themen hätten auch ohne Sondersitzung in gleicher Weise mit den gleichen Ergebnissen behandelt werden können. Genauso ist es heute. Ganz sicher gibt es eine Reihe von anderen Themen und Problemen, die für die Steiermark wichtiger sind als die wirklich scheinheilige Frage nach der Aufblähung der Landesverwaltung. Sie mußte nach Aufblähung sozusagen gestellt werden, um damit die Frau Landeshauptmann zu zwingen, hier Stellung abzugeben, und nicht dorthin, wo sich zum Teil die Hauptverantwortlichkeit abspielt. Wahrscheinlich werden wir uns überhaupt daran gewöhnen müssen, meine Damen und Herren, nach jeder Personalentscheidung, bei der nicht mindestens natürlich ein bestens qualifizierter FPÖler zum Zug kommt, eine dringliche Anfrage zu beantworten. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Möglicherweise muß auch davon abgelenkt werden, daß es in der Steiermark eine Reihe von positiven Entwicklungen gibt, denn noch nie seit 1945 hat es so viele Arbeitsplätze in der Steiermark gegeben wie heute. Die Tourismuswirtschaft hat gerade in der Steiermark Ergebnisse zu verzeichnen, um die uns alle anderen Bundesländer derzeit beneiden. Die Zukunftsaussichten der Steiermark nach schwierigen Umstrukturierungen sind durchaus positiv. Vielleicht sollte auch davon irgendwie abgelenkt werden.

Ich möchte in dem Zusammenhang etwas zitieren, was vielleicht manche von Ihnen gelesen haben, ich habe es auch zufällig in die Hand bekommen, die Tiroler Tageszeitung unter dem Titel „Steirischer Brauch“. Ich zitiere aus der Zeitung: Natürlich hat die Steiermark als Bundesland noch nicht alle ihre drängenden Fragen beantwortet, ihre Sorgen gelöst und Hausaufgaben erledigt, aber wenn nun an diesem Wochenende, also das Wochenende vom A-1-Rennen in Zeltweg-Spielberg, die Motoren von Rennautos weit über Landesgrenzen hinaus dröhnen, dann ist dies die Begleitmusik zu einer in harten Zahlen geschriebenen Erfolgsgeschichte, die beispielgebend sein könnte.

Vor über 20 Jahren schlitterte die steirische Wirtschaft als Folge der Krise der Verstaatlichten Industrie in den Niedergang. Allein in der Obersteiermark verloren drei Menschen täglich ihren Job, insgesamt 20.000 in zwei Jahrzehnten. Doch in einem beispielgebenden politischen Kraftakt, der von breit verankertem politischem Willen getragen war, gelang der Umschwung. Vor rund zehn Jahren wurde der erste Technologiepark eröffnet, heute sind allein in steirischen Automobil- und Motorenwerken mehr als 4000 Personen qualifiziert beschäftigt. Die Mißstände von Mehrfachbezügen, von politischen Bezügen wurde beseitigt, die Honorarprivilegien an öffentlichen Spitälern abgeschafft, und in den der Politik nahestehenden Bereichen, etwa in der Grazer Messe-Gesellschaft, wurde mit eisernem Besen aufgekehrt.

Die Steiermark kann heute, ähnlich wie Oberösterreich, auf eine Art kleines Wirtschaftswunder verweisen, dessen Ursachen nicht nur in der finanziellen Förderung aus Landes- und Bundesmitteln liegen. Vielleicht sollte mit diesen dringlichen Anfragen oder mit diesem Sonderlandtag auch davon abgelenkt werden, daß es diese Entwicklung gibt. Ich empfehle der regierenden Opposition FPÖ dringend, einen Anruf in Wien zu tätigen und zu fragen, wie sie sich weiter verhalten sollen bei anderen Sachthemen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – Abg. Schinnerl: „Wir wissen das selbst!“)

Möglicherweise, meine Damen und Herren, fehlen der regierenden Opposition, bei der alles gut ist, was sich im eigenen Bereich abspielt, und alles, was sich in anderen Ressorts tut, ununterbrochen kritisiert werden muß, die Perspektiven für andere Themen. Bitte, wie gesagt, vielleicht kann sich diese Partei, die immer von der Konstruktivität spricht, auch mit anderen Bereichen befassen.

Natürlich ist das Thema Personaleinstellung ein wichtiges Thema. Immer wieder muß man sich um Verbesserungen bemühen, aber diese Überdimensionierung Sonderlandtag und Sondersitzung kann doch wohl nur ein Scheinmanöver sein.

Übrigens, bitte, nie die Vergangenheit vergessen, Stichwort: Ludwig Rader, um es noch einmal zu sagen – kein Hearing, keine Ausschreibung, kein Aufschrei in der FPÖ, keine dringliche Anfrage, kein Sonderlandtag. Von der Aufblähung nur dann zu reden, wenn man selbst nicht zum Zuge gekommen ist, ist, wie gesagt, durchsichtig und scheinheilig.

Tatsache ist, daß 1987, in einer Zeit einer Alleinregierung beziehungsweise einer absoluten Mehrheit der ÖVP im Lande Steiermark, ein Personaleinstellungsmodell beschlossen wurde, nach dem jetzt jahrelang vorgegangen wurde, und ich darf Ihnen die Zahlen sagen. Seit 1987 hat es im Landesdienst für öffentlich oder intern ausgeschriebene Stellen, bei 83 externen und 44 internen Ausschreibungen 33.827 Bewerbungen gegeben. In 43 Sitzungen des Personalbeirates hat es nur einstimmige Einstellungsbeschlüsse gegeben.

Dieses Personaleinstellungsmodell, von dem auch andere Bundesländer nachträglich Gebrauch gemacht haben, woraus andere Bundesländer ein Personaleinstellungs- und Objektivierungsgesetz gemacht haben, ist in der Steiermark entstanden und wird hier verfolgt.

Man muß davor warnen, heute herzugehen und die eine oder andere Entscheidung, die nicht so ausgefallen ist, wie manche glauben, daß sie ausfallen müßte, dazu herzunehmen, um die Bemühungen um Objektivierung in Frage zu stellen. Bei uns wird objektiv vorgegangen.

Und daß sich ständig Änderungen ergeben, ist auch selbstverständlich, denn es wird ununterbrochen angepaßt. Wenn zum Beispiel vor kurzem die Dezentralisierung der Besetzungen einzelner Positionen beschlossen wurde, dann ist das eine neue Entwicklung, wo man versucht, Einstellungen auf das Land hinaus weiterzugeben, nämlich dort vor Ort, wo die Leute eingestellt werden.

Es wird sehr, sehr genau gearbeitet mit Hilfe psychologischer Tests, die von Unternehmensberatern gefertigt werden. Es werden Hearings beziehungsweise Tests im Sach- und Fachbereich veranstaltet. Es werden Einzelgespräche geführt.

Ich möchte das nur sagen, weil es nicht den Eindruck hier heute geben soll, daß in der Steiermark ein, zwei, drei Entwicklungen, über die man diskutieren kann, die auch immer in Zukunft da oder dort vorkommen werden und die nicht generell schlecht sind, daß die alles andere zudecken, wenn von Objektivierung die Rede ist.

Ich möchte auch zum Ressortsparmodell etwas sagen, weil es im Jahr 1984 diesen Landtagsbeschlusses gegeben hat, wonach bis Ende 1998 400 Dienstposten eingespart werden sollen, weil von der Aufblähung der Landesverwaltung die Rede ist.

Bisher konnte diesem Ressortsparmodell voll entsprochen werden. Der Spargedanke anlässlich des Budgetlandtages 1995 wurde durch den Beschluß der Regierung, dieses Sparmodell durchzuziehen, verstärkt. Mit diesem Sparmodell wurden die Budgetansätze des Rechnungsabschlusses 1995 für die Jahre 1996 und 1997 fortgeschrieben, mit der Konsequenz, daß unabwendbare Personalmehrkosten durch anderweitige Ausgabeneinsparungen hereinzubringen sind. Auch diesem Antrag, meine Damen und Herren, wurde im Jahr 1996 vollinhaltlich entsprochen.

Wenn Spitzenfunktionen neu hinzukommen, dann ist das eigentlich ganz selten, und sicher soll der politische Referent beziehungsweise der Ressortverantwortliche dort auch mitreden können. Das heißt aber selbstverständlich auch nicht, daß nicht Qualität und Objektivität wichtig sind.

Frau Bleckmann, Sie reden, Entschuldigung, du redest immer von der freien Marktwirtschaft. Dort nimmt kein einziger Chef eines Unternehmens jemanden, der ihm von einem anderen Gremium mit Beschluß ohne seine Mitberatung zugewiesen wird. Auch das Vertrauen zu einer Person in wichtigen Funktionen ist wichtig und stellt neben der Objektivierung und der Qualifikation einen ganz besonderen Wert dar. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – Abg. Mag. Bleckmann: „Ist das jetzt objektiv oder nur Vertrauen?“) Das kann noch immer objektiv sein.

Wenn es dich stört, was der Stellvertreter der Frau Landeshauptmann tut, dann würde ich vorschlagen, ihn direkt zu fragen, und nicht Umwege zu wählen, nämlich scheinheilige Umwege zu wählen. (Abg. Schinnerl: „Wer ist die Nummer eins?“)

Frau Bleckmann, die Magda, verwendet auch gerne unschöne Worte. Wenn jemand eine Funktion erhält, der qualifiziert ist, nicht aber der FPÖ angehört, dann wird das Entsorgung genannt. Also, wenn ein Sekretär aus einem Büro eine neue Position kriegt, dann gilt er nach deiner Definition als entsorgt. Wäre der Herr Dr. Frank Bezirkshauptmann geworden – jetzt derzeit Büroleiter beim Herrn Schmid –, wäre er dann entsorgt gewesen? (Abg. Mag. Bleckmann: „Was willst du damit sagen?“) Oder ist Ludwig Rader seinerzeit entsorgt worden? (Abg. Mag. Bleckmann: „Was willst du damit sagen? Willst du mir jetzt vorwerfen, daß ich schlechte Worte verwende für Beamte? Dann frage ich schon einmal, wie geht ihr denn mit Beamten um?“) Ist Ludwig Rader entsorgt worden? Ist der Präsident des Rechnungshofes, der vorher Büroleiter war, entsorgt worden? Ich will gar nichts sagen. Ich will nur sagen, daß wir vorsichtig sein sollen mit dem Gebrauch solcher Worte und solcher Sprache (Beifall bei der ÖVP und SPÖ), weil wir sollten gemeinsam für mehr Transparenz eintreten. Und Transparenz heißt auch, daß die Besetzung von Spitzenfunktionen immer und zu jeder Zeit auch Ausdruck des politischen Willens einer Regierung gewesen ist.

Kehren wir zu den wichtigen Themen zurück. Der Antrag auf Vorlage eines Objektivierungsgesetzes liegt vor. Wenn wir es diskutieren, ernsthaft, ohne Zeitdruck, ohne uns gegenseitig ständig Fehler und vermeintliche Fehler vorzuwerfen, dann können wir etwas weiterbringen. Schauen wir uns in Österreich um, wie andere Bundesländer diese Frage lösen. Die Frage der totalen Objektivierung ist in Wahrheit eine unlösbare Frage. Sie kann nur fast 100prozentig gelöst werden. Ich bin also ganz sicher, daß wir zu einer guten Lösung kommen werden.

Ich möchte am Schluß noch einmal den Artikel in der Tiroler Tageszeitung zitieren – er ist zehn oder 14 Tage alt: „Die wahren Gründe für den Um- und Aufschwung liegen eher im Steirischen Brauch, in der Kultur des Umganges miteinander und im geistigen Klima. Darauf hat die steirische Politik stets Aufmerksamkeit und Wert gelegt.“

Ich bitte auch die Freiheitliche Partei, das in Zukunft weiterhin oder vermehrt zu tun. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 11.17 Uhr.)

Eine Frage, Magda, darf ich mich entsorgen? (Abg. Mag. Bleckmann: „Du kannst dich auf den Platz setzen!“)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster auf der Rednerliste ist der Herr Abgeordnete Peinhaupt. Er hat das Wort.

Abg. Ing. Peinhaupt (11.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich glaube, daß die letzten Zweifel in diesem Haus hier ausgeräumt worden sind, daß dieser Sonderlandtag notwendig war auf Initiative der Freiheitlichen und des Liberalen Forums.

Du brauchst nicht lachen, lieber Franz Majcen, und zwar aus dem einen Grund, weil jetzt kriegen wir einen Beschluß zu einem Objektivierungsgesetz (Beifall bei der FPÖ), jetzt, und sonst nie! Aber um in deinen Chargon wieder zurückzufallen, du weißt ja, wie es so ist mit einem Kasperltheater, wenn die Kasperln besonders witzig und gut sind, dann lachen die anderen, und ihr seid gute Kasperln gewesen. Der Klubobmann Schützenhöfer soll das bitte nicht überbewerten mit dem „Schützi“, das war nämlich nur die Verniedlichungsform des Kasperls, die Kinder reden ihn ja auch nicht per Sie an. (Abg. Dr. Lopatka: „Du, das war ein Fehlstart. Fang noch einmal an!“)

Wenn du lachen willst, bitte unterhalte dich mit deinem Klubobmann oder mit deinem Klub, vielleicht kannst dort lachen so wie du willst. (Abg. Gennaro: „Herr Peinhaupt, das war ein Schuß ins Knie. Fang noch einmal an!“)

Darf ich jetzt weiterreden? Ich hätte nämlich noch etwas. Denn, wenn man von der Ernsthaftigkeit der Demokratie spricht, so denkt wieder an das Kasperltheater. Dort stehen zwei hinter der Bühne, um von den Kindern nicht gesehen zu werden, die ihre Fäden ziehen, und an diesen Fäden hängen die Kasperln. Nur, wenn ich heute einem Klubobmann Schützenhöfer zugehört habe, glaube ich, ist ein bißchen zu plötzlich gezogen worden, denn er dürfte sich in den Fäden verhängen haben. Alleine aus dem Grund; denn in den Medien war sehr wohl herauszulesen, daß Klubobmann Schützenhöfer selbst gesagt hat, der Ober sticht den Unter, in der freien Meinungsbildung bekomme ich auch manchmal die Zustimmung der Frau Landeshauptmann. Genau das hat der Herr Klubobmann gesagt. Und daran sollte man sich in Anbetracht der Abhandlung eines sehr ernststen Themas sehr wohl klar werden. Aber es geht auch noch um etwas anderes. Wenn Ernst Korp gesprochen hat, wir haben heute nachzusitzen, so hat er schon recht, er hat wenigstens gelernt, daß es heute zu einem Beschluß des Objektivierungsgesetzes kommt. Daß er selbst Beamtenhutz treibt und klassenkämpferisch denkt, selbst als Beamter, ist ihm ja nicht vorzuwerfen, denn so agiert man halt, wenn man unbedingt etwas werden will. Viele Wortmeldungen haben sich gedreht um die Moral, die Ihnen sicher fehlt. Sie haben es deshalb als Scheinmoral interpretiert, und zum Teil haben Sie damit zum Ausdruck gebracht das, was ich Ihnen jetzt zu sagen habe. Sie sprechen ja von Scheinmoral und

praktizieren diese. Sie praktizieren diese! Denken Sie an den Beschluß, den der Landtag gefaßt hat. Denken Sie an den Beschluß der Regierung vom Dezember 1994. Genau Sie brechen diesen Beschluß, Sie schauen zu, wie der Landtag mit Füßen getreten wird, und warum haben Sie diese Beschlüsse gefaßt? Weil vorher Personalpakete beschlossen worden sind im Nebeneinander, Miteinander, wie man es immer nennen will, Sie haben ein schlechtes Gewissen gehabt, damit ja kein Kratzer hängenbleibt bei der Frau Landeshauptmann, hat man halt dann geschwind etwas beschlossen.

Was ist jetzt? Ein Personalpaket ist wieder über die Bühne gegangen, und jetzt geht man her und sagt, jetzt machen wir das Objektivierungsgesetz. Ich bin neugierig, ob gleich der Intention des Gleichbehandlungsgesetzes bei der Vergabe des Bezirkshauptmannes von Graz-Umgebung dieses Objektivierungsgesetz, wenn es auch noch nicht in Kraft sein sollte, sondern nur der Intention dieses Hauses entsprechen sollte, Rechnung getragen wird. Wir werden sehr genau aufpassen. Das ist Doppelbödigkeit, das ist Scheinmoral, sich nur rechtfertigen zu wollen, verantworten nein danke. Wir wissen eh, wir haben nichts zu sagen, reden tun zwei. Aber ich darf auch noch darauf zurückkommen auf die direkte Anfragebeantwortung der Frau Landeshauptmann. Sie hat grundsätzlich klargestellt, dieses Haus hoch zu achten. Klubobmann Schützenhöfer hat das bestärkt. Die Landeshauptfrau Klasnic hat beim letzten Landtag dieses Haus zweimal nicht geachtet. In der Fragestunde, wo man nur zehn Meter weiter danebensitzt, hat man es nicht der Mühe wert gefunden, hierherzukommen, das zweite Mal, ohne auch nur Nachricht zu hinterlassen, bei der Beantwortung einer dringlichen Anfrage. Das hat uns veranlaßt, doch in die Geschäftsordnung zu schauen. Und, meine Damen und Herren, in der Geschäftsordnung steht sehr wohl drinnen - (Abg. Ing. Mag. Hochegger: „Was hat das mit Objektivierung zu tun?“) Hochegger, laß dich bitte aufklären, steht sehr wohl drinnen, daß die Landeshauptfrau sich in der Anfragebeantwortung der Fragestunde vertreten lassen kann, sich aber nicht vertreten lassen kann bei einer dringlichen Anfrage. Sie kann sich aber sehr wohl in ihren Geschäften vom Landeshauptmannstellvertreter Dr. Peter Schachner vertreten lassen. Er hätte die Aufgaben des Landes auf Grund der Geschäftsordnung der Landesregierung ja ohnehin wahrnehmen können. Nur, ich glaube, daß man sich einander nicht traut, wenn der eine auf einmal vortprescht und vielleicht sogar ein gutes Ergebnis für die Steiermark nach Hause bringt. (Abg. Gennaro: „Mit dem einzigen Unterschied, ob man für die Interessen des Landes und deren Bürger unterwegs ist oder ob man während einer Landtagssitzung Tennis spielen geht, das war auch schon da!“) Hast du Tennis gespielt? (Abg. Gennaro: „Nein, ich nicht!“) Ich weiß es nicht, du warst in letzter Zeit so selten da. (Abg. Gennaro: „Ich bin nicht so sportlich!“)

Ah, du bist ein bißchen unsportlich, ja, das denke ich mir schon. Kurt, Tennis spielen tun wir dann ein anderes Mal, jetzt diskutieren wir das einmal sehr ernst aus. Und ich kann dir dort vielleicht auch noch Nachhilfe geben. (Abg. Gennaro: „Man muß die Wahrheit sagen. Das tut euch weh. Das ist eine

Mißachtung des Landtages! Was, die reden ist mir Wurscht, ich gehe Tennis spielen! Das habt ihr schon vergessen, diese Diskussion haben wir hier geführt.“)

Gibt es heute Nettozeit, Herr Präsident, wie beim Eishockey? (Präsident Dr. Strenitz: „Es ist der Herr Abgeordnete Peinhaupt am Wort!“)

Kurtl, ich sage dir etwas, ich habe die Worte vom Klubobmann Flecker auch sehr ernst genommen, wie er beim letzten Landtag sich da herausgestellt hat und lächelnd festgestellt hat, ihr sollt die Show haben, euch fällt nichts ein. Er hat nur einen Fehler gemacht, er hätte sagen müssen, uns fällt nichts ein, weil ihr macht eh immer wieder das gleiche, das gleiche Menschenverachtende, das gleiche Anrühige, worauf wir reagieren müssen. (Beifall bei der FPÖ.) Und das ist es, wenn wir auf die Show zurückkommen. So eine Show wird es für euch nicht sein, wenn man euch den Spiegel vor das Gesicht halten wird, was in diesem Land geschieht und wie in diesem Land mit Menschen umgegangen wird. (Abg. Tasch: „Aber Herbert, da wirst du auch schauen, weil du bist ziemlich blaß!“) Ja, das denke ich mir. (Abg. Mag. Bleckmann: „Da muß man blaß werden, bei dem, was ihr aufführt!“)

Liebe Freunde aus der ÖVP, wenn ich das noch sagen darf. Ich darf euch ja an euer Miteinander in euren Reihen selbst auch erinnern. Ich habe schon einmal gesagt, ich habe, und dazu stehe ich auch heute noch, der Landeshauptfrau vorgeworfen, das, was Krainer in 20 Jahren aufgebaut hat, hat sie in fünf Monaten kaputtgemacht. Ich habe dann gut aufgepaßt, da sind die Zwischenrufe gekommen: Fünf Mandate hat der Krainer verloren, die weiteren fünf hat der Hirschmann verloren. Was war denn? Wie ist man dann umgegangen mit den Leuten in den eigenen Reihen? Dem Gerhard Hirschmann hat man versucht, über die Medien ausrichten zu lassen, der Reinhold Lopatka wird sich sicherlich gut daran erinnern, denn er war ja aktiv daran beteiligt, daß er dem Land vorsichtig versuchen sollte, die Schulter zu zeigen und in die Stadt Graz zu gehen. Das hat man ihm mitgegeben. Was war jetzt? Landesrat Hirschmann hat einen großartigen Erfolg mit dem Österreichring gefeiert und durfte ihn feiern, und hier gab es auf einmal die Windschattenfahrer. Hier gab es die Windschattenfahrer, wie in jeder regionalen Presse kundgetan: Gerhard Hirschmann auf einem Moped und hinten oben die Landeshauptfrau. Ich kann dem Gerhard Hirschmann nur einen Rat mitgeben (Abg. Dr. Flecker: „Langsam kommt eure Strategie zum Vorschein!“), das Windschattenfahren das ist eine gewisse Gefahr. Entweder überholt man aus dem Windschatten oder man wird überrollt. Und ich habe von Kurt Götz ein schönes, schönes Zitat, bei dem ich mir gedacht habe, das gebe ich heute dem Gerhard Hirschmann und vielleicht dem einen oder dem anderen von euch, wenn er nicht mehr gebraucht wird, mit: „Frauen ändern oft ihre Ansichten, nie aber ihre Absichten!“ (Abg. Mag. Zitz: „Herr Kollege Peinhaupt, bravo!“)

Liebe Kollegin Zitz, ein Zitat von Kurt Götz. Haben Sie das notiert? Ein Zitat von Kurt Götz, Sie können es auch selbst nachlesen. (Abg. Mag. Zitz: „Fragen Sie die Frau Kollegin Bleckmann, was sie dazu sagt!“) Des weiteren würde mich interessieren - (Abg. Mag. Zitz: „Fragen Sie die Frau Kollegin Bleckmann!“) Ich plä-

diere jetzt für die Nettozeit da hier im Landtag, weil das ist ja wirklich – (Glockenzeichen des Präsidenten. – Präsident Dr. Strenitz: „Könnten Sie freundlicherweise den Herrn Abgeordneten Peinhaupt weiterreden lassen!“) Wenn, dann bitte gescheite Zwischenrufe, weil da werde ich sicher darauf antworten, aber nicht auf so ein Blabla.

Meine Damen und Herren, es ist mit dieser Sache in der Verwaltung sicherlich ein Problem. Ich selbst bin Obmann des Verwaltungs-Ausschusses, bemüht, dort etwas weiterzubringen. Wir diskutieren Runde für Runde herum, wie man 300 Millionen Schilling bei den Bezirkshauptmannschaften einsparen kann, und da geht man her und macht mit einem Schlag eine Ausweitung, eine Aufblähung des Verwaltungsapparates, wie es seinesgleichen sucht. Und wenn die Landeshauptfrau heute bekanntgibt und sagt: „Uns gibt ja auch der Rechnungshofbericht recht“, so muß ich schon sagen, man sollte auch die ganze Wahrheit sagen, denn in Punkt 32.2 des Rechnungshofberichtes steht: „Die Kennzahl für die Steiermark war vergleichsweise günstig. In den letzten fünf Jahren zeigte sich aber eine steigende Tendenz. Diese Entwicklung unterstrich nach Ansicht des Rechnungshofes die Notwendigkeit von Maßnahmen für eine Personalstandsverringerung in der Verwaltung.“

Aber das nicht mit dem Ganzen sagen, da kann ich auch den Klubobmann Schützenhöfer – ich traue mich gar nicht mehr du sagen – zitieren, der ja auch der Magda Bleckmann ein Zitat vorgeworfen hat, das er aus dem Raum gerissen hat. Die Aussage dieses Zitates wäre die logische Folgerung von euch gewesen, ein klares Bekenntnis zur Parteibuchwirtschaft abzugeben. (Beifall bei der FPÖ.) Nur, ihr habt damals ja gar nicht den Mut dazu gehabt.

Ich muß eines sagen, ich persönlich habe als Abgeordneter dieses Hauses, ich war mit der Konstellation nie richtig glücklich, das gebe ich schon zu, wirklich das Gefühl, daß auf der einen Seite die 21 Mandate der ÖVP stehen, und wenn ich mir dann die Arbeit anschau, die SPÖ hat trotzdem 42 Mandate, so nach à la Pittermanns Zeiten der SPÖ, und es wird ja auch ganz gut so verhandelt, denn zu gleichen Teilen, ein bißel rot, ein bißel schwarz, und das in jedem Bereich. Und wie man da mit Menschen umgeht, das ist euch im Grunde genommen vollkommen Wurscht. Ich erinnere an den Praschak-Fall. Auf einmal haben sich ÖVP und SPÖ veranlaßt gesehen aufzuspringen und ein zehn Jahre in der Schublade ruhendes Fünfpunkteprogramm herauszuziehen und zu sagen, wir müssen uns vor der Öffentlichkeit reinwaschen. Wir beschließen jetzt dieses Fünfpunkteprogramm. Damit sind wir Garanten für objektive Vergabe. Glaubt ihr, daß bei ausgelagerten Betrieben die Menschen anders sind als die in der Landesverwaltung Tätigen? Klubobmann Brünner hat das heute sehr deutlich angeschnitten und auch Magda Bleckmann, ihr tut den betroffenen Leuten damit nichts Gutes. Ihr tut ihnen nichts Gutes. Ihr bringt Konkurrenzdenken in die Beamtenschaft. Ihr bringt einen Klassenkampf in die Beamtenschaft. Und das alles nur, um Macht abzusichern. Ich möchte nur daran erinnern, die Verwaltung steht, der Politiker geht! Ich möchte dem Karl-Heinz Feil nicht wünschen, daß er irgendwann wieder einmal einen schwarzen Chef kriegt. (Landesrat Dörflinger:

„Glaubst du das selber, was du sagst?“) Ich bin zutiefst davon überzeugt, deshalb auch meine Enttäuschung, Günter. (Landesrat Dörflinger: „Glaubst du das selber?“) Das denke ich mir. Für dich spreche ich eh nicht. (Landesrat Dörflinger: „Wenn du das wirklich glaubst, dann tust du mir leid!“)

Du, ich danke dir für deine Anteilnahme. Wer im Endeffekt am kürzeren Ast sitzt, das, glaube ich, wird die Bevölkerung weisen und das wird die Bevölkerung sagen. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dr. Flecker: „Ich glaube, unser Mitleid mit dem Kollegen Peinhaupt sollte allumfassend sein!“)

Klubobmann Flecker, ich achte dich sehr hoch, das muß ich dir wirklich sagen. Du bist einer der wenigen, der den Mut hat, auch zu sagen, worum es geht, wo du persönlich stehst. Entschuldigung, darf ich du sagen? (Abg. Dr. Flecker: „Sind wir seit jetzt per du, macht nichts!“) Entschuldige, Sie sind der ältere Hofrat in der Landesregierung. (Abg. Dr. Flecker: „Nachdem ihr mit dem Schützi nicht mehr per du seid, sind wir es jetzt!“) Das freut mich außerordentlich. Lieber Kurtl, ich habe wirklich eine hohe Achtung vor dir. (Abg. Pußwald: „Heißt das, daß Sie der Jüngere sind?“) Ich habe meinen Hof erst seit dem 83er Jahr, der Herr Klubobmann Flecker ist sicherlich schon länger in der Landesverwaltung, als ich auf meinem Betrieb daheim. (Abg. Dr. Flecker: „Denk an die Zeit!“) Nettozeit! Nettozeit! Immer diese Zwischenrufe.

Herr Klubobmann, das, was ich sagen wollte, ich nehme Sie wirklich sehr ernst, in Ihren Aussagen, weil Sie stehen auch dazu. (Abg. Dr. Flecker: „Sind wir jetzt per du oder per Sie?“)

Immer, wenn ich etwas positiv drüberbringen will, sage ich Sie, weil es sehr positiv ist, und wenn es auf meinem Niveau ist, weil ich bin ja unter Ihnen, wie Sie selbst gesagt haben, dann werde ich mir erlauben, dich mit du anreden zu dürfen.

Reden wir es uns dann aus.

Damit komme ich einmal zum Ende. (Abg. Dr. Flecker: „Du willst nicht haben, daß du immer per Sie bist mit mir!“) Lieber Kurt Flecker, ich schätze dich sehr, weil du stehst wenigstens zu dem, was du sagst. Du sagst klipp und klar, und das kann man in eurem Beschluß aus dem 94er Jahr, aus dem Minderheitenantrag zum Rationalisierungs-Ausschuß, sehen, ihr seid dafür, ihr steht dafür, daß die Politik letztendlich entscheidet für die Personalhoheit. Naja, ist akzeptiert, ihr wollt das so haben. Aber nur, die Leute verstehe ich nicht, die hergehen und sagen, ja Objektivierung. Wer hat sie denn gehindert an der objektiven Postenvergabe? Sie sich selbst oder wie? Oder hat die SPÖ wirklich die 42 Mandate, weil ihr untätig da sitzt und euch in eurer Haut nicht recht wohl fühlt? (Abg. Gennaro: „Im Jahr 1994 habt ihr es verhindert!“) Das ist das Spiel der gebundenen Kräfte, lieber Kurtl, wenn ich dich dementsprechend korrigieren darf.

Meine Damen und Herren, es geht nicht an, daß wir für dieses Haus beziehungsweise ein Stockwerk höher beschließen müssen, für Reinigungsarbeiten, für Schlachten am heißen oder kalten Büffet, 390.000 Schilling Wäschereien. Die Schmutzwäsche, die in der Verwaltung betrieben wird, die ist noch viel mehr als 390.000 Schilling. Das sind 60 bis 100 Millionen Schilling de facto. Wer soll denn das reinigen? (Beifall bei der FPÖ.)

Wie bringen Sie das an den Bürger, bitte, wenn 390.000 Schilling für ein dreieckiges Tischtuch mehr ist als ein alleinverdienender Vater in der Steiermark verdient? Werdet euch dessen einmal bewußt.

Die Kosten, die diese Aufblähung der Landesverwaltung nach sich zieht, abgesehen von diesen menschenverachtenden Tendenzen, die möchten wir wissen, und dazu erlauben wir uns, einen Beschlüßantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Landtages einzubringen, und zwar der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Mag. Bleckmann, Dr. Brünner, Dipl.-Ing. Vesko und Keshmiri, betreffend Kostenentwicklung durch die Änderung der Geschäftseinteilung und durch die Umstrukturierung von Gesellschaften, an denen das Land beteiligt ist.

Die steirische Frau Landeshauptmann hat in ihrer bisherigen Amtszeit den Löwenanteil ihrer Energien vor allem in die „Umstrukturierung“ der Führungsebenen einzelner Abteilungen des Landes und Unternehmen, die dem Land zugehören beziehungsweise an denen das Land beteiligt ist, gesteckt. Auch der eine oder andere Posten beziehungsweise ganze Abteilungen wurden neu geschaffen.

Unter anderem ist das Land nun mit einem Vize-Landesschulratspräsidenten, der natürlich finanziell gleichgestellt wurde wie der Landesschulratspräsident und um 10.000 Schilling mehr verdient als der Zweite Landtagspräsident, ausgestattet.

Das Joanneum Research verfügt seit neuestem über vier Geschäftsführer, die STEWEAG über einen Direktor, der gar nicht an der Ausschreibung teilgenommen hat, und das Hearing zur Bestellung des Leiters der Kulturabteilung gewann ein Kandidat, der sich diesem Hearing gar nicht gestellt hat.

Obwohl die Auflösung der Rechtsabteilung 2 in der letzten Periode als Schritt einer gelungenen Einsparungsmaßnahme propagiert wurde, ist diese wieder installiert worden.

Trotz einer bereits vorhandenen EU-Abteilung wurde ein weiteres EU-Referat installiert, welches in die gemeinsame Kompetenz der Frau Landeshauptmann und des Landeshauptmannstellvertreters fällt und mit einem Leiter und einem Stellvertreter aus den Bereichen von ÖVP und SPÖ besetzt wurde.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag innerhalb von drei Monaten über die Kostenentwicklung auf Grund der Änderung der Geschäftseinteilung in dieser Legislaturperiode zu berichten.

Ich bitte Sie, in unserem eigenen Interesse, nämlich die Budgethoheit dieses Hauses auch wahrzunehmen und diesen Antrag zu unterstützen! (Beifall bei der FPÖ, - 11.38 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Obwohl die Geschäftsordnung nicht zwischen Bruttoredezeit und Nettoredezeit unterscheidet, ist der Herr Abgeordnete rechtzeitig innerhalb der 20 Minuten ins Ziel gekommen.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Er hat das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (11.39 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Das grüne Autowunderland“ titelt heute eine österreichische Tageszeitung und fährt wie folgt fort: „Ob AVL, Chrysler, Steyr, Magna – die Automobilindustrie boomt, neue Zulieferbetriebe entstehen und sichern Tausende Arbeitsplätze. Der AC Styria spielt sich in die Meisterklasse. Das ist kein neuer Fußballverein, AC steht für Auto Cluster. Vernetzung von Haupt- und Nebenbranchen, dieser spröde Begriff der Wirtschaftswelt füllt sich mit Leben, die Grüne Mark hat sich zum Autoland Nummer eins gemeistert.“ Warum sage ich das am Beginn? Es gäbe soviel Wichtigeres um das Thema Arbeit und Wirtschaft hier im Haus zu diskutieren. Nein, das darf und kann aber nicht sein, sondern der Landtag, diesmal sogar mit einer Sonderlandtagssitzung, hat sich dem Thema Nummer eins, und zwar dem Thema Nummer eins der Freiheitlichen Partei, zu stellen, der Verärgerung darüber, daß bei der Vergabe von Posten die Freiheitliche Partei nicht so berücksichtigt wurde, wie sie es sich vorgestellt hat. Denn eines hat man bei der Debatte hier sehr deutlich gemerkt, vor allem bei meinem Vorredner Peinhaupt, worum es der Freiheitlichen Fraktion wirklich geht. Weder um Objektivierung, noch um Sparsamkeit, sondern die dringliche Anfrage dient ausschließlich und allein der eigenen Profilierung. Und diese Profilierung hat diese freiheitliche Fraktion tatsächlich notwendig, denn nennen Sie mir nur ein Sachthema, nur ein einziges, wo es in dieser Legislaturperiode bis zum heutigen Tag der freiheitlichen Fraktion in der Steiermark gelungen ist, in Erscheinung zu treten. Nicht einmal bei den Politikerbezügen ist es der freiheitlichen Fraktion gelungen, hier etwas Sachliches beizutragen, nicht einmal in dieser Frage!

Seit die Freiheitliche Partei Regierungsverantwortung trägt, hat sich eines gezeigt, daß natürlich dort, wo es für die FPÖ möglich ist, die FPÖ in einem Ausmaß zulängt, das weit mehr ist als das, was sich die heute so gescholtenen beiden Großparteien ÖVP und SPÖ genehmigen.

Und ich werde Ihnen anhand von Beispielen, Kollege Schinnerl, das sehr genau aufzeigen. Denn der einzige Landesrat von den neun Regierungsmitgliedern, der seine A-Leute innerhalb seiner Funktionszeit verdoppelt hat, nämlich von drei auf sechs, ist Landesrat Schmid. Am 17. Oktober 1991 hat er drei A-Leute übernommen, heute hat er sechs in seinem Büro. Und selbstverständlich ist der Büroleiter von Landesrat Schmid zuerst Hofrat und dann auch Rechnungshofchef geworden. Ich sage Ihnen auch eines zur Verfolgung der Freiheitlichen, zu den menschenverachtenden Tendenzen, die Kollege Peinhaupt angesprochen hat. Bis 1991 sind hier zwei Abgeordnete gesessen, und beide FPÖ-Mandatare sind heute Hofräte der steirischen Landesregierung. Und sollte jemals Abgeordnete Bleckmann auch einem Zivilberuf nachgehen oder in den Landesdienst gehen, weil sie fleißig ist, wird auch sie Hofrätin werden, auch das kann ich, Kollege Peinhaupt, von dieser Stelle aus sagen.

Denn das Entscheidende ist, daß die Qualifikation stimmt. Nur, wenn es kein Freiheitlicher ist, wird von euch pauschal und von vornherein allen anderen diese Qualifikation abgesprochen. Das ist das Problem bei

euch. Ihr seid großartig im Austeilen, ihr seid Riesen im Austeilen, aber Zwergel im Einstecken. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Wenn jemand aus Ihren Reihen nicht zum Zug kommt, dann ist das nicht objektiv. Geschieht das eben nicht, dann gibt es wieder eine dringliche Anfrage, wie heute Kollege Majcen schon ausgeführt hat. Diese Politik nenne ich Populismus. Und Populismus lohnt sich nicht, hat diese Woche die Ausgabe der angesehenen „Hamburger Zeit“ auf einer Titelseite richtigerweise festgehalten. Denn im Grund bieten sie, nämlich die Populisten, zu denen Sie gehören, genau das am allerwenigsten, was am allermeisten gefragt ist, Orientierung, also Zukunfts- und Richtungsweisendes, deshalb stoßen Sie an Ihre Grenzen. Glistrop in Dänemark, Le Pen in Frankreich, Haider in Österreich, Hagen in Norwegen, nirgends in Westeuropa hat ein Rechtspopulist die Regierungsmacht erlangt, soweit das Zitat der „Hamburger Zeit“. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Wer hat denn vom Objektivierungsgesetz gesprochen? Was ist denn richtungsweisend?“) Das, was ihr hier bietet, ist weder zukunftsweisend und schon gar nicht richtungsweisend. (Abg. Porta: „Ist Proporz zukunftsweisen?“) Das war ein jämmerliches Schauspiel bisher, ein jämmerliches Schauspiel! (Beifall bei der ÖVP.)

Denn es gibt Zukunfts- und Richtungsweisenderes auch hier bei uns in der Steiermark, als den dritten Aufguß eurer Anfrage. Und da muß ich auch noch eines sagen, weil hier immer von menschenverachtenden Tendenzen gesprochen wird, von dem Umgang mit den Menschen im Landesdienst. Kollege und Klubobmann Wabl hat es schon angesprochen. Ich werde euch etwas vorlesen. Bezüglich der Auszahlungsanordnung für den Empfänger soundso in der Höhe von 180 Schilling. Aus dem Beleg ist nicht zu ersehen, welchem konkreten Projekt die Leistung zuzuordnen ist, es wird daher um ergänzende Information ersucht. Mit dutzend solchen Briefen werden Mitarbeiter von Landesrat Schmid verfolgt, weil sie unliebsam geworden sind, und das nennt man heutzutage Mobbing. (Beifall bei der ÖVP.)

Weil ihr von menschenverachtenden Tendenzen spricht, wie euer Landesrat mit einzelnen seiner Mitarbeiter umgeht, das ist menschenverachtend, und nicht eure Anwürfe. Wo geht ein sonstiges Regierungsmitglied so mit seinen eigenen Mitarbeitern um? Kein Zweiter! (Abg. Ing. Peinhaupt: „Weil kein zweites Regierungsmitglied bereit ist, Verantwortung zu übernehmen! Und 5 Millionen Schilling in nur einem Jahr einspart!“)

Nicht die Flucht nach vorne antreten. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Die Flucht nach vorne ist das nicht. Wenn ich mir einen Fernsehschirm für kulturelle Begebnisse kaufen will und dabei das Tennisspiel anschau, dann muß eigentlich der Thomas Muster ein Kulturträger sein, nicht? Wir wissen ja, worum es geht in diesen Bereichen!“) Also, darf ich dir eines sagen, weil du Klubmitglied des freiheitlichen Klubs bist. Ihr seid nichts besser, euer Landesrat hat verdoppelt. 21 Abgeordnete der ÖVP sitzen hier, 21 der SPÖ, zehn von den Freiheitlichen. Hätten wir uns so bedient, wie ihr es gemacht habt, dann hätten wir nicht in unserem Klub, wie wir es haben, neun Mitarbeiter, sondern uns stünden 15 zu. Euch ist es gelungen, bei zehn Klub-

mitgliedern, die ihr habt, auf sieben Mitarbeiter im Klub zu kommen. Das ist um ein Vielfaches mehr, als es die ÖVP und die SPÖ sich genehmigt haben. Nur das zur Aufblähung im Landesdiens! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Die größten Aufblähungen gibt es dort, wo Sie zu langen können, um das einmal sehr deutlich hier zu sagen. Es ist kein Klub so ausgestattet wie Ihrer, es hat niemand so zugegriffen wie ihr Landesparteiobmann, Landesrat Schmid. Und daher möchte ich auch eines sagen, weil Ihre Aussagen einfach nicht stimmen. Die Behauptung, daß die Mehrzahl der Spitzenpositionen hier im Land mit Mitarbeitern aus den politischen Büros besetzt werden, ist schlichtweg falsch. Das Gegenteil ist der Fall. Seit 1991 wurden 47 Führungspositionen im Land besetzt – Abteilungsleiter, Bezirkshauptmänner. Von den 47 sind nur sechs aus politischen Büros gekommen, und auch hier ist die FPÖ überproportional vertreten, weil selbstverständlich auch aus Ihrem Büro eine Spitzenposition besetzt worden ist.

Seit 1991, Kollege Schinnerl, ich weiß, daß du ein Kurzzeitgedächtnis besitzt, aber das hättest du dir schon merken können, was seit 1991 nachbesetzt worden ist. Ich kann, wenn du willst, dir alle sechs aufzählen, ich will aber niemanden langweilen. Es ist schlichtweg falsch, was hier behauptet wird.

Das Zweite, das ist der Stil und die Sprache. Ihr redet von Menschenverachtung, und es hat ganz richtig in seiner Wortmeldung unser Klubobmann schon gesagt, der Stil der politischen Auseinandersetzung, wie er von euch geführt wird, dem können wir wirklich nichts abgewinnen.

Denn so, wie das letzte Mal Landesrat Schmid von der Regierungsbank aus hier agiert hat, so erlebe ich es nicht einmal zur mitternächtlichen Stunde in biertrunkenen Wirtshausgesprächen.

Das sage ich euch schon. Dieser Stil des persönlichen Heruntermachens, wie ihn Landesrat Schmid von der Regierungsbank pflegt, das ist wirklich letztklassig. Und das sage ich ganz bewußt, denn das hat mit politischer Auseinandersetzung null zu tun, sondern es ist reine persönliche Verunglimpfung. Und dazu sagen wir immer ein klares Nein. Das werden wir nicht zulassen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – Abg. Mag. Hartinger: „Wollt ihr uns Redeverbot erteilen?“) Nein, kein Redeverbot, aber denken Sie über Ihren Stil nach, denken Sie über Ihre Sprache nach. (Abg. Mag. Hartinger: „Wer hat damit angefangen, Kasperltheater!“) Das ist mehr als ein Kasperltheater, weil ein Kasperltheater kann lustig sein. Das hier ist ein Trauerspiel, wenn man so einen Stil von der Regierungsbank herunter pflegt, denn jeden Montag kommen die neun Regierungsmitglieder zusammen, und ich erwarte mir von ihnen, daß Arbeit im Vordergrund steht und wenigstens eine Grundbasis an Vertrauen. Aber durch solche Wortmeldungen wird dieses Klima zerstört. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Im Umgang mit anderen – hast du schon einmal in den Spiegel geschaut?“) Das würdest du nie hören von anderen Regierungsmitgliedern, daß sie so über Kollegen reden. Also, ich habe so etwas noch nicht gehört, dieses Vorrecht steht dem freiheitlichen Landesobmann zu. Ich weiß nicht, warum er so nervös ist, aber diesen Stil werden wir sicherlich nicht dulden,

und dem werden wir sicherlich nie unsere Zustimmung geben. Das sage ich Ihnen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Und weil wir das schon lange diskutiert haben, möchte ich auch relativ rasch zum Abschluß kommen. Wir nehmen es sehr ernst, was Personaleinstellungen betrifft. Wir wissen es auch, daß Personaleinstellungen immer Diskussionen auslösen werden, denn Personalentscheidungen sind nun einmal heikle Fragen, und es gibt immer welche, die mit der Entscheidung, die getroffen wird, nicht zufrieden sind. (Abg. Schinnerl: „Nicht nur Worte, wir wollen Taten sehen!“)

Faktum ist aber, Kollege Schinnerl, daß keine Partei bisher proportional zu ihrer Stärke so zugegriffen hat wie die FPÖ. Ihr Parteiohmann hat seine A-Leute in seinem Büro verdoppelt. Das hat niemand vor ihm gemacht. Der FPÖ-Klub hat zu seiner Mitgliedergröße den absolut größten Mitarbeiterstab, den mit Abstand größten Mitarbeiterstab im Vergleich zur ÖVP- und zur SPÖ-Fraktion.

Und wir wollen, daß wir zu den tatsächlichen Problemen wieder zurückkehren und daß auch Sie die Wahrheit vertragen, Kollege Peinhaupt. Sie werden die Wahrheit hier vertragen müssen, ob es Ihnen paßt oder nicht. Uns geht es um die tatsächlichen Probleme in diesem Land.

Ich habe es eingangs zitiert, Gott sei Dank beschäftigt österreichweit die Medien das Grüne Autowunderland und die inhaltliche Arbeit. Hier ist viel gelungen, im Wirtschaftsbereich und im Arbeitsplatzbereich, und wir wollen, daß diese Fragen im Vordergrund stehen und daß wir uns diesen Fragen zuwenden können. Daher sind wir sehr daran interessiert, daß wir sehr intensiv das Objektivierungsgesetz behandeln.

Wir haben vor dem Sommer gezeigt, daß dieser Landtag konstruktiv etwas zusammenbringen kann. Wir sind oft beieinandergesessen, mehr als ein Dutzendmal, und waren die ersten in Österreich, die ein Bezügegesetz verabschiedet haben, das sich sehen lassen kann. Ich bin gespannt, ob ein zweites Bundesland so klare, so einfache Regelungen zustande bringt, wie wir es geschafft haben.

Und wir haben auch vor dem Sommer eine Geschäftsordnung verabschiedet, eine Fünfparteieneinigung, wo es kein zweites Bundesland in Österreich gibt, das den Oppositionsparteien diese Rechte einräumt, wie wir es gemacht haben.

Daher bin ich, trotz dieses heutigen Sonderlandtages, zuversichtlich, daß dann, wenn auch bei Ihnen wieder der gute Wille einkehrt, wir auch zu einem Objektivierungsgesetz kommen, wir alle, die fünf im Landtag vertretenen Parteien, und auch hier zu einer österreichweit vorbildlichen Regelung kommen.

Es war Landeshauptmann Waltraud Klasnic, die seinerzeit mit ihrem Zehnpunkteprogramm den Anstoß zu unserer Bezügeverordnung gegeben hat. Und sie war es auch heute, die von der Regierungsbank aus an uns, an alle fünf im Landtag vertretenen Parteien, die Aufforderung gemacht hat, daß wir uns ernsthaft mit dieser Frage auseinandersetzen, ein gutes Objektivierungsgesetz vorlegen. Darum ersuche ich Sie.

Wenn uns das gelingt, dann, und nur dann, hat der heutige Sonderlandtag einen Sinn gehabt. (Beifall bei der ÖVP. – 11.52 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker.

Abg. Dr. Flecker (11.52 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Lieber Kollege Peinhaupt, ich darf ja heute das erste Mal zu dir da sagen. Du siehst, ich bin gar nicht so heikel, wenn das Sagenes öffentlich bekundet wird.

Ich darf vielleicht zwei Sachen korrigieren, die offensichtlich falsch bei euch ausgelegt werden. Das erste ist, daß du gesagt hast, daß man in der Frage der Vertretung bei einer Dringlichen nicht die Bestimmungen der Fragestunde anzuwenden hat. Selbstverständlich hat man das zu tun, und zweitens, in der einen Begründung heißt es, das Joanneum Research hat vier Geschäftsführer. Das hat es nicht, schau dir die Beschlüsse an, dann wirst du das auch wissen.

Daß du den Herrn Praschak in die Diskussion gebracht hast, ist die Frage deines Stils. Ich will auf das nicht näher eingehen.

Meine Damen und Herren von den Freiheitlichen, Sie haben heute jene Antwort bekommen, die Sie letzten Dienstag auch schon hätten haben können. Ich wiederhole, was der Kollege Schützenhöfer gesagt hat, die Dringlichkeit scheint offenbar nicht eine solche gewesen zu sein. Man muß schon auch sagen, wenn jemand bei einer Landeshauptleutekonferenz ist und man auf der anderen Seite hört oder in der Zeitung lesen muß, wie vor einem Jahr in etwa, daß der Herr Landesrat Schmid bei wichtigen Landtagsdebatten das Tennisracket schwingt, dann sind Sie die letzten, die sich in dieser Richtung zu beschweren haben. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Auch die Rechtfertigung, daß Sie diesen Sonderlandtag brauchen, um ein Objektivierungsgesetz zu bekommen, ist mehr als schmal. Sie wissen ganz genau, daß wir im letzten Ausschuß einen Gesetzentwurf der Liberalen und Grünen – da ist von Ihnen nicht die Rede, wahrscheinlich sind Sie legislativ nicht so gut ausgestattet – (Abg. Dr. Lopatka: „Sie haben keinen Jursiten mehr!“) der Regierung zugewiesen haben, um von dort überarbeitet ein Objektivierungsgesetz zu bekommen.

Sie, meine Damen und Herren von den Freiheitlichen, haben Ihre Dimensionen in der politischen Gesamtschau schon auch dadurch unter Beweis gestellt, daß Sie in zwei fast aufeinanderfolgenden Sitzungen die gleichen Fragen hier im Haus stellen. Und wenn ich so an den Erfolg Ihrer Fragen denke und an den Erfolg solcher Sitzungen denke, dann kommt es mir vor, als seid ihr wie die Römer, die immer wieder gegen Asterix anrennen und irgendwann dann im Wasser oder sonstwo landen.

Zum Inhalt selbst könnte ich das gleiche sagen wie am 10. Juni. Es ist für die Freiheitliche Partei heute wohl nicht weniger peinlich als damals, wenn man Ihnen jene Positionen vorwirft, die Sie sich selbst ergattert haben. Es war sogar der Herr Kollege Lopatka, der sich heute dazu durchgerungen hat, ich weiß nicht, im Falle eines Eingeständnisses, zumindest das Be-

dauern über diese Vorgangsweisen darzustellen, die ja seinerzeit zu zweit gefunden wurden. Ihr Problem, meine Damen und Herren von den Freiheitlichen, liegt wohl darin, daß Sie nicht bereit sind, in diesem Lande eine gemeinsame Politik zu vertreten, daß Sie sich partout, und das ist Ihnen überlassen, auf eine Oppositionsrolle zurückgezogen haben. Aber bitte, dann beleidigt zu sein, wenn die Regierung einer Oppositionspartei nicht jeden Wunsch erfüllt, das ist hanebüchen und geradezu widersinnig. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist Ihnen offenbar doch ein großes Anliegen, Spitzenpositionen zu besetzen, weil sonst hätten Sie ja Ihr Beleidigtsein heute nicht ein zweites Mal zur Schau gestellt. Aber ich will, unabhängig von dem, was ich am 10. Juni gesagt habe, was der Kollege Korp gesagt hat und viele andere heute gesagt haben, vielleicht auch noch auf etwas hinweisen, wo Sie unterwegs sind und was dann geschieht.

Denken wir an Graz, an den Magistrat Graz. Folgende Amtsleiterposten – ohne Hearing – zugunsten der Freiheitlichen: Beschaffungsamt – Herr Franz, Ex-Götz-Sekretär; Straßen- und Brückenbauamt – Dipl.-Ing. Hrubisek, Ex-Weinmeister-Sekretär; Rechtsamt – Dr. Webern, Ex-Klubsekretär, Ex-Weinmeister-Sekretär, Ex-Götz-Sekretär; Statistisches Amt – Bundesrat Tremmel, Ex-Götz-Sekretär. Wohnbauförderungsreferat für Spielberger – ohne Hearing geschaffen – jetzt Dr. Bardeau, Hochbauamt Herr Rungaldier, Baurechtsamt Dr. Marauschek, in die Magistratsdirektion Frau Mag. Uray-Frick, ins Organisationsreferat Herr Mag. Jaksche als Ex-Götz-Sekretär. Das ist nur ein kleiner Auszug, wie es auch woanders umgeht, wo Sie etwas mitzureden haben und wie scheinheilig diese Argumentation läuft. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Und, meine Damen und Herren, lieber Kollege Peinhaupt – ich nütze das aus, daß ich zu dir du sagen darf. Lieber Kollege Peinhaupt, du hast ja selbst dieses Bild mit der Figur und den Kasperln unten an den Fäden gebracht, deswegen darf ich mit der Figur anfangen, ein bißchen über den Herrn Dr. Haider reden. Seine persönlichen Interventionen in Zeiten der Vizekanzlerschaft des Herrn Steger sind ja inzwischen schon literarisch verarbeitet worden, aber ich darf doch zum Beispiel so eine Intervention an Steger unter Weglassung der Namen vorlesen, wie sie Haider seinerzeit gerichtet hat. „Darf ich dich bitten, in Parteienverhandlungen mit der SPÖ Herrn XY in Vorschlag zu bringen. Durch seine Stellung würden sich auch für uns große Vorteile ergeben, da zum ersten Mal an einer schwarzen Schule ein Freiheitlicher zum Leiter bestellt werden würde.“ (Allgemeine Heiterkeit. – Landesrat Dörflinger: „Das kann nicht sein. Das ist sicher eine Fälschung!“)

Ein nicht uninteressantes Zitat.

Und, meine Damen und Herren, die Frau Klubobfrau Bleckmann hat in ihrem verbalen Walkürenritt vollmundig gesagt: „Wie gehen Sie mit den Menschen um.“ Und ich glaube, das ist sehr interessant, aus ihrem Munde zu hören. Lassen Sie mich ein paar Opfer ihres Herrn, der mit den Fäden spielt, was Sie sind, haben Sie selbst gesagt, ich würde das nie behaupten. Lassen Sie mich die Opfer Ihres Herrn Obersten einmal darstellen. Da geht es nicht darum, daß irgendjemand irgendeine Spitzenposition nicht be-

kommen hätte, da geht es darum, daß Leute relativ kaltschnäuzig abgeschossen wurden. Denken Sie an die Beleidigungen an den Klubobmann Peter, denken Sie, wie die Causa Steger abgehandelt wurde und vielleicht bei drei Leuten, die mir nicht so leid tun, die Frau Trabnik, der Herr Mölzer, an sich eh nicht tragbare Leute, aber wie sie abgeschossen wurden und letztlich auch die Parteiobfrau Schmid, die jetzt bei den Liberalen ist. Aber denken wir auch ans Land: Rader. Aber diesmal haben Sie es gemacht, indem Sie ihn auch mit einem Posten versorgt haben. Denken Sie an den Herrn Ebner, auch kalt abgeschossen. Das ist der Herr, damit Sie es nur wissen, der das Land, soviel ich weiß, geklagt hat um seine Bezüge, die Sie als nicht gerechtfertigt bezeichnet haben (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Daher ist er auch nicht mehr da!“) und die wir als nicht gerechtfertigt bezeichnet haben, jetzt einklagen will, und es ist Ihr Mann. Und letztlich Kollege Chibidziura, der mit der Rückversicherung eines Postens bei der Baubezirksleitung Leibnitz aufgehört hat, hier in diesem Haus zu sein, nachdem er Ihnen offenbar auch unangenehm geworden ist.

Oder denken Sie den menschlichen Umgang, und hier erwähne ich überhaupt keinen Namen, mit jenem Volksschullehrer aus Niederösterreich, dem Sie gesagt haben, er hat den Posten nur über Postenschacher bekommen und er sei ein Alkoholiker. Haider hat sämtliche Prozesse in diesem Zusammenhang verloren; oder denken Sie beim Umgang mit Menschen an die Attacken Ihres Herrn Spielers mit dem Prof. Doralt aus Innsbruck, der sich um den Rechnungshofpräsidenten beworben hat, dem vorgeworfen wurde vom Herrn Haider, daß er Unregelmäßigkeiten zu vertreten habe. Und der Herr Haider ist in Prozessen immer wieder verurteilt worden und auch verurteilt worden zu einer Ehrenerklärung. Meine Damen und Herren, da geht es nicht um Spitzenpositionen, diese Liste von Menschen zeigt nichts anderes auf als den Charakter Ihres Parteiobmannes und offenbar auch Ihrer Partei im Umgang mit Menschen. Das, meine Damen und Herren, sind Unmenschlichkeiten, und nichts anderes. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Und noch eine Bemerkung. Ich weiß nicht, war es die Frau Klubobfrau oder warst du es, lieber Herbert, irgendjemand hat bekrittelt, daß Leute aus politischen Büros in Spitzenpositionen aufsteigen. Der Herr Dr. Grollitsch, der sich auch als Leiter des Landesrechnungshofes bewährt hat, der auch den Mut hatte, gegen die parteipolitische Tendenz von Ihnen zum Beispiel in der Österreicherfrage zu sagen, was Sache ist, war Büroleiter beim Herrn Landesrat Schmid und offenbar, und ich verwende das Wort des Entsorgungsbedarfes bei Gott nicht, da habe ich zuviel Achtung vor der Wahl der Worte, aber bitte, was soll denn das anderes sein, wenn sich der jetzige Büroleiter des Herrn Landesrates Schmid, Herr Dr. Frank, den ich sehr schätze, auch um einen BH-Posten beworben hat? Ist das keiner aus einem politischen Büro, war da keine politische Besetzung geplant? Meine Damen und Herren, überall dort, wo Sie sich aufregen, handeln Sie gleich. Ich halte es für legitim, daß sich der Dr. Frank bewirbt. Ich halte es für legitim, daß Leute aus Regierungsbüros Spitzenpositionen bekommen. Aber bitte, so zu tun, als hätte man was dagegen, und dann schickt man seine eigenen Leute ins Rennen, das ist

Schizophrenie erster Klasse. Und, meine Damen und Herren, dafür einen Sonderlandtag zu mißbrauchen ist billige Show, die Ihnen nichts bringen wird. Ich will auch gar nicht auf Weiteres eingehen. Ich will nicht verhehlen, daß ich anlässlich der letzten Sitzung durchaus ein gewisses Zusammenspiel mit dem Landesrat Hirschmann mir dachte, aber daß du, lieber Kollege Peinhaupt, so sehr die Nerven verlierst und heute so offen deklariert, daß es bei euch in erster Linie auch darum geht, den Herrn Hirschmann und die Frau Landeshauptmann auseinanderzudividieren, das hätte ich mir von einem klugen Politiker, der du zu sein sicher behauptest, nicht gedacht.

Meine Damen und Herren, das ist eure Angelegenheit mit der ÖVP. Für solche Spielchen geben wir uns sicher nicht her. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, wir werden ein Bekenntnis alle gemeinsam tragen müssen, und um das kommen wir nicht herum. Spitzenpositionen werden und müssen immer wieder politische Entscheidungen sein, das entspricht auch dem Aufbau unserer Verfassung. Worum es dann letztlich geht, meine Damen und Herren, das ist, daß wir den Kreis jener, die sich darum bewerben, wenn man es nicht von vorne herein weiß, daß sie die Befähigung haben, hinsichtlich ihrer Befähigung abklopfen. Aber die Entscheidung wird immer eine politische sein. Und dazu stehe ich, und dazu muß jeder stehen, der den Sinn der Verfassung begreift und der ehrlich ist.

Eines schon auch noch, nicht einmal Sie von der Freiheitlichen Partei hegen Zweifel an der Qualifikation jener, die tatsächlich in diesem Paket bestellt wurden. Ja, was soll das? Was soll es letztlich? Wir haben befähigte Leute an den richtigen Positionen. Sie kann ich damit beruhigen, daß Sie heute Ihre Show gehabt haben, Sie haben sie gehabt, Sie haben den nächsten Bauchfleck serviert bekommen. Ich glaube, daß das, was Sie hier gemacht haben, auch in einem ernsthaften Landtag nicht gepaßt hätte. Insofern haben Sie mit dem Sonderlandtag recht gehabt. Sie haben sich wieder einmal präsentieren können in all Ihrer Qualität. Ich glaube, wir können jetzt wieder, nach diesem Landtag, uns mit den Problemen der Steiermark befassen. Danke! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 12.09 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu einer kurzen tatsächlichen Berichtigung hat sich die Frau Mag. Bleckmann gemeldet. Frau Abgeordnete, bitte.

Abg. Mag. Bleckmann (12.09 Uhr): Ja, zur tatsächlichen Berichtigung, lieber Kollege Flecker, Dipl.-Ing. Hrubisek wurde mit Ausschreibung und mit Hearing bestellt. Er war dort der Beste; Dr. Webern wurde ebenfalls nach Ausschreibung und mit Hearing bestellt. Er war dort der Beste. (Abg. Dr. Flecker: „Webern – Sie kennen ihn nicht einmal!“) Ich habe nachgefragt, weil ich gedacht habe, das kann doch nicht sein, daß das unsere Kollegen in der Stadt Graz machen. Und ich hatte recht, bei den freiheitlichen Kandidaten haben, ab dem Zeitpunkt, wo es dies gegeben hat, Hearings und Ausschreibungen stattgefunden. (Abg. Dr. Flecker: „Warum sind Sie so gut vorbereitet?“)

Sie haben nicht 20, Sie haben weniger genannt (Abg. Dr. Flecker: „Ich habe eine Liste von 15 vorgelesen!“), und auf die Namen habe ich mich bezogen!

Zwei mit Hearing, die anderen beiden, die Sie genannt haben, sind schon Jahre zuvor bestellt worden. Seit Frühjahr 1982 ist Marauschek Abteilungsleiter. Seit die FPÖ in der Stadtregierung ist, haben wir den Antrag auf eine objektive Postenvergabe eingebracht. Wer diese wieder gebrochen hat, sind SPÖ und ÖVP. Die Wirtschaftsabteilung wurde mit Oberascher ohne Hearing auf Grund einer Parteienvereinbarung zwischen SPÖ und ÖVP besetzt. Das Amt für Stadtentwicklung und Erhaltung wurde mit Dr. Luser, wie der Name schon sagt, besetzt. Im SPÖ-Bereich wurde Herr Pucher zum Abteilungsleiterstellvertreter im Stadtrechnungsamt ohne Hearing und ohne Ausschreibung gemacht. Bei denen, die angeblich zu uns gehören, hat es Ausschreibungen und Hearings gegeben. (Abg. Dr. Flecker: „Das stimmt nicht!“), so daß die Bestqualifizierten genommen wurden. Soviel zur Wahrheit, soviel zu Ihrem Bauchfleck. (Beifall bei der FPÖ. – 12.10 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr hat Frau Mag. Zitz das Wort.

Abg. Mag. Zitz (12.10 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Landesregierungsmitglieder!

Nachdem Klubobmann Flecker vorher den Sonderlandtag anders definiert hat als einen normalen Landtag: Es gibt ganz eindeutig zwei Unterschiede, nämlich die Anzahl der tatsächlichen Berichtigungen durch die Freiheitlichen – vorher Landesrat Schmid, jetzt Klubobfrau Bleckmann – ist höher als sonst, und das Zweite, was uns als Abgeordnete betrifft, Kollege Majcen, Kollege Korp, ich glaube, Sie haben selten die Möglichkeit, in diesem Haus zu reden und so viele Regierungsmitglieder, auch Ihrer eigenen Fraktion, hören Ihnen überhaupt zu. (Beifall bei der FPÖ.)

Und das zeigt im Moment, daß dieser Sonderlandtag Ihnen, von den großen Fraktionen, als Abgeordnete überhaupt die Möglichkeit gibt, Ihre Ideen zu präsentieren, wenn ich auch die Spielereien vom Kollegen Majcen, bezogen auf den Ö-Ring, so absurd finde, genauso absurd, wie wenn das vom Kollegen Hirschmann kommt. Sie haben im Rahmen dieses Landtages immerhin eine der wenigen Möglichkeiten, Ihre Positionen als regionale Abgeordnete, als Fachreferenten, als Fachsprecher für bestimmte Themen zu platzieren und die Gewißheit zu haben, daß Ihre Regierungsmitglieder von Ihrer eigenen Fraktion Ihnen wenigstens mit einem Ohr zuhören. (Abg. Gennaro: „Das ist der größte Schwachsinn, den ich je gehört habe!“)

Mir fällt weiters auf, daß bei dieser Debatte von mehreren Männern in extremer Geschmacklosigkeit Frauen runtergemacht werden, gerade vorher vom Klubobmann Flecker, der die Frau Kollegin Bleckmann, die ich inhaltlich nicht als große Bündnispartnerin einschätze, als Frau ziemlich heruntergezogen hat, beziehungsweise vom Kollegen Peinhaupt, der vorher mit primitivstem Sexismus agiert hat. Auf dieser Ebene sollte man diese Postenvergabedebatte nicht führen. Ich möchte noch etwas dazusagen. Es gibt im Landesdienst 109 Hofräte der höchsten Klasse,

und von diesen 109 Hofräten sind sage und schreibe sechs Hofrätinnen. Man sieht, daß ein Gleichbehandlungsgesetz zwar entwickelt wurde – Antrag vom LIF, liegengelassen ein halbes Jahr, dann in Parteienverhandlungen gegangen und dann endlich hat man sich durchgerungen, ein Landes-Gleichbehandlungsgesetz zu machen, als eines der letzten Länder übrigens. Ich wünsche mir, daß wir auf der Ebene der Landesbeamten nicht die Vertragsbediensteten, die Landesbediensteten vergessen. Auf den unteren Ebenen sieht man sehr wohl strenge Hearings, lange Wartelisten, harte Ausschreibungen, ein sehr hohes Maß an Qualifikation. Und man sieht da, auf diesen unteren Ebenen, sehr wohl, daß verstärkt Frauen zum Zug kommen, die aber dann die Möglichkeit, in eine höhere Dienstklasse eingestuft zu werden, längst nicht so leicht haben wie die männlichen Hofräte, die in den sechziger, siebziger, achtziger Jahren zum Zug gekommen sind und jetzt dieses Land in enger Kooperation mit den diversen Landesräten „regieren“.

Das Zweite, was den Sonderlandtag betrifft beziehungsweise die Rolle des Landtages insgesamt: Uns sollte sehr wohl klar sein, daß in dieser Legislaturperiode das Budget für den Landtag gekürzt worden ist, es ist weniger ausgegeben worden, als im Rechnungsvoranschlag drinnen ist und die Landesregierung, allein was die Empfänge betrifft, allein was die Empfänge und die Repräsentation betrifft, das Budget um 3 Millionen Schilling überschritten hat.

Noch eine Ebene, die ich einbringen möchte, nachdem der Klubobmann Flecker ja unglaublich schnell mit Freiheitlichen per du ist, was mich sehr überrascht und was seine sonstige Qualität als einer der Personen, die sich gegen eine schwarzblaue Koalition immer wieder verbal äußern, betrifft, relativiert: Der Klubobmann Flecker ist da auf einer Ebene mit dem Herrn Landeshauptfraustellvertreter Schachner, der, wie man im Kulturbereich sieht, eine verdächtig enge Achse mit dem Herrn Landesrat Schmid betreibt, und beide zusammen schaffen es, verehrte Kolleginnen und Kollegen, in den zuständigen Ausschüssen nie aufzutreten. Ich habe den Herrn Schachner noch nie im Kultur-Ausschuß gesehen. Wenn ich Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, frage, wer ist eigentlich der Chef des Kultur-Ausschusses, wer ist es eigentlich, dann werden die wenigsten von Ihnen wissen, daß das der Kollege Ussar ist, weil sich er in dieser Position selten zu Wort meldet. Man sieht also, daß Kulturpolitik in diesem Land auf einer Ebene gemacht wird und der tatsächliche Ausschuß selten mit den Agenden befaßt ist.

Das zweite Thema, was die Qualifikation von Personen in höheren Positionen im Landesdienst betrifft. Sie wissen sehr genau, es gibt auf der Landesebene, im Vergleich zur Stadt Graz, sehr, sehr wenig weisungsfreie Bedienstete. Wir haben keine Frauenbeauftragte, im Gegensatz zur Stadt Graz. Wir haben einen Kinder- und Jugendbeauftragten, der von Ressort zu Ressort „geschupft“ wird, der seine Weisungsfreiheit bei weitem nicht so ausleben kann, wie es im Dienste der Kinder und Jugendlichen notwendig wäre. Wir haben keinen Behindertenbeauftragten. Die Vergabepolitik in diesem Land geht natürlich in die Richtung, daß die Beamten und Beamtinnen, die installiert werden, in höchstem Maße abhängig vom jeweiligen Regierungs-

mitglied sind. Weisungsfreie Beamte gibt es auf Landesebene so wenig, daß man sie leicht an einer Hand abzählen kann.

Was noch dazukommt, die Qualifikation der Neuen. Ich möchte jetzt speziell Dr. Rundhammer vom Büro Rieder ansprechen, der mir als EU-Experte wirklich noch nicht aufgefallen ist. Dr. Rundhammer ist bei unseren Diskussionen zu diversen Sozialagenden dabei und bringt sich dort in Absprache mit der Frau Landesrätin unterschiedlich intensiv ein. Mir wäre tatsächlich neu, daß Dr. Rundhammer im EU-Bereich irgendeine Art von Qualifikation, irgendeine Art von Kompetenz aufweist. (Abg. Dr. Lopatka: „Es geht um ein soziales Europa, und nicht nur um die Wirtschaftlichkeit!“) Sehr geehrter Herr Kollege Lopatka, in diesem Zusammenhang verstehe ich dieses blauäugige Vertrauen von Klubobmann Flecker nicht, der sagt, naja, Spitzenposition, Spitzenbeamter, gnadenloses Vertrauen des Regierungsmitglied.

Wenn der Beamte, der in diese Position gesetzt wird, noch nie bei einem EU-Ausschuß war, noch nie – Kollege Lopatka, deine Wortmeldung, Kollegin Rieder – EU-Politik mit einem Sozialschwerpunkt, ist im Landtag 100prozentig noch nie diskutiert worden, und ich verstehe einfach nicht, daß diese Postenvergabe auch nur einen leichten Hauch von tatsächlicher Qualifikation eines Beamten haben könnte, was für mich die Grundlage wäre, daß das Regierungsmitglied diesen Beamten als guten Kooperationspartner annehmen kann.

Was die Besetzung vom Kollegen Glawogger betrifft – wir haben uns vorher bereits begrüßt: Aber selbstverständlich ist es eine Schiene der Besetzungspolitik der beiden großen Fraktionen, sich Leute aus anderen „Revieren“ ins Haus zu holen. Und daß diese Hofübergabe im Kulturbereich an den qualifizierten Volkskundler, Herrn Dr. Glawogger, ein Schritt ist, um die Liste ALF zu entmachten, die natürlich der Hausliste der ÖVP ein Dorn im Auge ist. Herr Dr. Glawogger, wir haben selbst diskutiert, daß im Landhaus der ÖAB wenig zu sagen hat, seit ALF aufgetreten ist. Und daß man natürlich davon ausgehen kann, daß genau diese Personalentscheidung in die Richtung geht, sich jemand von einer Fraktion ins Haus zu holen und damit auch nur einen Kern von Opposition, auch nur einen Kern von Beamten und Beamtinnen, die sich nicht auf diese Art und Weise gängeln lassen, wie es immer wieder passiert, um sie zu entmachten, das liegt auf der Hand.

Der letzte Punkt noch, nachdem der Klubobmann Flecker gnädigerweise erschienen ist: Bei ihm würde ich Begriffe wie walkürenhaft natürlich nie anwenden, weil ich das einfach dermaßen tief finde und dermaßen unwürdig finde. Er ist eine Person, der ich sonst zumindest in Ansätzen ein etwas vorsichtigeres Umgehen mit Frauen in der Politik – ich habe es vermutet, ich nehme es ab heute zurück – unterstellt habe. Die Personalentscheidungen, die auf Landesebene und auf Ebene der Stadt Graz getroffen werden, die werden natürlich mit der Unterstützung Ihrer Fraktion durchgeführt, die werden natürlich mit der Unterstützung der SPÖ durchgeführt. Und selbstverständlich stimmt ein Bürgermeister Stingl, ein Stadtrat Messner, eine Stadträtin Kaltenbeck diesem freiheitlichen Paket zu, wie es vorher von Ihnen präsentiert wurde.

Ein letztes Wort noch zur Situation der Regierungsbüros. Es hat natürlich, seit dieser Landtag installiert wurde, erhebliche Verbesserungen für Regierungsbüros gegeben. Versuchen Sie herauszufinden, wie die Vertragskonditionen für diese Personen sind, die neu aufgenommen wurden in die Regierungsbüros. Versuchen Sie herauszufinden, warum beim Herrn Landeshauptfraustellvertreter ein Kollege sitzt von der Jungen Generation, der Wahlkampfleiter der SPÖ, ein gewisser Herr Scheucher, der im „Profil“ und im „News“ vor eineinhalb Jahren ziemlich intensiv diskutiert wurde, weil er es geschafft hatte, Leute von seiner eigenen Fraktion per „Telefonangriff“ zu belauschen und damit in die Öffentlichkeit gegangen ist, um SPÖ-Intern Politik zu machen. Dieser Kollege ist heute einer der Mitarbeiter von Landeshauptfraustellvertreter Schachner.

Und apropos Objektivierung. Die Landeshauptfrau Klasnic selber hat es auch auf die Titelseite von überregionalen Magazinen geschafft, und zwar dadurch, daß sie die Landeshauptfrau/mann österreichweit ist, die die größte Gage einfährt. Ich war beruhigt, daß die Landeshauptfrau dann gesagt hat, das ist so eine schöne Aufgabe, das ist so phantastisch für sie, liebe gemütliche Steirerinnen und Steirer, Landeshauptfrau zu sein, ich würde das ja wirklich auch gerne gratis machen. Auf dieser Ebene diskutieren wir finanzielle Zuweisungen an hohe Beamte, auf dieser Ebene diskutieren wir die finanzielle Ausstattung von Regierungsbüros, von Regierungsmitgliedern und gehen somit an den Themen vorbei, wo ich mir durchaus auch einmal einen Sonderlandtag wünschen würde, nämlich genau die Themen, die vorher gefallen sind: Arbeitssituation, Sozialpolitik, alternative Formen in der Frauenpolitik. Danke. (Beifall bei den Grünen. – 12.22 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist Herr Präsident Vesko. Er hat das Wort.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (12.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der polemische Teil hat schon sehr lange gedauert. Er hat sich mit allem beschäftigt, nur im wesentlichen nicht mit dem Thema des heutigen Tages, nämlich dem Postenschacher. Wir haben also Entschuldigungen und Anschuldigung da und dort gehört, wir haben etwas gehört, was mir auch Freude bereitet hat, daß es im Tourismus aufwärts geht und daß der Herr Klubobmann Schützenhöfer eine hervorragende Laudatio auf die Frau Landeshauptmann gehalten hat, nur, er hat eines dabei vergessen. Es geht um ein Thema, nämlich die Postenvergabe, und die Frau Landeshauptmann ist dafür zuständig. Sie ist nicht nur dafür zuständig, meine Damen und Herren, sondern sie ist dafür verantwortlich. Da liegt der wesentliche Punkt. Und wenn ich davon rede, daß ich sage, ich habe eine Personaleinstellungskommission, wo alles einstimmig beschlossen wird. Wunderbar, ist aber auch nicht das Thema des heutigen Tages. Wir freuen uns darüber, daß es im kleinen Bereich all diese Dinge schon längst gibt. Nur dort, worüber wir heute reden, wo die Entscheidungen heute anstehen, daß wir eine Objektivierung, daß wir für die Spitzenpositionen im Lande, so wie wir es alle miteinander, meine Damen und Herren,

und da seid ihr alle da gewesen. Ich glaube ihr habt das in der Zwischenzeit vergessen, daß wir einhellig, einstimmig beschlossen haben, daß das ist, was wir alle wollen, dann kann ich heute nicht so tun, als ob das nicht stattgefunden hätte, und sagen blabla, es war nichts, die Regierung hat das Recht, das zu ändern oder nicht. Da müßte eigentlich ein Aufschrei der Empörung kommen, daß das hier in diesem Hause möglich ist, daß man sich über diese Dinge so klar und deutlich hinwegsetzen kann. (Beifall bei der FPÖ.)

Nur, daß war es ja nicht, es waren die Kübel, du hast das, du hast das. Ja, der Kollege Korp, dessen Abhängig- oder Unabhängigkeit als freier Mandatar er uns ja anlässlich der Ö-Ring-Debatte vor einem Jahr so glänzend unter Beweis gestellt hat, wo er gesagt hat, ich darf alles sagen, was ich will, nur nicht das, was die anderen nicht wollen, der hat auch dann von er gelenkten Partei gesprochen, wir, die hier von Wien gelenkt werden. Ich sage euch eines, meine Damen und Herren, unsere Nabelschnüre sind längst abgeschnitten, nur eines haben wir nicht, eine Sache, die zum Himmel stinkt, werden wir mit aller Konsequenz vertreten, ob es Ihnen paßt oder nicht. (Beifall bei der FPÖ.) Und davon lassen wir uns nicht abbringen. Wir sind der Meinung, daß dort, wo es Mängel gibt, Mängel zu beheben sind. Wir sind auch gerne bereit, einmal zu sagen, jawohl super, das ist klass gelaufen. Ich glaube, dafür gibt es genug Beispiele, und dafür gibt es genug Zeichen, wenn wir uns in Parteienverhandlungen treffen, sind wir als Ideengeber und als Mitshelfer an den Geburtswehen so mancher Entscheidungen, zu denen man Ihnen als Katalysator verhelfen muß, weil Sie selber oft dazu gar nicht in der Lage sind – ich denke an das Tourismusgesetz und viele andere Sachen –, selbstverständlich herzlich und gerne willkommen. Und wir tun das auch, Kollege Lopatka, trotz des Drecks (Abg. Dr. Lopatka: „Welcher Dreck?“), der in Kübeln von dir heute wieder gekommen ist von wegen und, und. Ich brauche mich gar nicht näher darüber auszulassen, es ist es mir nicht wert, die Details noch einmal zu erwähnen. Du bist immer einer, der die großen Kübel schmeißt. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich freue mich darüber, daß es hier in diesem Landtag noch immer – (Abg. Dr. Lopatka: „Der Riesen-Vesko ist ein Zwergerl im Einstecken!“)

Ich bin ein Zwergerl, ich weiß, neben dir immer!

Ich bin daran interessiert, daß man in diesem Hause Mißstände, die es gibt, aufzeigt, noch dazu, wo wir alle, und das ist ja das Paradoxe an dem ganzen, daß der Herr Klubobmann sagt, so eine Schweinerei, was hier passiert, daß wir einen Sonderlandtag haben müssen und so weiter und so fort, und im selben Atemzug genau das, was wir mit aller Vehemenz bekritteln, per Beschlußantrag wieder aus der Lade zieht. Ja, wo sind wir denn bitte. Die Frau Landeshauptmann und die Landesregierung beschließen am Montag um halb elf, oder war es vielleicht dreiviertel elf, ich will nicht die Unwahrheit sagen, sagen wir Vormittag, ein Personalpaket und hat dann die Chuzpe, meine Damen und Herren, herauszugehen und der Presse zu sagen, und jetzt beschließen wir ein Objektivierungsgesetz. So bitte, meine Damen und Herren, das kann doch nicht der Stil der Politik sein. Und dann noch die Frechheit zu haben und herzugehen und zu sagen, es ist eine Schweinerei, daß ihr das anprangert, dann möchte ich

auch den Damen und Herren der Sozialdemokratie einmal zeigen, wie Sie agieren, wenn Sie in der Opposition sind und wenn Sie auf die Füße getreten werden und wenn man das, was Sie als Demokratie bezeichnen, mit Füßen tritt. Horchen Sie sich einmal an, meine Damen und Herren, wie zum Beispiel die sozialdemokratische Fraktion in der Bundesrepublik Deutschland mit der Regierung umgeht.

Da sind Sie nämlich in der Opposition, dort haben Sie nichts zu reden, da schaut das anders aus. (Abg. Schrittwieser: „Ihr aber auch nicht!“) Wir brauchen nichts zu reden haben, weil wir eh pausenlos reden und Ihnen sagen, wo es langgeht. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „German, du mußt aber zugeben, der Kohl ist auch nicht ohne!“) Der Kohl ist auch nicht ohne, selbstverständlich. Aber er hat zumindest eines, er hat meine Statur.

Meine Damen und Herren! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber du weißt, es ist ein anderes Durchsetzungspotential!“) Ich weiß, es ist richtig. Aber wir wollen unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Wir haben auch hier Aufgaben zu erfüllen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das Gegenteil ist der Fall, ich habe es umgekehrt gemeint!“) Okay, ich habe dich verstanden, danke! Darf ich wieder fortfahren? Wir sind auch betroffen. Und ich stehe nicht an, Kollege Schrittwieser, zuzugeben, daß auch bei uns Fehler gemacht werden. (Abg. Dr. Lopatka: „Na geh!“) Gar nicht, da habe ich kein Problem damit, ganz und gar nicht. Ich bin ja durchaus konsilient und bereit zu sagen, es ist auch nicht alles Gold, was glänzt, nur, es gelingt Ihnen immer wieder, die paar Flecken, wo das Gold versteckt ist durch Staub oder irgendetwas, wieder freizuputzen, und dafür muß ich Ihnen eigentlich sehr dankbar sein. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Wenn ich mir anschau, wie zum Beispiel der Kollege Flecker jetzt so locker geredet hat über die Schulleiterbesetzungen, es ist noch gar nicht lange aus und auch, wenn mein Gedächtnis langsam nachzulassen beginnt, ist es noch nicht so lange vorbei, daß ich es vergessen habe, als der Herr Klubobmann Flecker sich maßlos darüber aufgeregt und echauffiert hat, wie die Postenbesetzungen in den steirischen Schulen vonstatten gehen. Nämlich nicht dort, wo er zum Zuge gekommen ist, sondern dort, wo ein anderer zum Zug gekommen ist. Und da hat es schon weh getan. Ich sage Ihnen noch etwas, dort, wo Freiheitliche sich beworben haben in einem fairen Bereich, wo sie eine Chance gehabt haben und es geworden sind, freue ich mich darüber. Dort, wo sie es nicht geworden sind, nehme ich es zur Kenntnis, daß es einen besseren gegeben hat. Aber eines ist wichtig, meine Damen und Herren, und das ist das Entscheidende und die Quintessenz der heutigen Debatte. Sie haben eine Chance, jeder muß eine Chance haben. Wenn er sie nützt, ist es gut, wenn es einen Besseren gibt, dann ist es gut für die Sache. Es soll der Beste zum Zuge kommen, und es soll der Beste drankommen. Nur, wir tun, und da bin ich mit dem Kollegen Brünner vollkommen einer Meinung, wir tun den Damen und Herren, die jetzt in Positionen gehievt worden sind, nichts Gutes damit, daß wir ihnen nicht die Chance gegeben haben, sich im fairen Wettstreit, im Turnei, wenn man das so mittelalterlich sagen

könnte, zu messen, und der Siegreiche nimmt den Pokal – it est – die Position in Anspruch. Nur, diese Chance gibt es nicht mehr. Wir sind wieder dort, wo wir zu Pittermanns Zeiten waren. PROPORZ – Proporz, es wird alles nach dem vergeben, wo ich sage, das bekommst du und das bekommt die, und die anderen sind mir gelinde gesagt schnuppe. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du, German, du meinst nicht den Parteiproporz!“) Das ist die Realität, meine Damen und Herren. Es tut uns weh für unsere Leute, es tut uns aber auch weh für alle anderen Leute, die geglaubt haben, vielleicht eine Chance zu haben auf Grund ihrer Qualifikation, auf Grund ihrer Leistung und auf Grund ihrer Verdienste, solche Positionen auszuüben. (Beifall bei der FPÖ.) Das ist es! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das wirst du mir nicht unterstellen?“) Nein, ich muß dir ja ein Kompliment machen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich dir auch, du bist mit Abstand der Beste in deinem Klub!“) Er hat ja was gelernt in Aussee. Er ist ja hergegangen und hat gesagt, ich mache das schlaue. Ich nehme mir dort, wo ich sicherlich in die Suppe steige, wo ich sicherlich eine raufkrieg, nehme ich mir einen, wo ich sage, bitte, ihr könnt mir alles vorwerfen, aber das ist doch kein Genosse. Ist es nicht so? Das ist Realität. Gescheit gemacht, Peter, hervorragend. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du machst das auch gut!“) Ich bezweifle auch nicht, daß beide Mannen hervorragend dafür geeignet sind, ich würde dem Hofrat Feil unrecht tun, wenn ich sage, das ist falsch. Ich tue ihm ja dieses Unrecht nicht an, ich sage nur, es hätte andere auch gegeben. Und wenn er der Beste ist, wäre er es auch in einem Hearing und in einem objektiven Verfahren geworden. Das ist es. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Genau, er wäre es sowieso geworden!“) Quod erat demonstrandum – muß ich dazusagen, aber die Chance hätten andere auch gehabt. Und um dieses Fünkchen geht es. Und wenn heute die Frau Landeshauptmann gesagt hat, sie tritt für ein Objektivierungsgesetz ein, dann sage ich, das ist der erste Schritt in die richtige Richtung. Wenn ich aber dann sehe, daß die Regierung ja eh schon einmal dasselbe gehabt hat, daß das Korsett, das sie scheinbar jetzt als ungesund empfindet, ja schon da war und sie dann mit demselben Atemzug der Überzeugung sagt, selbstverständlich, aber daran müssen wir uns ja nicht halten, dann frage ich mich – Gott sei Dank gibt es ein Gesetz, weil dann müssen Sie sich daran halten. Das heißt also, wir werden mit aller Entschiedenheit gemeinsam mit den Fraktionen, die sich uns anschließen können, dieses Objektivierungsgesetz erarbeiten, diskutieren, Parteienverhandlungen führen und schließlich auch beschließen müssen. Ihr könnt es euch nicht leisten, darauf zu verzichten, ihr detto auch nicht. Wir werden das, weil wir es dem Bürger, weil wir es den Beamten unseres Landes schuldig sind und den Menschen draußen schuldig sind, wir werden es durchsetzen müssen. (Beifall bei der FPÖ.) Wir werden aber einen Schritt weitergehen müssen, wir werden das in allen Bereichen zum Tragen bringen müssen. Und wir werden uns nicht mehr darum herumschwindeln können, wenn wir wollen, daß das Vertrauen der Menschen, die in diesem Lande für dieses Land arbei-

ten, nicht noch weiter beschädigt wird. Und sich auf den abwesenden Bundesparteiobmann der Freiheitlichen hinauszuschießen, ich könnte das auch spielen. Ich könnte Ihnen eine Palette aller Ihrer Bundeskanzler von oben bis unten zerfetzen in 1000 Scherben (Abg. Schrittwieser: „Wir haben schon viele gehabt!“), nur, es hat keinen Sinn, weil es nicht Gegenstand der Debatte ist und weil es hinlänglich bekannt ist. Herr und Frau Österreicher wissen bereits, wen sie dort oben sitzen haben, und sie reagieren auch dementsprechend sensibel darauf und werden es auch in Zukunft tun. Nur eines – (Abg. Herrmann: „Das ist eine gute Werbung!“) Hervorragende Werbung, die ich für euch mache, ich bin ja für eine Klimaveränderung. Ich meine, ich bin dafür, daß sich der Klima wohin verändert, das wollte ich damit sagen. (Beifall bei der FPÖ.) Aber, meine Damen und Herren, für uns gilt eines, und das ist der Sinn der heutigen Debatte, und der muß es auch bleiben, und da können Sie noch so links und rechts daran vorbeisteuern, die Klippe bleibt bestehen, so lange, bis sie nicht gemeinsam behoben ist. Die Objektivierung in der Bestellung, in der Beförderung muß stattgreifen und muß gesetzlich geregelt werden, damit es niemandem mehr gelingen kann, sich daran vorbeizuschwindeln. Das ist die Aufgabe, die wir haben, und die werden wir verfolgen, ob es Ihnen paßt oder nicht. (Beifall bei der FPÖ.) Es ist unangenehm, das glaube ich Ihnen gerne. Es ist unangenehm, jeden Tag mit einer Nadel im Hintern aufzuwachen und zu sagen, um Himmels willen, jetzt sind die lästigen Freiheitlichen schon wieder da und machen das und machen das. Das habe ich gerne. (Abg. Mag. Zitz: „Herr Kollege!“) Frau Kollegin, Sie sind auch so eine Nadel auf einem anderen Sektor. Sie haben ein kleineres Ohr. (Abg. Dr. Wabl: „Aber eine zartere Nadel als du!“) Aber, meine Damen und Herren, darum geht es uns. Wir müssen uns in eine Richtung bewegen, die mehr Licht, mehr Demokratie, mehr Menschennähe hineinbringt. Die Frau Landeshauptmann rennt landauf, landab und wandert und redet mit den Leuten und spricht immer von diesem Licht und von dieser Freundlichkeit und von diesem Zusammen und dem Miteinander und so weiter. Ich möchte, daß es ein Miteinander für die Bevölkerung wird, dort, wo es darum geht, Härten auszugleichen, Wege zu ebnen. Dort ist es ein Miteinander und soll kein Nebeneinander sein und soll vor allem kein Gegeneinander sein. Aber wir werden nicht müde werden, darauf hinzuweisen, daß dort, wo etwas nicht in Ordnung ist, eine Reparatur notwendig ist, und für diese Reparatur lade ich Sie in diesem Falle recht herzlich ein. (Beifall bei der FPÖ. – 12.37 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der vorläufig letzte Redner aus den Reihen der Damen und Herren Abgeordneten ist der Herr Kollege Purr. Nach ihm Herr Landesrat Hirschmann.

Abg. Purr (12.37 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe dem Vorredner sehr gut zugehört, sehr aufmerksam! Da war die Rede von „Dreck aus den Kübeln“.

Ich darf sagen, German, du scheinst den Vogel damit wirklich abgeschossen zu haben, denn du hast versucht, vor nichts zurückzusehen, auch nicht davor, unserer Frau Landeshauptmann noch einiges anzuheften. Es wird dir aber nicht gelingen, denn die Bevölkerung weiß, woran sie ist. Unser lieber Klubobmann Schützenhöfer sagte, unseren Oppositionsparteien, teilweise in der Regierung vertreten, geht es scheinbar darum, alles so zu drehen und zu wenden, wie man es gerade braucht. Und so ist es in etwa wirklich, wenn man den einzelnen Beiträgen hier lauscht. Dieser Sonderlandtag ist jedenfalls in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, ein völlig unnötiges Ereignis. Wahr ist, daß die Freiheitlichen schon lange Zeit nicht mehr so eine Berücksichtigung fanden, wie es ihnen lange Zeit gelungen ist. Dieses gegenseitige Aufrechnen, wie Magda Bleckmann sagt, einmal „Schwarz“, einmal „Rot“, würde ja dann sofort passen, wenn man dann sagen könnte, einmal „Blau“, und alles im gleichen Maße, einmal der und einmal jener. Dann würde es sofort stimmen, und dann gäbe es wahrscheinlich auch diesen Landtag nicht. (Abg. Mag. Bleckmann: „Du hast dem German nicht zugehört, das wollen wir nicht!“) Liebe Magda, es wurde heute hier vieles aufgezählt, und für uns war es informativ, nämlich plötzlich zu hören, was hier alles passiert ist in all den Reihen. Mir war das alles vorher unbekannt. Dieser Sonderlandtag hat aber einiges an den Tag gebracht. Als einer, der da unten von der Basis kommt darf ich sagen, daß es für mich wirklich verwunderlich war, daß plötzlich ein Abgeordneter sein Mandat zurücklegen mußte, damit man einen Qualifizierten für die Baubezirksleitung Leibnitz fand. Die anderen haben ja scheinbar die Qualifikation nicht gehabt. (Abg. Schinerl: „Stumpfinn, was du da erzählst!“) Ich bekenne mich dazu, denn die Entscheidung ist bereits gefallen – alles bestens. Nur, so läuft es in etwa. Ich habe ja auch nicht mitgeschrieben und aufgezählt, wie oft ein Bezirksparteiobmann das Dienstauto des Landes braucht, um sein Büro dort zu besuchen. Das ist nicht meine Aufgabe, bin auch kein Kontrollor, sondern ich stehe auf dem Standpunkt, wenn man in eine gewisse Funktion gewählt ist, ist es unsere Aufgabe, sich zu bewähren und auch eine gewisse menschliche Größe zu zeigen, und nicht unbedingt sich all dieser Bequemlichkeiten zu bedienen, die illegitim sind. Ich bekenne mich zu einem Sonderlandtag, meine Damen und Herren, gerne, wenn es um Themen geht, die uns alle treffen – im sozialen Bereich oder im wirtschaftlichen Bereich. Ich denke nur daran, es wäre notwendig, einen Sonderlandtag nach vorherigen Arbeiten einzuberufen, wenn es darum geht, daß wir beitragen, um den Bürokratieabbau zu beschleunigen. Wenn ich mir vorstelle, wie die Diskussion gelaufen ist bei dieser Chipkarte, was hier alles in Erwägung gezogen wurde. Wie wichtig aber ist es, daß sie kommt – je schneller desto besser. Ich sage es noch einmal, und ich wiederhole mich, das sind alles Themen, die uns treffen, und das sind Themen, die wir behandeln sollten. (Beifall bei der ÖVP.) Vor allem, meine Damen und Herren, welchen Schwerpunkt setzen wir, wenn es darum geht, verschiedene neue Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu setzen. Das sind die Themen. Hören wir doch bitte damit endlich auf, gegenseitig irgend etwas aufzurechnen. Das ist doch unmöglich. Wir werden das auch mit dem besten

Objektivierungsgesetz bei menschlichen Mängeln, wenn sie zutage treten, wahrscheinlich nicht in die Hand bekommen. (Abg. Schinnerl: „Du mußt eine positive Einstellung haben!“) Wie schweigsam ihr alle zugehört habt, als Klubobmann Flecker diese Liste aufgezählt hat. Ich habe immer damit gerechnet, daß ihr aufstehen und sagen werdet, das ist alles unrichtig, das stimmt nicht. Das ist alles erfunden. (Abg. Mag. Bleckmann: „Du hast vorher nicht zugehört!“) Ich habe es vorher nicht gehört. Scheinbar stimmt es aber doch, denn wenn es unwahr gewesen wäre, hättet ihr euch das sicher nicht gefallen lassen. Aber ihr seid andächtig gesessen und habt zugehört. (Abg. Mag. Bleckmann: „Es hat einen Tatsachenbericht gegeben. Da hast du uns nicht zugehört!“)

Meine Damen und Herren! Ein ehrliches und offenes Wort: Vieles gibt es, was uns wirklich beschäftigt, nämlich die neue Südbahn, die wesentlichen Verbindungen für unsere Steiermark. Nie aufgezählt, wie wichtig es wäre, die Autobahnverbindung durchlaufend von der Steiermark nach Salzburg zu haben. Es gibt sie noch immer nicht. Wir fahren noch immer dreieinhalb Stunden, bis wir nach Salzburg kommen, in einem an und für sich kleinen Land mit 84.000 Quadratkilometern und neun Bundesländern. Wir schaffen es nicht, daß wir eine Autobahnverbindung von Salzburg direkt hinüber nach Kufstein haben. Wenn die Deutschen aus irgendeinem Grund einmal sagen, liebe Freunde, unter diesen Bedingungen wollen wir es nicht dulden, so über das deutsche Eck um jeden Preis fahren zu müssen! Das würde uns Probleme bringen, auch auf dem Gebiet der Wirtschaft. Aber wir tragen dazu nichts bei. Wir brauchen deshalb einen Sonderlandtag, weil die Freiheitlichen im Moment unzufrieden sind mit gewissen personellen Entscheidungen – ich möchte mich dabei gar nicht verlieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage Ihnen, es geht um diese Themen, und das sind nicht Themen für die Zukunft, sondern das sind die Themen von heute, das sind die Themen für jetzt. Alles andere sinkt dagegen ab. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 12.44 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Das Wort hat der Herr Landesrat Dr. Hirschmann.

Landesrat Dr. Hirschmann (12.44 Uhr): Lieber Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Am Schluß, wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf, habe ich wieder das Gefühl gehabt, es hat zumindest dieser Vormittag einen Unterhaltungswert gehabt. Ich möchte gleich vorweg sagen, damit das nicht mißverstanden wird, denn wir haben das bei der letzten Sitzung hier schon festgehalten, natürlich bleibt es der Opposition und überhaupt allen Damen und Herren in diesem Hause unbenommen, zu jedem Thema, zu jeder Sache Fragen zu stellen und Kritik zu üben. Ich habe mir nur, ehrlich gesagt, gedacht, nach dem ganzen, was sich im Vorfeld sozusagen seit einer Woche abgespielt hat, daß das heute etwas turbulenter abläuft, alles miteinander. Vielleicht hat das aber auch sein Gutes, weil man es ja da und dort in einigen entscheidenden Bereichen auf den Kern der Sache zurückführen konnte. Ich darf, um beim Lustigen zu bleiben, bei meinem Lieblingsansprechpartner da

links drüben bleiben, nämlich beim Herrn Hofrat: Lieber Herr Hofrat, ich wiederhole, was ich das letzte Mal schon gesagt habe, möchte das aber heute noch verdeutlichen. (Abg. Dr. Flecker: „Herr Kollege!“) Warte ein bißchen. Ich weiß nicht, was ihr da für ein Problem habt. Ich brauche nicht täglich meine Loyalität zur Frau Landeshauptmann oder zu sonst jemandem erklären. Das ist eine so selbstverständliche Sache bei uns, daß wir darüber nicht reden müssen. (Abg. Dr. Flecker: „Uns genügt es, wenn Sie es in dieser Sitzung tun!“) Warte ein bißchen. Wir haben, wie schon gesagt, überhaupt kein Problem. Helmut Griess ist auch da, der das ja öfters in seinen Kolumnen beschreibt. Bei uns sind die Dinge ganz klar. Es gibt aber auch eine synergetische Abstimmung bei uns. Wir sind kein monocolorer Verein, sondern eine durchaus synergetische Abstimmung, daß jeder das einbringt, was er einbringen kann. Und das ist wahnsinnig viel bei uns, Herr Hofrat. Und zusammen wird das dem Land auch alles in allem sehr zugutekommen. Ich sage ein Zweites dazu: Ich bin jetzt schon so alt, bin aber ein bißchen jünger als Sie. (Abg. Dr. Flecker: „Manche sind länger schon relativ alt!“) Das sieht man mir nicht an. Ich bin mittlerweile so alt, Herr Hofrat, nachdem ich sehr lange Parteisekretär war, daß ich die bewundere, die das jetzt noch machen müssen, Sigi und Reinhold, was weiß ich, wer auch immer, Herbert, weil das ist wirklich ein schleißiges Geschäft. Ich weiß, wovon ich spreche. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Hirschmann zur Objektivierung!“) Sicher, das gehört heute alles dazu, und das haben wir heute auch schon alles angesprochen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Der German war es!“) Der hat sich relativ schnell aus der Arbeit geschlichen – was ihr ihm auch zu Recht nachtragt, was ich auch verstehe. Ich meine aber, das spricht sehr für seine Talente, Begabungen und für seinen Mentor, der ihn rasch abgezogen hat aus einer Funktion, wo man nichts ernten kann. (Abg. Dr. Flecker: „Sonst wäre er Landeshauptmann!“) Herr Hofrat, mein Lieblingsansprechpartner, ich möchte das auch an diesem Tag dazusagen: Ich schätze das nicht nur nicht, wie mein Freund Michael Schmid und Teile der Freiheitlichen Partei die Frau Landeshauptmann da und dort attackieren. (Abg. Dr. Flecker: „Ich bitte Sie – man darf darüber auch reden!“) Ich mißbillige das außerordentlich. Aber wir sind alt genug, und da komme ich auf das zurück, daß in einer Demokratie sehr vieles Gott sei Dank möglich ist und ich noch immer hoffen darf, daß auch die Frau Klubobmann und einige andere meiner auch durchaus hier sehr lieben Ansprechpartner das eine oder andere im Stil durchaus dazulernen. Das ist einmal meine persönliche Hoffnung in dem Zusammenhang. Das Zweite, lieber Herr Hofrat, da bin ich ein drittes Mal bei meinem Alter. Ich bin mittlerweile so alt, ich rede sehr gerne mit dem Landeshauptmannstellvertreter. Also, meine Freunde lasse ich einmal aus, das führt zu lange. Ich rede sehr gerne mit Leuten in der Freiheitlichen Partei. Ich muß beichten, ich habe heute in der Früh den Christian Brünner beim Raufgehen getroffen. Bitte, daraus mir keinen Strick zu drehen, weil ich rede sehr gerne mit ihm. Ich rede sehr gerne mit dem Martin Wabl und, wie gesagt, das was links und rechts an Partnern bei den Grünen und Liberalen da ist und, wie gesagt, mit dem Ussar zum Beispiel verbindet

mich – es schadet dir für dein Leben, aber du bist pensionsberechtigt, Ussi, du mußt das aushalten, was ich jetzt sage – mit dem verbindet mich so etwas wie eine persönliche Freundschaft sogar. Stellen Sie sich vor, Herr Hofrat, das gibt es, und dabei bleibe ich auch. (Abg. Dr. Flecker: „Es ist ja schön, daß Sie sich auch rechtfertigen!“) Gut! Nein, nicht rechtfertigen, wir alle wollen etwas dazulernen in unserem Leben. (Abg. Dr. Flecker: „Ihr findet das ja gut!“) Sie sind zwar perfekt! Sie sind vollendet, aber vielleicht ginge noch ein Äußerl, auch bei Ihnen einmal in dem Zusammenhang. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich komme zur Sache, darf ich auch nur 20 Minuten reden? (Präsident Dr. Strenitz: „Unbeschränkt!“) Unbeschränkt! Gut, aber Sie warten auch schon! Ich komme ja jetzt zum ersten Teil!

Meine verehrten Damen und Herren, weil das heute querfeldein gegangen ist, und ich halte es für sehr gut, daß einmal eine Zwischenbilanz gezogen werden kann über dieses oder jenes. Und Personalpolitik ist ja neben dem, was die Finanz in der Politik bedeutet, das zweite wirkliche Standbein, wo sich Politik auch ausdrückt. Und ich komme dann auf einige Details auch noch zurück. Ich möchte aber vorweg sagen, daß meiner persönlichen Einschätzung nach Politik sui generis nie objektiv sein kann. Und das muß man auch zur Personalpolitik dazusagen. Es gehört zum Wesen von Politik, daß Politik immer subjektiv ist und daß Politik a priori immer Parteinahme ist. Politik ist Parteinahme. Das muß man in dem Zusammenhang auch ansprechen, weil das heute auf unterschiedliche Art und Weise mit unterschiedlicher Akzentuierung mehrfach angesprochen wurde.

Lassen Sie mich zweitens, meine verehrten Damen und Herren, zur Personalpolitik generell eine Vorbemerkung machen. Ich möchte das auch an einem solchen Tag sagen, weil zu Recht heute hier angesprochen wurde, daß die „Menschen draußen“ – wie das so schön in unserem Jargon heißt – eigentlich viele andere Dinge viel mehr interessieren als das, was wir hier generell besprechen. Aber auch dieses Thema heute ist zu Recht angesprochen worden. Ich möchte aber bei der Gelegenheit schon noch deutlich unterstreichen, daß sich die Steiermark mit ihrer Form der Personalpolitik seit 1945 bis zum heutigen Tage – Wurscht, welche Mehrheiten, Wurscht, welche Konstellationen – nicht nur nicht zu schämen braucht, sondern daß wir den Vergleich mit jedem Bundesland, und von der Bundesregierung und von den Gemeinden spreche ich gar nicht, durchaus locker aushalten. Ich möchte mich gerade an diesem Tag zunächst auch, weil sehr viele Beamte, einige auch namentlich, angesprochen wurden, neuerlich dafür bedanken für das, was bei uns von der Beamtenschaft an Arbeit geschieht in diesem Lande. Wir können an Ergebnissen vorweisen – und ich glaube, es wurde von einem oder zwei Rednern auch angesprochen –, daß wir vom Bundesrechnungshof immerhin das Attest haben, daß in diesem Lande sehr sparsam in der Verwaltung umgegangen wird. Ich sage gleich dazu, es ist mir persönlich viel zuwenig. Und da werden wir alle gemeinsam in der Regierung und selbstverständlich auch mit allen Gutwilligen unter Ihnen, und das sind 56, wenn ich das richtig sehe, diesen Schritt weitergehen, um unsere weiteren Ziele zu verfolgen. Es wurde zu Recht heute

hier – von Franz Majcen – ausführlich dargestellt, daß wir nicht nur das erste Bundesland in Österreich mit einem Personaleinstellungsmodell waren, sondern das, was seither auch hier an Arbeit und an – glaube ich, wie du gesagt hast – 100prozentiger Einstimmung an Ergebnissen darliegt, kann sich sehen lassen. Und da muß ich sagen, das ist ja auch etwas, und es ist sogar etwas Besonderes. Wir wissen alle, wie begehrt der Zutritt in den öffentlichen Dienst ist. Das haben wir gerade in dieser Woche wieder einmal über die Medien gehört, und wie schwierig es heute für uns alle ist. Ich sage das als Personalreferent, und insofern habe ich mich von meiner Rolle als Parteisekretär nicht nur emanzipieren können, sondern aus persönlichen Überlegungsgründen müssen. Es ist natürlich unendlich schwierig – ich habe es heute Vormittag meinen Freunden im Klub gesagt –, wenn wir im Moment eine Ausschreibung laufen haben für zehn oder 20 Posten in den Straßenmeistereien. Wir haben dafür 1058 Bewerbungen. Meine verehrten Damen und Herren, hier nur den Versuch zu unternehmen, irgendwas parteipolitisch noch zu machen, ist jenseits der Grenze an lustvollem Vergnügen. Da sehen wir, daß wir ohnedies an alle Grenzen, selbst wenn das irgendwo im Kopf noch herumgeistern würde, gestoßen sind. Ich möchte vor allem mich – wie gesagt – in diesem Zusammenhang, was die Personaleinstellung anbelangt, bei den Herrschaften und bei den Damen der Rechtsabteilung 1 insbesondere bedanken, bei allen Damen und Herren Abgeordneten, die in diesen zehn oder elf Jahren, seit das läuft, intensiv mitgearbeitet haben. Und ich sage noch einmal dazu, das ist eine Sache, auf die wir außerordentlich stolz sein können.

Dritter Punkt, meine Damen und Herren, das eigentliche Thema des heutigen Tages, die Bestellung von Leitungsfunktionen. Es ist unendlich viel gesagt worden, sehr viel Widersprüchliches. Ich möchte meine Position hier nicht verhehlen in diesem Zusammenhang. Ich konnte im Jahre 1993 dieses Ressort vom Präsidenten Franz Hasiba übernehmen, und ich habe mich außerordentlich intensiv mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern damals in diese Aufgabe gestürzt. Der Sport ist ja nur mein Hobby. Ich habe mich sehr intensiv um diese Sache angenommen. Ich war zunächst der Meinung, daß wir diese Leitungsfunktionen klarerweise mit einer Ausschreibung, mit einem Hearing und mit einem sehr strengen Auswahlverfahren durchziehen müssen. Deswegen haben wir damals auch diesen in den letzten Tagen und Wochen sehr oft zitierten Beschluß in der Regierung herbeigeführt. Und wir haben das dann im großen und ganzen – das möchte ich heute unterstreichen, weil das auch wichtig ist – durchgezogen, aber wir haben auch Ausnahmen gemacht. Das muß man ehrlicherweise auch dazusagen. Ich möchte das heute dahin gehend ausweiten, ich persönlich bin noch immer ein Anhänger der Variante, daß man ausschreiben muß, daß man ein Auswahlverfahren durchführen muß. Ich billige aber zu, daß es durchaus andere Überlegungen nicht nur in diesem besagten Einzelfall geben kann, sondern, pro futuro, daß es unterschiedliche Systemüberlegungen geben kann. Denn ich habe eingangs schon gesagt, Politik ist immer subjektiv, und Personalpolitik erst recht. Ich möchte auf das eine kommen, was unser Klubobmann Schützenhöfer besonders angesprochen hat. Selbstverständlich wäre, und ich würde das auch

vorstellen, daß wir nach der Beauftragung durch die Frau Landeshauptmann ein Ausschreibungsgesetz, ein Objektivierungsgesetz vorbereiten, daß wir das sehr ernsthaft diskutieren. Ich halte die Überlegung, daß man sagt, ein politischer Referent muß ja mit den Spitzenkräften der Verwaltung gut zusammenarbeiten können. Denn das muß er in jedem Privatbetrieb auch. Ich halte das für einen außerordentlich wichtigen Denkanstoß. Wir sollten uns das wirklich einmal gut überlegen. Denn die Politik beklagt zu Recht oft, daß wir Dinge, die wir tun wollen, nicht umsetzen können. Da ist es natürlich schon von entscheidender Bedeutung – und das gilt ja für alle Fraktionen, das gilt auch für den Michael Schmid –, ob ich an der Spitze einer Abteilung eine Person habe, die selbstverständlich, Christian Brünner, diesen Kriterien, die du heute angesprochen hast, Genüge tut. Aber daß ich darüber hinaus noch einen habe, der sehr, sehr schnell überreißt, worum es geht. Der sehr, sehr schnell spurt, um die Dinge, um die es geht, umzusetzen, und wo ich politisch einfach an Geschwindigkeit gewinne. Ich meine das jetzt wirklich nicht im Sinne von Parteiproporz, daß jeder macht, was er will, sondern eben im Sinne der oft beklagten mangelnden Problemlösungsgeschwindigkeit. Ich sage dazu, und das kann man heute hier nicht ausdiskutieren, man müßte fairerweise dazusagen, jawohl, das ist dann in etwa das amerikanische System, wer mit dem kommt, der marschiert mit diesem auch. Das müssen wir dazusagen, denn sonst wäre das nicht durchführbar. Das heißt, wenn einer wo einzieht, nimmt er sich den Herrn sowieso oder die Frau sowieso mit, wenn er abtritt, muß er sie auch wieder mitnehmen. Das ist natürlich der Preis einer solchen Überlegung, weil sonst habe ich nach spätestens zwei Legislaturperioden 500 Hofräte der Dienstklasse X, Y. Ich darf für heute diesen Punkt abschließen und sagen, meine verehrten Damen und Herren, ich halte das für eine wichtige Anregung, die sehr ernsthaft durchzudenken ist. Die zweite Variante, die heute mehrfach angesprochen wurde, ist, daß wir natürlich in diesem System, in dem wir drinnen sind, strenge Auswahlkriterien vorlegen und diese auch durchziehen. Und da bin ich bei einer Bemerkung, die heute von German Vesko und anderen angesprochen wurde. Daß wir auch bei diesen Beispielen nicht davon ausgehen können, daß das der Parteienproporz der fünfziger und sechziger Jahre ist. Ich wage auch zu behaupten, nicht nur, weil es hier Fallbeispiele gibt, die in dieses Bild nicht ganz hineinpassen, sondern weil jeder heute, egal in welcher Partei, in welcher Regierungsfunktion, weiß, daß die Bestellung von sogenannten „eigenen Leuten“ an die Spitze solcher Abteilungen politisch – ich muß das jetzt sehr vorsichtig sagen – relativ wenig bringt, um nicht zu sagen in vielen Fällen mehr schadet als nutzt. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Warum habt ihr das dann gemacht? Habt's euch schaden wollen?“) German, ich glaube, es sind heute sehr viele Fälle angesprochen worden. Und dabei ist man sich unter dem Strich nichts schuldig, hüben wie drüben. Ich meine aber nur, daß das eine Überlegung aus Parteisekretariaten heraus hier absolut nicht opportun wäre. Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren, und möchte gerne den Auftrag der Frau Landeshauptmann, und das wurde ja von allen begrüßt – wengleich mit unterschiedlichen Nebenbemerkungen –, wahrnehmen, daß wir dahin

gehend in den nächsten Tagen und Wochen Verhandlungen aufnehmen, um ein Objektivierungsgesetz für die Steiermark vorzubereiten, das selbstverständlich Ausschreibungen und Auswahlverfahren beinhaltet. Ich möchte aber abschließend, damit das an solch einem Tag auch vom Personalreferenten gesagt werden darf, unterstreichen, daß wir bei allen Besetzungen, soweit ich mich zurückerinnern kann, nicht nur in dieser Legislaturperiode, sondern auch in vergangenen, unterschiedliche Vorgangsweisen gewählt haben. Wir haben aber bei allen Besetzungen Wert darauf gelegt, daß es Leute sind, die mit hoher Qualität den geforderten Ansprüchen gerecht werden. Ich kenne alle so gut, daß ich als Personalreferent sagen darf, daß jeder, der eine Leitungsfunktion in den letzten Jahren hier, egal von woher er kommt, übernommen hat, daß er dafür Sorge tragen wird, daß in seinem Bereich effizient, sparsam, mit hoher Motivation und mit hoher Qualifikation gearbeitet wird. Wenn man das sagen kann und erleben darf, dann ist das, was heute insgesamt gesprochen wurde, durchaus ein Schritt dazu, daß wir uns wieder den anderen wichtigen Themen zuwenden können, daß wir aber hier auch eine gemeinsame Vorgangsweise gefunden haben, um, was ich eingangs gemeint habe, der hohen Qualität der Arbeit unserer öffentlichen Verwaltung gerecht zu werden. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 13.04 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Somit kommen wir zu drei Abstimmungen. Zunächst lasse ich über den Beschlußantrag der FPÖ und des LIF, betreffend objektives Personaleinstellungsgesetz, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zweitens zu dem Beschlußantrag der ÖVP, Grünen und SPÖ, betreffend Leitungsfunktionen im Landesdienst. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Drittens über den Beschlußantrag der FPÖ und des LIF, betreffend Kostenentwicklung durch die Änderung der Geschäftseinteilung und durch Umstrukturierung von Gesellschaften, an denen das Land beteiligt ist. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen nun zur dringlichen Anfrage des LIF, der Grünen und der FPÖ, betreffend Mißachtung des Landtages und Aufblähung des Verwaltungsapparates, und ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Christian Brünner das Wort zur Begründung.

Abg. Dr. Brünner (13.06 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In Fortsetzung der Frage von Norbert Leser, ob unsere Demokratie auf der Höhe der Zeit ist, stellen die Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl, Mag. Zitz, Mag. Bleckmann, Schinnerl, Dietrich, Ing. Schreiner, Mag. Hartinger und Wiedner an Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des

Steiermärkischen Landtages eine dringliche Anfrage, betreffend Mißachtung des Landtages und Aufblähung des Verwaltungsapparates. Im Frühjahr dieses Jahres wurde die Steirische Wirtschafts-, Umwelt- und Kulturprojekträger GmbH. errichtet. Der Landtag hat dies aus der Zeitung erfahren. Die Übertragung von Verwaltungsaufgaben an einen ausgegliederten Rechtsträger verkürzt überdies die Kontrollrechte des Landtages. Im Amt der Landesregierung wurde eine Abteilungsgruppe Forschung und Kultur errichtet. Diese Abteilungsgruppe verursacht zusätzlichen Sach- und Personalaufwand; dies steht den ständigen Beteuerungen betreffend Einsparungen entgegen. Es liegt der Verdacht nahe, daß dadurch die Spitzenebene, einerseits Landesamtsdirektion, andererseits Abteilungsgruppe Forschung und Kultur, des Amtes der Landesregierung proporzmäßig zwischen ÖVP und SPÖ aufgeteilt wird. Dieser Verdacht wird auch dadurch genährt, daß gleichzeitig eine Abteilungsgruppe Landesamtsdirektion geschaffen wird. Somit stehen der Landesamtsdirektor, er ist verfassungsgesetzlich verankert, die Abteilungsgruppe Landesamtsdirektion und die Abteilungsgruppe Forschung und Kultur einander gegenüber – eine eigenartige Konstruktion „sparsamer“ Verwaltung! Das Verdachtsbild wird dadurch abgerundet, daß auf politischer Referentenebene nach dem Grundsatz des proporzmäßigen „Miteinander“ für den einen Bereich die ÖVP, für den anderen die SPÖ zuständig ist, somit die Landesamtsdirektion und diese Abteilungsgruppe jeweils im Einflußbereich einer der beiden Parteien. Die Funktion des Koordinators der Abteilungsgruppe Forschung und Kultur ist nicht und die Leitung der Kulturabteilung nicht erneut ausgeschrieben worden. Dies entgegen dem Beschluß des Landtages vom 13. Mai dieses Jahres.

Die steirische Kulturförderungspolitik präsentiert sich derzeit als äußerst willkürlich und undurchsichtig. So ist das vom Kulturförderungsgesetz vorgesehene Gremium, der Kulturbeirat zur fachlichen Beratung in grundsätzlichen Fragen der Kulturförderung, seit dem 28. November 1990 nicht mehr zusammengetreten. Durch die Ausschaltung des Kulturbeirates entscheidet die Kulturabteilung über Förderungsansuchen nun nach eigenem Gutdünken.

Gesteigert konnte diese Entwicklung nur noch durch fehlende Information über vollzogene Förderungen werden. So gab es bis letzte Woche keinen Kulturbericht seit dem Jahre 1993. Auf Grund großen Druckes in der Öffentlichkeit wurde nun am 23. September ein Kulturbericht für die Jahre 1994 und 1995 vorgelegt, wobei immer noch ein Kulturbericht für das Jahr 1996 fehlt.

Die Bemühungen der Kulturabteilung in Ehren; es muß jedoch festgehalten werden, daß die ziffermäßige Aufschlüsselung der vergebenen Förderungsgelder im Kulturbericht 1994/1995 zwar ein wichtiger Bestandteil eines Kulturberichtes ist, dies aber bei weitem nicht einem ausführlichen Bericht über die getätigten Förderungsmaßnahmen entspricht, so wie das Paragraph 8 des Steiermärkischen Kulturförderungsgesetzes verlangt. Völlig vermißt werden in diesem Kulturbericht Leitlinien und Beweggründe für die Förderungsvergabe. Es ist überhaupt nicht erkennbar, welche Schwerpunkte die steirische Kulturpolitik hat.

Das wird in diesem Bericht nicht ausgeführt. Es liegt somit keine hinreichende Information des Landtages vor.

Auch daß man in Nachbedeckungen flüchtet, mit denen laut Herrn Kollegen Getzinger der Kulturreferent völlig frei agieren könne, spricht eine deutliche Sprache, welchen Stellenwert die Budgethoheit des Landtages hat. Ferner möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß es Berichte über den Joanneums-Fonds, die laut Kulturförderungsgesetz ausdrücklich in den Kulturberichten aufscheinen müssen, überhaupt noch nie gegeben hat, also auch nicht in dem Kulturbericht 1994/95, der jetzt am 23. September nachgereicht worden ist.

Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek hat dem Landtag bis dato nicht über das Projekt Kunsthaus und über den Stand dessen Realisierung Bericht erstattet. Einem diesbezüglichen Beschluß des Kultur-Ausschusses des Landtages vom 6. Mai 1997 ist bis dato nicht Rechnung getragen worden, also eine Reihe von Gesetzesverletzungen und auch Mißachtung von Beschlüssen des Landtages. Ich möchte nur der Fairneß halber hinweisen, daß wir Herrn Landeshauptmannstellvertreter nur zur Verantwortung ziehen für seine Zeit als politischer Referent. Manche dieser Nichtvollzüge des Kulturförderungsgesetzes reichen auch in die Zeit vor 1995 zurück und treffen somit seinen Vorgänger im Amt des Kulturreferates.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, folgende dringliche Anfrage:

I.: Im Frühjahr dieses Jahres ist die Steirische Wissenschafts-, Umwelt- und Kulturprojekträger GmbH. – ein ausgegliederter Rechtsträger – errichtet worden. Eine Ausgliederung verkürzt die politischen Kontrollrechte des Landtages.

Erstens: Warum haben Sie dem Landtag nicht – weder vor noch nach der Gesellschaftserrichtung – davon Bericht erstattet?

Zweitens: Der ausgegliederte Rechtsträger unterliegt zwar der Rechnungshofkontrolle – no na und hoffentlich –, seine Tätigkeit ist aber nicht Verwaltung im Sinne der Verfassung und kann daher auch nicht mit den dem Landtag und seinen Mitgliedern durch die Verfassung eingeräumten Kontrollrechten kontrolliert werden. Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, diesen Kontrollverlust des Landtages zu kompensieren, zum Beispiel durch ein Recht der Abgeordneten auf Einsicht in die Akten der Landesregierung bei Angelegenheiten, die Gegenstand einer Verhandlung des Landtages sind, wie es zum Beispiel in Artikel 48 des Burgenländischen Landes-Verfassungsgesetzes verankert ist?

II.: Die Gründung der Abteilungsgruppe Forschung und Kultur wird zweifellos Kosten verursachen.

Erstens: Wie viele Dienstposten werden der Abteilungsgruppe Forschung und Kultur zugewiesen?

Zweitens: Welchen Personal- und Sachaufwand verursacht die Schaffung dieser Abteilungsgruppe?

Drittens: Sind die Aufwände im Budget 1997 ausgewiesen?

Viertens: Wenn nein, wie werden sie bedeckt?

III.: Warum haben Sie unter Mißachtung des Landtagsbeschlusses vom 13. Mai 1997, Beschluß Nr. 298, nicht sichergestellt, daß die Funktion des Koordinators der Abteilungsgruppe Forschung und Kultur ausgeschrieben und die Leitung der Kulturabteilung erneut ausgeschrieben wurde?

IV.: Erst nach großem medialem Druck wurde am 22. September 1997 ein Kulturförderungsbericht für die Jahre 1994 und 1995 vorgelegt. Für 1996 ist der Kulturbericht überhaupt noch ausständig. Paragraph 8 des Steiermärkischen Kulturförderungsgesetzes sieht die jährliche Information des Landtages über Kulturförderungsmaßnahmen im Rahmen eines Kulturberichtes vor.

Erstens: Warum hat sich die Vorlage der Kulturberichte der Jahre 1994 und 1995 rund zwei Jahre nach der Landtagswahl so lange verzögert?

Zweitens: Warum liegt der Kulturbericht für das Jahr 1996 noch immer nicht vor?

Drittens: Wann wird der Kulturbericht des Jahres 1996 vorgelegt?

V.: Paragraph 8 des Steiermärkischen Kulturförderungsgesetzes sieht eine „ausführliche“ Berichterstattung über Kulturförderung der Landesregierung an den Landtag mittels des Kulturberichtes vor. Eine ziffernmäßige Auflistung der Förderungen ist zwar ein notwendiger Teil des Kulturberichtes, aber eben nur ein Teil eines ausführlichen Berichtes. Zu einem ausführlichen Bericht gehört auf alle Fälle auch die Beantwortung von Fragen, warum Förderungen vergeben wurden, welche Ziele man verfolgt hat, welche Schwerpunkte gesetzt wurden, welche dynamischen Elemente es in der Kulturförderung gibt und wie man den Erfolg der Kulturförderung spartenbezogen einschätzt.

Erstens: Warum sind die eben vorgelegten Kulturberichte der Jahre 1994 und 1995 nicht als ausführliche Kulturberichte im vorhin dargestellten Sinn ausgestaltet?

Zweitens: Wird der Kulturbericht des Jahres 1996 ausführlich im Sinne des Gesetzes gestaltet sein?

VI.: „Zur Sicherung des Verbleibens wertvollen Kulturgutes im Lande“ ist gemäß Paragraph 9 des Steiermärkischen Kulturförderungsgesetzes der Joanneum-Fonds eingerichtet. Über den Stand und die Gebarung des Fonds ist im Kulturbericht, also jährlich zu berichten. Über den Joanneums-Fonds wurde überhaupt noch nie, also auch nicht im Kulturbericht der Jahre 1994 und 1995 berichtet.

Erstens: Warum setzen Sie sich auch hier über landesgesetzliche Bestimmungen hinweg?

Zweitens: Werden Sie die Berichte der Jahre 1994 und 1995 über den Joanneums-Fonds nachreichen?

Drittens: Wenn ja, bis wann werden Sie diese Berichte nachreichen?

Viertens: Werden Sie im Kulturbericht 1996 über den Stand und die Gebarung des Joanneum-Fonds, wie gesetzlich vorgeschrieben, berichten?

VII.: Gemäß Paragraph 6 des Steiermärkischen Kulturförderungsgesetzes ist „zur fachlichen Beratung in grundsätzlichen Fragen der Kulturförderung“ beim Amt der Landesregierung ein Landeskulturbeirat einzurichten. Der Landeskulturbeirat ist nach Bedarf, jedoch mindestens halbjährlich einzuberufen, laut

Gesetz. Der Landeskulturbeirat hat das letzte Mal am 28. November 1990 getagt und wurde auch in Ihrer Amtszeit als Kulturlandesrat nie einberufen.

Erstens: Warum haben Sie den Landeskulturbeirat nicht einberufen?

Zweitens: Besteht in der Kulturabteilung kein Beratungsbedarf?

Drittens: Werden Sie den Landeskulturbeirat einberufen?

Viertens: Wann werden Sie den Landeskulturbeirat einberufen?

Fünftens: Wenn Sie den Landeskulturbeirat nicht einberufen, warum nicht?

VIII.: Herr Abgeordneter Getzinger gab im Zuge eines Gespräches der Konferenz der Provinz an, daß Sie im Zuge der Nachbedeckungen weitgehend freie Hand hätten. Ohne die Qualität der Veranstaltungen des Kulturcentrums wolkenstein und deren Förderungswürdigkeit in irgendeiner Weise in Frage zu stellen, fällt auf, daß beispielsweise für dieses Kulturzentrum immer 376.000 Schilling im Budget vorbudgetiert sind, aber letztendlich knapp eine Million Schilling ausbezahlt wird.

Erstens: Wäre es im Sinne einer Transparenz und Wahrheit bei der Budgeterstellung nicht besser, einen realistischen Förderungsbetrag einzukalkulieren?

Zweitens: Wie schaut die Relation zwischen vorbudgetierten Förderungsmitteln und Nachbedeckungen prozentuell und in absoluten Zahlen aus?

IX. und letztens: Der Ausschuß Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten hat am 6. Mai 1997 einstimmig den Beschluß gefaßt, die Anträge mit den Einlagezahlen 444/1 und 445/1, betreffend Kunsthaus, der Landesregierung mit der Bitte um Vorberatung zuzuweisen und dem Steiermärkischen Landtag bis zum 9. Juni 1997 eine Regierungsvorlage betreffend den Stand des Baues eines Kunsthauses beim Schloßberg zuzustellen.

Warum sind die in die Regierungssitzung vom 7. Juli 1997 eingebrachten Berichte zu den beiden oben angeführten Anfragen in der genannten Sitzung zurückgestellt worden? Gemäß Paragraph 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird, Herr Präsident die Abhaltung einer Wechselrede beantragt. (Beifall beim LIF und den Grünen. – 13.19 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Abgeordneten Dr. Brünner für die Begründung und erteile nunmehr dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek das Wort zur Beantwortung dieser dringlichen Anfrage.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (13.19 Uhr): Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die dringliche Anfrage der Kollegen Brünner, Keshmiri, Wabl – Sie gestatten, daß ich die Doktorate weglasse –, Zitz, Bleckmann, Schinnerl, Dietrich, Schreiner, Hartinger und Wiedner beantworte ich wie folgend: Zu Punkt I/1: Mit einstimmigem Regierungsbeschluß vom 12. Mai 1997 beauftragt die Steiermärkische Landesregierung die dafür zuständige

Rechtsabteilung 10, zur Gründung der Steirischen Wirtschafts-, Umwelt- und Kulturprojekträger GmbH, die erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten. Die zur Errichtung der genannten Gesellschaft erforderlichen Handlungen wurden von der zuständigen Rechtsabteilung so rasch vorangetrieben, daß schließlich am 22. Juli 1997 die Eintragung in das Firmenbuch erfolgte. Da zum einen eine Pflicht zur Berichterstattung an den Steiermärkischen Landtag im Zuge der Gründung einer landeseigenen Gesellschaft nicht festzustellen ist und zum anderen die genannte Gesellschaft erst seit Juli 1997 tatsächlich errichtet worden ist, erfolgte keine Berichterstattung an den Landtag. Ich nehme aber den durch die gegenständliche Anfrage zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach Berichterstattung gerne zum Anlaß, um im Zuge der Debatte des jährlichen Wissenschaftsberichtes in diesen die notwendigen Mitteilungen aufzunehmen und darüber hinaus detaillierte Auskünfte zu erteilen – wenn das etwa der gemeinsame Weg wäre, dann könnte man im Wissenschaftsbericht alljährlich über die Tätigkeit dieser Gesellschaft berichten.

Zu Punkt I/2: Weiters ist darauf zu verweisen, daß es sich nicht um die Ausgliederung von Aufgaben handelt, sondern daß die Projekträgergesellschaft mit der Besorgung von neuen, sehr spezifischen Aufgaben und bislang von keiner Landesdienststelle wahrgenommenen Aufgaben beauftragt wurde. Es handelt sich um einen sehr innovativen Schritt in eine völlig neue Richtung, nämlich einer Beschäftigung von hoch qualifizierten Persönlichkeiten für eine bestimmte Zeit in einem Fluktuationsbereich, der ausschließlich an den Projekten orientiert ist. Insofern wird also ein Bedarf bestehen, entsprechend zu berichten. Es ist dann darauf zu verweisen, – aber das wurde von dir, Herr Prof. Brunner, schon gemacht –, daß gemäß Paragraph 1 des Landesrechnungshofsverfassungsgesetzes die Prüfung durch den Landesrechnungshof uneingeschränkt erfolgt. Was die klassischen Instrumente der parlamentarischen Kontrolle gegenüber der Steiermärkischen Landesregierung betrifft, so ist auch für mich, wie auch für dich, klar, daß alle Instrumente zur Verfügung stehen. Darüber hinausgehende Informationen gebe ich nicht nur selbstverständlich weiter, sondern erachte das auch als meine Pflicht.

Zu Punkt II/1: Es werden insgesamt 20 Dienstposten zugewiesen – sie sind im übrigen juristisch noch nicht alle zugewiesen –, und zwar durch Verschiebung innerhalb der Ressorts. Es handelt sich dabei in der Mehrzahl um Dienstposten aus anderen Bereichen durch Auflassung und durch Umschichtungen. Das einzige, was sozusagen eine Aufwertung ist, ist eine Erhöhung aus der Dienstklasse VIII in die Dienstklasse IX für den Leiter der FoKu. Zu Punkt II: Ich habe schon erwähnt, die Dienstposten sind juristisch noch nicht zugewiesen und besetzt. Die Durchrechnung der Personalkosten, die dann diesem Teil zuzurechnen sind, und, wie schon gesagt, sie kommen aus anderen Teilen der Landesverwaltung, ist dann möglich, wenn wir die Personen im einzelnen zugewiesen haben. Die Personalabteilung wird daraufhin eine Durchrechnung vorlegen, über die zu berichten ist. Zu Punkt II/3 und II/4: Natürlich ist die Erstellung des Budgets 1997, wie bekannt, zu einem Zeitpunkt erfolgt, als diese Organisationsänderung noch nicht stattgefunden hat. Budgetäre Vorkehrungen sind daher in diesem Sinne

auch nicht möglich gewesen. Ich verweise aber darauf, daß in der Personalabteilung, und das bestätigt mir auch der Personallandesrat, durch die Einsparungen, die jährlich die Dienstposten des Landes betreffen, die entsprechenden allgemeinen Nachbedeckungen möglich und gegeben sind. Nochmals: Es ist zu keiner Vermehrung von Dienstposten gekommen. Es kann sich um Veränderungen im Einzelfall bei Zulagen handeln, aber nichts darüber hinaus, mit Ausnahme der Aufstockung des Dienstpostens VIII auf IX, wie schon gesagt. Zu Punkt III: Die Frage der öffentlichen Ausschreibung haben wir heute sehr intensiv besprochen. Erlauben Sie mir, daß ich ein paar Anmerkungen meinerseits mache. Die Selbstbindung, die sich die Landesregierung gegeben hat, ist so lange gültig, solange diese Selbstbindung wahrgenommen wird. Wir wissen vom Verfassungsdienst, daß das jederzeit abänderbar und veränderbar ist. Die Landesregierung hat daher diese Beschlüsse gefaßt und hat die bis dahin, wie auch schon Herr Personallandesrat gesagt hat, wechselhaft angewandte Vorgangsweise in diesem Fall so gewählt. Meinerseits wären drei Überlegungen in den Raum zu stellen. Die eine gilt generell für den Bereich, den man sozusagen als Vertrauensbereich auch eines politisch zuständigen Referenten anzusehen hat. Hier wäre das Instrument der Sonderverträge, befristet auf eine Legislaturperiode, zu wählen. Das ist nicht der Beamte auf Zeit, damit ich nicht falsch verstanden werde, sondern das ist die Form, die wir zunehmend auch etwa bei der Aufnahme in Regierungsbüros annehmen, wobei ich auch hier sage, daß ein gutes Gemisch wahrscheinlich der richtige Weg ist. Aber es ist ein Ansatzpunkt, um dem Rechnung zu tragen, daß man jemandem zubilligen sollte, daß er sich auch seine Personen aussucht, mit denen er arbeitet. Ich halte sehr viel von diesem Sondervertragsstatus, etwa für eine Legislaturperiode. Ich bitte daher den Landtag, und das ist das einzige, was mir zusteht, auch an eine solche Möglichkeit zu denken. Das Zweite ist, und da bitte ich auch, das ist bei dir in der Anfrage nicht so präzise herausgearbeitet, Christian, auf die Frage Rücksicht zu nehmen, daß sich der Landtagsbeschluß auf die Hoheitsverwaltung bezieht. Wir haben das gleiche aber nicht für die Privatwirtschaftsverwaltung. Nun sind die Bereiche gerade der Kultur, Kulturabteilung, aber auch sehr stark der Wissenschaftsabteilung, Angelegenheiten der Privatwirtschaftsverwaltung. Das ganze Förderwesen ist Privatwirtschaftsverwaltung und wäre vom Landtagsbeschluß überhaupt nicht erfaßt, so daß, wenn man an das Gesetz herangeht, und letztlich wird das Gesetz vom Landtag beschlossen und von sonst niemandem, man auch diese Lücke aufgreifen sollte, die du nicht erwähnt hast. Wenn wir schon im Hohen Haus über dieses wichtige Thema reden, dann sollte man auch diese mitbeschließen und die Frage, wie gehen wir mit der Privatwirtschaftsverwaltung im Verhältnis zur Hoheitsverwaltung um, ebenfalls mitbedenken. Der dritte Punkt, den ich in diesem Zusammenhang erwähnen möchte, ist, daß wir, und da glaube ich, bin ich mit dem Kollegen Hirschmann wirklich eines Sinnes, nicht davon ausgehen können, daß wir unsere Subjektivität ablegen können und daß Politik eben immer auch damit zu tun hat, daß man persönlich und selbst wertet. Und jede Wertung ist für den einzelnen subjektiv richtig, aber der objektiven

Wahrheit muß das keineswegs entsprechen, ihr nicht einmal nahekommen. Ich glaube, daß das einfach eine Realität des Lebens ist und nicht nur der Politik. Wenn es daher eine Modalität gibt, mehr an Rechten zu verankern und Korrekturen wirklich zu ermöglichen, dann müßten wir denen, die sich bewerben, die Möglichkeit geben, sich auch juristisch beziehungsweise im juristischen Weg darüber beschweren zu können, daß sie nicht drangekommen sind. Es würde die Qualität eines solchen Gesetzes erst ausmachen, wenn die oder der nicht zum Zug Gekommene, aus welchen Gründen immer – man müßte dann umso genauer begründen, das ist auch klar –, daraus einen individuellen Anspruch zu einem Gang zum Verwaltungsgerichtshof ableiten könnte. Das wäre ein echter Qualitätssprung. Und wenn der Landtag das wünscht, dann müßte er in der Gesetzgebung auch darauf Rücksicht nehmen. Ich habe mir erlaubt, in diesem Zusammenhang, da alles andere mehr vorausgeführt wurde und ich mich nicht wiederholen will, zum Thema Objektivierung Anregungen mit auf den Weg zu geben, ohne daß es mir zusteht, hier gute Ratschläge zu erteilen.

Zu Punkt IV: Lieber Christian Brünner, es ist nicht so, daß dein medialer Druck den Kulturbericht verursacht hat. Du bist mir nicht böse, wenn ich sage, daß am 7. April 1997 in der 45. Sitzung der Steiermärkischen Landesregierung der Kulturbericht aufgelegt wurde und in der 46. Sitzung, nämlich am 14. April 1997, einstimmig beschlossen und an den Landtag weitergeleitet wurde. Also ich stelle fest, von mir beziehungsweise von der Landesregierung aus ist dieser Bericht am 14. April 1997 beschlossen und weitergegeben worden.

Die Punkte 2 und 3 zu diesem Punkt IV möchte ich wie folgt beantworten, da ich an einer konsensualen Haltung in all diesen Bereichen größten Wert lege: Wenn es gewünscht wird, daß der Bericht für 1996 in den Inhalten angereichert wird und nicht so wie bisher abgehandelt wird, dann ersuche ich und bitte ich noch um ein bißchen Zeit. Die Berichtsvornahme, wie sie bisher abgewickelt wurde, kann sehr, sehr rasch geschehen. Ich gehe aber davon aus, daß das Hohe Haus – und ich glaube, du hast es auch so gemeint – mehr mit Inhalten konfrontiert werden will, und in diesem Fall ersuche ich noch um ein bißchen Geduld, weil – wie man sich vorstellen kann – natürlich in dieser Abteilung durch die laufenden Veränderungen in der Organisation auch das eine oder andere an Informationen erst zusammengetragen werden muß.

Zu Punkt V: Es ist so, daß ich mich grundsätzlich dagegen aussprechen würde, über die Vergangenheit insofern zu sprechen, als mir Kritik zustünde. Das bedeutet, daß ich für 1994 und 1995 die Kulturberichte so abgefaßt habe oder abfassen habe lassen, wie sie vorher abgefaßt wurden – erster Punkt. Zweiter Punkt ist noch wichtiger: Meine Damen und Herren des Hohen Hauses, Sie werden verstehen, daß es mir nicht zusteht, in dieser Zeit und für diese Zeit wohl möglich gar noch eine persönliche Wertung hineinzuschreiben oder irgendeine Beurteilung vorzunehmen über das, was in diesen Jahren geschehen ist. Das tue ich nicht, das steht mir auch nicht zu und ist auch wirklich – glaube ich – ein Akt der Höflichkeit gegenüber dem Vorgänger. Sie werden Verständnis haben, daß ich bei 1994/95 ersuche, daß wir das so belassen, bei 1996

kann man das eine oder andere Wesentliche hinzufügen, was Sie sich wünschen, aber ich bleibe auch 1996 schon dabei, daß dort, wo 1995 hineinreicht, ich mir eine Wertung ganz sicherlich nicht zumute.

Zu Punkt VI: Es ist Realität, daß es zu einer Neukonstituierung des Kuratoriums im Landesmuseum Joanneum kommen mußte. Wir haben das Kuratorium neu besetzt. Es waren einige Mitglieder des Kuratoriums, die nicht mehr in dem Ausmaße zur Verfügung standen, wie das für eine so wichtige Einrichtung notwendig gewesen wäre. Wir haben daher Persönlichkeiten auch aus den verschiedensten Bereichen, unter anderem klarerweise aus dem Kunstbetrieb, aber auch aus der Wirtschaft gebeten, in das Kuratorium des Landesmuseums Joanneum einzutreten. Wir haben im Juni 1997 durch einstimmigen Regierungsbeschluß das Kuratorium neu bestellt. Ich werde Herrn Präsident Prof. Jungwirth ersuchen, mir bis ins letzte Detail über den Joanneums-Fonds Bericht zu erstatten, um ihn dann entweder – wie es gewünscht wird – im Landtag vorzutragen oder ihn ebenfalls dem Kulturbericht beizufügen. Aber ich gehe davon aus, daß auf Grund des Beschlusantrages dann herauskommt, was eher gewünscht wird. Ich sage dazu, der Joanneums-Fonds wurde 1994 bis Mitte 1995 durch die Rechtsabteilung 6 verwaltet. Es wurde dann eine Trennung zwischen Rechtsabteilung 6 und dem Landesmuseum Joanneum durchgeführt; gewissermaßen eine organisatorische Schnittstelle eingerichtet. Das Landesmuseum wurde seitdem als eigene, quasi Fachabteilung behandelt, und das ist auch in der Regierung so abzuwickeln. Das heißt, sie ist als eigene Fachabteilung geführt. Der Fonds selbst hat folgendes Aussehen: Im Jahr 1994 wurde er mit 611.000 Schilling dotiert, zusätzlich der Rücklagenmittel aus 1993 ergab sich ein Stand von 1.772.000 Schilling. An Ausgaben erfolgten im Jahre 1994 385.000 Schilling, damit wurden Büsten und Skulpturen angekauft. Stand 1. Jänner 1995: 1.397.000 Schilling. Ich möchte das nachholen, weil es in den Kulturberichten 1994/95 eben nicht drinnensteht, weil diese wieder an das angepaßt wurden wie sie vorher gemacht wurden, daher dieses Nachreichen. Im Jahre 1995 wurde der Fonds mit 611.000 Schilling dotiert. An Ausgaben erfolgten im Jahre 1995 387.000 Schilling für Skulpturen und den Skulpturpark des ORF. Unter Berücksichtigung der Rücklage und der sonstigen Zuführung ergab sich ein Stand per 1. Jänner 1996 von 1.834.000 Schilling. Für 1996 bitte ich dann schon auch zu sagen, wie wir die Berichterstattung abhandeln sollen, ob im Kulturbericht oder gesondert im Landtag. Ich kann dazu sagen: 1996 ist ohnedies auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Wir haben zum Beispiel die Schwarzenbergschen Archive – wie Sie wissen – aus Tschechien angekauft und ein Gemälde aus dem 19. Jahrhundert, wofür entsprechende Aufwendungen, nämlich in Höhe von 386.000 Schilling, entstanden sind, so daß sich per 1. Jänner 1997 ein Stand von 2.095.000 Schilling ergibt. Ich werde in jedem Fall anders, als das bisher der Fall war, einen solchen Berichtsteil in den jährlichen Kulturbericht aufnehmen.

Zu Punkt VII/1: Im Gesetz vom 18. Juni 1985 über die Förderung der Kultur in der Steiermark, Steiermärkisches Kulturförderungsgesetz, ist in Paragraph 6 zur fachlichen Beratung in grundsätzlichen Fragen der Kulturförderung die Einrichtung eines Landeskultur-

beirates vorgesehen. Dieser besteht aus 15 Mitgliedern aus dem Bereich kultureller Organisationen, die für die Dauer von fünf Jahren bestellt werden, wobei eine unmittelbare Wiederbestellung unzulässig ist. In den weiteren Bestimmungen über den Landeskulturberrat ist allerdings nur das Prozedere der erstmaligen Bestellung geregelt. In der Geschäftsordnung, die sich dieser Landeskulturberrat selbst gegeben hat, sind ebenfalls keine Regelungen aufgenommen, wie nach Ablauf der fünfjährigen Funktionsperiode – das wäre 1995 gewesen – zu verfahren wäre. Von Gesetzes wegen kann der Beirat nur vom Vorsitzenden beziehungsweise auf Wunsch von fünf Mitgliedern, nicht jedoch vom Landeskulturreferenten einberufen werden. Sie sehen schon, das ist ein bißchen ein Dilemma. Wir haben in einer langen Periode, 1990 bis 1995, den Kulturberrat nicht tagen gesehen, das letztmal 1990, wie du richtig vermerkt hast. Es ist daher in Wirklichkeit nach fünf Jahren dieser Landeskulturberrat wahrscheinlich auf Grund der legislativen Voraussetzungen und auf Grund der Ordnung, die er sich selbst gegeben hat, auch gar nicht einberufbar. Ich bitte darum, daß, da wir uns heute schon so stark im legislativen Bereich bewegen, der Landtag eine gesetzliche Ordnung geben möge, wonach das eindeutig geregelt ist, oder, eine andere Möglichkeit, auch hier wünsche ich mir einen Konsens, daß ich den Auftrag erhalte, diesen Kulturberrat einzuberufen und zu ersuchen, mehr darf ich nicht, daß er sich eine neue Geschäftsordnung gibt. Er hat sich sozusagen selbst außer Kraft gesetzt, wenn ich das so interpretieren darf durch die lange Zeitdauer und durch die Nichtmöglichkeit einer Wiederbestellung und auch nicht einer Möglichkeit der Einberufung. Zu Punkt VIII/2: Ich wäre dir und allen Fraktionen sehr, sehr dankbar, wenn wir alles ins Ordinarium bekommen würden. Das wäre die schönste Stunde für mich, denn in der jetzigen Situation habe ich es mit meinem Finanzreferenten gar nicht leicht, denn die Nachbedeckungen zieht er mit vom Kulturschilling ab. Es wäre mir eigentlich lieber, ich hätte den Kulturschilling ausschließlich für bauliche und Erhaltungszwecke. Jeder Schilling mehr im Ordinarium – am besten alles desse, was sozusagen durch Nachbedeckungen erfolgt, nämlich, wird heuer – voraussichtlich, sage ich – in der Größenordnung von 15 Millionen Schilling anzusiedeln sein. Zu Punkt IX: Mit der Abwicklung der Realisierung des Projektes Kunsthaus, wurde die Fachabteilung IV b beauftragt, die dem Kollegen Schmid untersteht. Wir haben folgende Beschlüsse in der Landesregierung gefaßt – und zwar einstimmige Beschlüsse: 30. September 1996: Die Planungsleistungen für das Trigon wurden eingestellt. Ebenfalls 30. September 1996 – einstimmig: Die Errichtung des Kunsthauses auf dem Areal Palais Herberstein, Neue Galerie, wird grundsätzlich zur Kenntnis genommen. 16. Dezember 1996: Die Fachabteilung IV b – Neubaumaßnahmen im Hochbau – wird beauftragt, für die Realisierung des Kunsthauses die Koordination und die Projektabwicklung von der Planung über die Errichtung bis zur Fertigstellung und so weiter wahrzunehmen. 16. Dezember 1996: Änderung der Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, Geschäftsbereich Fachabteilung IV b, Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion, wird wie folgt ergänzt: Kunsthaus Graz, Planung und Errichtung, Koordinierung und Projekt-

abwicklung. Die Fachabteilung IV b wird beauftragt, nach der Machbarkeitsstudie mit dem Ausbaukonzept das Projekt Kunsthaus Graz abzuwickeln. Das heißt, wir haben alle diese Regierungsbeschlüsse gefaßt, die uns bis zu dem Punkt von heute bringen. Ich sage dazu, daß wir den internationalen Wettbewerb der ersten Phase hinter uns haben. Das ist bekannt: Sechs Projekte wurden ausgewählt. Es wird mit Ende November ein Projekt schließlich uns vorgeschlagen werden. In der jetzigen Phase, und das sage ich noch dazu, wird es eine starke Einbindung der Ämter, vom Naturschutz bis zu den Stellen des Magistrates, geben, um ein Projekt vorgelegt zu bekommen, das machbar ist. So, wie ich das verstehe, stehen alle zu dem, was wir beschlossen haben, nämlich Standort, Abwicklung und so weiter. Wir werden dann sehen, wie dieses Projekt letztlich aussieht, und dann fällt die politische Entscheidung, die uns dann sicherlich verpflichtet, den Landtag wieder davon in Kenntnis zu setzen, welche Entscheidungen getroffen wurden. Du hast dann noch einen Punkt, nämlich die Zurückstellung des gegenständlichen Regierungssitzungsbeschlusses am 7. Juli 1997, hinterfragt. Diese erfolgte durch Landesrat Hirschmann. Es wurden zwischen den Landesräten Hirschmann und Schmid Gespräche geführt. Den Abschluß der Gespräche kenne ich noch nicht. Ich gehe aber davon aus, daß das demnächst stattfinden wird. Es war das ein Stück zum Bericht des Kollegen Schmid an die Landesregierung. Was Schmid und Hirschmann noch zu besprechen haben, weiß ich im Detail nicht. Ich gehe davon aus, daß das dann aber weitergeht. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 13.45 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter für die Beantwortung der dringlichen Anfrage. Ich eröffne nunmehr die Wechselseite zu dieser dringlichen Anfrage und verweise nochmals auf den Paragraphen 58a der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, wonach die Redezeit mit 20 Minuten beschränkt ist. Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (13.46 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem in der die vorhergehende Debatte abschließenden Wortmeldung vom Unterhaltungswert dieser Landtagssitzung gesprochen wurde, nachdem wir mitgeteilt bekommen haben, mit wem der Herr Landesrat sehr gerne redet, habe ich mir einmal ganz kurz gedacht, eigentlich war es schade um die Zeit, die meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich in den letzten Tagen, Wochen und Monaten aufgewendet haben, eine dringliche Anfrage hier im Landtag mit Unterstützung der Freiheitlichen zu stellen. Ich stehe nicht an, Herr Landeshauptmannstellvertreter, festzuhalten, daß ich nach deiner Beantwortung nicht dieser Auffassung bin, daß die Arbeit, die wir uns gemacht haben, umsonst gewesen ist. (Landeshauptmannstellvertreter DDR. Schachner-Blazizek: „Die gesamte dringende Anfrage!“) Nein, höre mir bitte zu. Ich stehe nicht an festzuhalten, daß, nachdem ich nach der Beantwortung oder nach dem Abschlußreferat von Herrn Landesrat Hirschmann mir einmal kurz gedacht

habe, wenn von einem Unterhaltungswert die Rede ist, es schade um die Arbeit gewesen ist. Ich stehe nicht an festzuhalten, nachdem ich sehr aufmerksam deine Beantwortung gehört habe, daß es sich sehr wohl ausgezahlt hat, sich diese Arbeit zu machen. Ich stehe nicht an, positiv festzuhalten, daß ich so wohl Informationen von dir bekommen habe, die ich bis jetzt nicht gehabt habe, als auch daß du einigen Anliegen, die wir, und jetzt möchte ich gar nicht sagen, wir als Liberales Forum oder Grüne oder Freiheitliche, sondern Anliegen, die der Landtag im Hinblick auf Information hat, positiv gegenübersteht, und daß du einige „Versprechen“ oder Zusicherungen gemacht hast. Ich möchte auf ein paar Punkte eingehen, die du in deiner Beantwortung ausgeführt hast. Ich freue mich, wenn du sagst, du wirst über die Tätigkeit der Wissenschafts-, Umwelt- und Kulturprojekträger GesmbH. in den Wissenschaftsberichten berichten. Ich stehe auch nicht an festzuhalten, daß ich solchen Innovationen wie es die WuK darstellt, grundsätzlich positiv gegenüberstehe. Mein Problem ist nur der Sachverhalt, daß durch eine solche Ausgliederung – es liegt auch eine Ausgliederung vor, wenn es sich um neue Aufgaben handelt – die Kontrollrechte des Landtages und seiner Mitglieder verkürzt werden, das ist eine Sachverhaltsfeststellung. Die Rechnungshofkontrolle ist das eine, aber die parlamentarischen Instrumente der Kontrolle durch den Landtag und seine Mitglieder, die kann ich, die können wir gegenüber den politischen Referenten in Gang setzen, aber nicht gegenüber der Tätigkeit eines ausgegliederten Rechtsträgers. Daher auch unser Wunsch, daß hier dieser Kontrollverlust durch neue Kontrollinstrumente, zum Beispiel ein Recht auf Akteneinsicht in die Akten der Landesregierung, ausgeglichen wird.

Ein zweites, ich nehme auch zur Kenntnis, daß du bei der Frage 2, wo es um die Aufblähung des Personals geht, festgehalten hast, daß keine neuen Dienstposten geschaffen werden, sondern daß es durch Einsparungen vonstatten gehen wird, diese personelle Bedienung. Mich würde nur interessieren, ob dann die Einsparungsziele, die man sich gesetzt hat und von denen auch Herr Landesrat Hirschmann heute gesprochen hat, daß diese Einsparungsziele eingehalten werden. Ich glaube schon, daß keine Vermehrung stattfindet. Die Frage ist, werden diese Einsparungsziele, die sich die Landesregierung gesetzt hat, eingehalten?

Was die Frage des Landtagsbeschlusses vom 13. Mai anbelangt, bin ich nicht deiner Auffassung, Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß durch diesen Landtagsbeschluß nur die Hoheitsverwaltung gemeint gewesen ist. Er ist heute schon einmal von Frau Kollegin Bleckmann vorgetragen worden. Ich lese die entsprechende Passage nochmals vor: „daß Dienstposten der Vorstände der Rechts- und Fachabteilungen sowie der Leiter der Verwaltungsbehörden erster Instanz öffentlich auszuschreiben sind“. Wir haben damals nicht differenziert zwischen Hoheitsverwaltung und Privatwirtschaftsverwaltung und durch die explizite Nennung des Begriffes „Fachabteilung“ natürlich auch eine Fachabteilung Kultur gemeint. Wenn heute schon Herr Kollege Schützenhöfer und auch du Bereitschaft erklärt haben, jetzt über den „Beamten auf Zeit“, über den politischen Beamten zu diskutieren, so

freue ich mich, daß meine Wortmeldung, die ich vor dem Sommer bei einer ähnlichen Gelegenheit zu diesem Thema gemacht habe und die damals auf eher belustigende Zwischenrufe gestoßen ist, daß hier tatsächlich die Bereitschaft besteht, eine sachliche Diskussion darüber zu führen. Und ich weiß aus einer langjährigen Diskussion in anderen Ländern, daß es hier positive Seiten eines solchen politischen Beamten gibt, nämlich politischer Beamter in dem Sinne, wie du es gesagt hast, daß jemand verbunden ist mit einem politischen Referenten für die Zeit seiner Existenz, dann aber aus dieser Führungsposition ausscheiden muß, daß es hier einfach Diskussionen gibt, daß es hier Vorteile eines solchen Modells gibt, aber auch Nachteile eines solchen Modells und daß dann letztendlich eine politische Entscheidung zu treffen ist nach einer ausführlichen sachlichen Diskussion. Ob das jetzt in der Form, wenn eine Regierung wechselt, dann die betreffende Person in den Ruhestand geschickt wird oder ob durch Sonderverträge, darüber muß zu diskutieren sein. Wenn heute schon Herr Landesrat Hirschmann und auch du, Herr Landeshauptmannstellvertreter, gesagt haben, Politik hat etwas mit Subjektivität zu tun, so stimme ich dem grundsätzlich zu. Ich möchte es anders formulieren: Politik hat etwas mit Werten und Wertentscheidungen zu tun und damit sicherlich auch mit einem gewissen Maß an Subjektivität. Nur, so wie das heute im Zusammenhang mit Dienstpostenbesetzungen und Beförderungen gesagt worden ist, kann ich dem schlicht und einfach nicht zustimmen. Und das ist auch nicht die Sichtweise des Verfassungsgerichtshofes zum Beispiel, der sehr wohl politische Entscheidungen, die dann eben in Rechtsvorschriften, Gesetze oder Verordnungen gegossen werden, daraufhin prüft, ob sie sachlich gerechtfertigt sind oder nicht, ob die politische Entscheidung einen Exzeß darstellt in Hinblick auf Grundwerte unseres politischen Systems und unserer Verfassung. Und ich möchte festhalten, daß die Frage der Objektivität, der Ausschreibung, der Chancengleichheit für alle, daß diese Frage sehr wohl eine der sachlichen Rechtfertigung oder nicht sachlichen Rechtfertigung ist. Ich möchte mit dir jetzt nicht darüber streiten, ob wir mit unseren medialen Vorstößen die Kulturberichte 1994 und 1995 ausgelöst haben oder nicht. Ich freue mich, daß sie vorliegen, auch wenn sie in einer Form sind, die ich gerne aufgewertet und aufgefettet hätte. Ich halte nur fest, weil du gesagt hast, 14. April war der Regierungsbeschluß, daß die Sache erst im August in den Landtag eingebracht worden ist und wir am 22. September die entsprechende Geschichte im Landtagsausschuß oder im Landtag – glaube ich – gehabt haben. Es ist für mich auch vollkommen klar, daß du nicht die Amtszeit des Vorgängers, des Herrn Landeshauptmannes Krainer, in diesen Berichten bewertest, aber meine Bitte ist, und wenn ich dich richtig verstehe, bist du dem nicht abgeneigt, daß im Kulturbericht des Jahres 1996 eben nicht nur das nackte Zahlenwerk drinnen ist, sondern sehr wohl auch eine Ausweisung der kulturellen Schwerpunkte, eine Ausweisung der Probleme, die es auf dem Gebiet der Kunst- und Kulturförderung gibt, der etwaigen Überlegungen und Richtlinien für die Kulturförderung et cetera. Was jetzt den Joanneums-Fonds anbelangt, nehme ich auch sehr positiv zur Kenntnis, daß du darüber berichten wirst. Ich meine, ich kann und darf mir

auf dem Gebiet nichts wünschen, denn das Kulturförderungsgesetz sagt, daß es Bestandteil des Kulturberichtes, über den Joanneums-Fonds zu berichten, ist. Du hast heute meines Erachtens für mich ausreichend über die Jahre 1994 und 1995 berichtet, so daß unsere Bitte dahin geht, im Kulturbericht 1996 darüber zu berichten, über den Stand und die Gebahrung des Joanneum-Fonds. Wenn du – und ich darf noch einmal zur Frage der Dienstpostenbesetzungen zurückkommen – festgehalten hast, daß man ja auch über rechtsstaatliche Rechtsschutzverfahren diskutieren muß beim übergangenen Bewerber, dann stimme ich dir voll zu. Die Diskussion über die Konkurrentenklage ist in vollem Gang. Ich möchte nur festhalten, daß wir in unserem Entwurf eines Objektivierungsgesetzes, das der Landesregierung zugewiesen worden ist, sehr wohl solche Rechtsschutzinstrumente für den übergangenen Bewerber haben und auch für den Fall haben, daß eben nicht ausgeschlossen worden ist, weil das das Pendant zu einer demokratischen Chancengleichheit über die Ausschreibung ist, daß dann eben auch gewisse Rechtsschutzeinrichtungen vorhanden sind. Ich möchte nur anmerken und hoffen, daß diese Fristsetzung, die heute beschlossen wurde, nämlich Ende November für die Vorlage des Gesetzesentwurfes der Landesregierung, daß bis zu dem Zeitpunkt auch die Stellungnahme zu unserem Gesetzesentwurf, den wir schon im Juni eingebracht haben, vorliegt, so daß wir dann wenigstens über beide Gesetzesentwürfe diskutieren können. Zum Kulturbeirat, betreffend Herr Landeshauptmannstellvertreter, nehme ich die Ausführungen über das Gesetz zur Kenntnis, das habe ich übersehen, gestehe ich, sonst hätte ich die Fragen nicht so formuliert. Ich möchte nur festhalten, daß ich doch glaube, daß deine Machtfülle und deine Autorität bewirken könnten, daß erstens einmal der Herr Präsident gebeten wird, diesen Beirat einzuberufen, und zweitens daß man es nicht hin nimmt seitens des politischen Referenten – ich sage es einmal so –, daß ein Gesetz die Einberufung des Kulturbeirates jährlich mindestens einmal oder halbjährlich mindestens einmal verlangt und seit 1990 eine solche Einberufung des Kulturbeirates nicht stattgefunden hat. Wir, das Liberale Forum, werden übrigens bei der nächsten Landtagssitzung den Entwurf eines Kulturförderungsgesetzes, eines neuen, einbringen und dort auch diese Frage ausweisen, wie man einen ordnungsgemäßen Beratungszustand herbeiführt. Ich habe auch mit offenen Ohren vernommen, daß du dir wünschst, daß alles, was das Budget anlangt, im sogenannten Ordinarium drinnen ist, und nicht über Nachbedeckungen operiert wird. Du weißt, oder der Herr Landesrat Ressel wird dir das sicher hin und wieder sagen, nehme ich an, daß wir immer dann, wenn Berichte über außerplanmäßige und überplanmäßige Ausgaben hier vorliegen, dagegenstimmen, weil das letztendlich eine Umgehung der ohnehin nur geringen Budgethoheit des Landtages ist. Ich würde dich also bitten, daß du das, was du hier gesagt hast, auch versuchst, umzusetzen. Das wären meine Anmerkungen gewesen. Ich danke schön. (Beifall beim LIF. – 13.58 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (13.58 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine Herren Landesräte, sehr verehrte Damen und Herren!

Wir haben die dringliche Anfrage des Liberalen Forums natürlich gerne unterstützt, weil auch wir, trotz einiger politisch konträrer Meinungen, keine Berührungsängste zu unseren steirischen Liberalen haben. Wir unterstützen alle Bemühungen politischer Kräfte, die für mehr Objektivität, die für mehr Demokratie und die für eine Stärkung des Landtages eintreten. Ich möchte aber bei dieser dringlichen Anfrage des Liberalen Forums speziell auf den Punkt 2 der Anfrage zurückkommen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, weil ich Sie aus der Personalpolitik nicht entlassen kann. Es ist zwar letztverantwortlich die Frau Landeshauptmann, aber in diesem Bereich waren Sie federführend. Ich beziehe mich nun speziell auf die Arbeit im Personalbeirat – leider sind jetzt der Obmann, Abgeordneter Majcen, und Hofrat Flecker nicht hier. Es wird in diesem Personalbeirat oft hart über die Aufnahme in den Landesdienst gerungen. Es geht dabei um kleine Posten, 50 Prozent Vertretung dort, 50 Prozent Putzfrau hier. Dort versuchen wir, alle zusammen, die wir dort vertreten sind, objektiv und genau vorzugehen. Ich glaube, es gelingt uns auch in weiten Bereichen. Es wird uns zwar nicht immer gelingen, speziell, wenn man diese hohe Anzahl von Bewerbern anschaut, aber wir bemühen uns sehr. Mir fehlt in diesem Bereich, der heute besprochen wird, jegliches Bemühen. Wenn es um die Posten geht, die jenseits der 70.000-Schilling-Grenze angesiedelt sind, dann werden sie freihändig vergeben. Dort gibt es kein Bemühen einer objektiven Aufnahme, dort herrscht freie Marktwirtschaft. Kollege Korp hat früher zwischen privat und öffentlich verglichen. Das kann man hier nicht so vergleichen. Ich gestehe natürlich jedem Firmeninhaber zu, daß er in seiner privaten Firma sich sein Personal aussucht – das ist legitim, und da kann ihm keiner hineinsprechen. Im öffentlichen Dienst kann es ja nur nach objektiven Grundsätzen gehen, weil hier muß jeder, der im öffentlichen Dienst ist, die Chance haben, bis ganz nach oben zu kommen, und diese Chance wird momentan vielen nicht gegeben. Eine Sache zum „Mitnehmen“, Herr Landeshauptmannstellvertreter, das amerikanische Modell: Das ist momentan bei uns nicht anwendbar, denn unsere Beamten sind pragmatisiert. Was machen sie mit den pragmatisierten Beamten, wenn sie von der politischen Funktion abberufen werden? Wohin wollen sie diese mitnehmen? Ich frage mich in diesem Bereich wirklich, wie erklärt man der Bevölkerung diese Art von Personalpolitik, wie erklärt man einem von 100 Bewerbern für einen Landesposten, der sehr wohl durch die Mühlen der Aufnahme gehen muß, daß es dort oben in der Hofratsetage diese Regeln und diese Gesetze nicht mehr gibt. Altbürgermeister Zilk hat einmal gesagt: Die Postenwirtschaft bei den Lehrern und Direktoren – wörtlich – kotzt ihn an. Ich habe einmal nachgelesen, und da meinte Klubobmann Schützenhöfer in der „Presse“, und zwar bezogen auf die Vorgänge bei Postenbesetzungen, zum Beispiel im Bankenbereich – Fall Praschak –, es treibt ihn bei diesen Vorgängen die Zornesröte ins Gesicht. Ich weiß nicht, ist er schon so abgebrüht, weil normalerweise müßte er auf Grund dieser Vorgänge hier im Land ständig mit einem hochroten Kopf herumlaufen. Ich war am Wochenende

bei der Eröffnung eines Schulzubaues. Dort hat der Bürgermeister, zwar etwas langatmig, der Frau Landeshauptmann erklärt und gebeten, man bräuchte noch eine Million, um diese Schule fertigzustellen und die Kosten abzudecken.

Wenn ich mir jetzt die ganzen Postenbesetzungen anschau, wie viele Schulzubaute, wie viele Fertigstellungen könnten wir damit machen. Weil es ist ja nicht richtig, hier zu sagen, das Ganze kostet nur 700.000 Schilling, weil das ist nur für eine Person – das stimmt ja bitte nicht. Jede Personalbesetzung auf einer gewissen Ebene zieht einen Rattenschwanz an weiteren Nachbesetzungen mit sich. Es ist eine weitere Aufblähung, eine weitere Erhöhung von Zulagen, es ist eine weitere Erhöhung von Überstellungen in höhere Dienstklassen. Man kann daher nicht nur von einer Person ausgehen, sondern man muß den ganzen Rattenschwanz sehen. Wenn ich hier vergleiche, und ich glaube, Kollege Erlitz hat als Direktor schon gerechnet, so könnten wir hier sehr viele Zubauten oder sehr viele sinnvolle Sachen machen, bevor wir hier sinnlos aufblähen. (Abg. Mag. Erlitz: „Statt des Ö-Ringes 500 Schulen!“ – Abg. Mag. Hartinger: „Wo sind die Schulen?“) Das Schlechte dabei ist noch, daß es hier darum geht, politische Freunde zu versorgen, und das spielt die Frau Landeshauptmann sehr gut in der Rolle der gütigen Landesmutter. Das Harmoniebedürfnis geht sogar so weit, daß jeder seinen Teil bekommt. Eine weitere Stärkung der LAD, der Landesamtsdirektion, bringt auf der roten Seite die Abteilung FoKu, Forschung und Kultur. Und nun zum Neuner-Hofrat Feil, und ich stimme schon zu, er ist wahrscheinlich kein Parteigänger von Ihnen, aber er hat Ihnen ganz gut in das Mosaik hineingepaßt, das Sie gezeichnet haben. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ganz sicher nicht!“) Ganz gut in das Mosaik hineingepaßt hat Ihnen auch Hofrat Glawogger als Kulturchef. Ich will mich jetzt gar nicht zu sehr verbreitern, wie es in der „Kleinen Zeitung“ gestanden ist, daß sein Nachfolger dann der Holzschnitzer aus irgendwoher sein könnte. Das möchte ich überhaupt nicht machen und auch dem Hofrat Glawogger keinerlei Fähigkeiten absprechen. Als Chef des ALF, das dem ÖAAB sehr weh getan hat, der immer für Objektivität, Gerechtigkeit, Ehrlichkeit eingetreten ist, dann selbst dem Ruf folgt und ohne Ausschreibung, ohne Hearing in diese Position geht, das verstehe ich nicht. Dem ALF, dem Aktiven Landesforum, und der Objektivität wurde hier ein Bären dienst erwiesen. Es war sehr geschickt vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter, was er hier gemacht hat. Man kann ihm nicht unterstellen, Parteifreunde versorgt zu haben. Als ich das zum ersten Mal in der Zeitung gelesen habe, daß Hofrat Glawogger im Gespräch ist (Abg. Gennaro: „Das gibt es bei euch nie!“), Kurtl, du bist so selten da, aber wenn du da bist, dann paß bitte auf. (Abg. Gennaro: „Das fällt mir schwer bei dir!“) Es war ein Mosaikstein, der dem Landeshauptmannstellvertreter ganz genau gepaßt hat. Das ist eine eindeutige Schwächung des Aktiven Landesforums, und das Aktive Landesforum wird einige Scharten in nächster Zeit auszuwetzen haben, um wieder die Stärke zu erreichen. „Schienen in die Zukunft“ heißt das Programm der ÖVP. Diese Parteibuchwirtschaft, diese Besetzung von Posten auf höchster Ebene, sind keine Schienen in die Zukunft, sondern das sind Schie-

nen in die Urzeit der Demokratie und der Objektivierung. Damit wurde der Steiermark ein schlechter Dienst erwiesen, die Beamtschaft schwer verunsichert, und es wurde jegliche Leistungskomponente ad absurdum geführt. Wenn der Beste keine Chance hat, sich objektiv zu bewerben, dann zählt keine Leistung mehr, dann zählt nur mehr Freunderlwirtschaft. Das lehnen wir ab. Es entscheiden zwei Personen autark, wobei ich dem Landeshauptmann Schachner zubillige, daß er das wenigstens offen zugibt. Er hat nie etwas anderes gesagt, und es wird auch nichts anderes erwartet. Denn das paßt in das Bild des unbändigen Machtstrebens der Sozialdemokraten, welches vom Harmoniebedürfnis der Frau Landeshauptmann gefördert wird. Und das ist kein guter Dienst für die Steiermark. (Beifall bei der FPÖ. – 14.09 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (14.09 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben heute um 9 Uhr in der Früh eine dringliche Anfrage eingebracht zusammen mit den Liberalen, bezogen auf die nicht ganz nachvollziehbare Postenbesetzung im Kulturbereich, die leider von keiner einzigen anderen Fraktion im Hause unterstützt wurde. Diese Anfrage ist deswegen nicht diskutiert, nicht beantwortet worden. Ich glaube, die Unregelmäßigkeiten beziehungsweise die Relativierung des Kulturreports, die Art und Weise, wie Besetzungen auch unter einem SPÖ-Kulturverantwortlichen laufen, die haben sich leider Gottes weiterentwickelt. Ich möchte in dem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, daß ja auch der Staatssekretär Wittmann, der direkt unter Klimas Fittichen auf der Bundesebene die Kulturpolitik macht, in den letzten Monaten massiv attackiert wird, auch attackiert wird von Leuten, die von ihm, nachdem er in seiner Herkunftsstadt recht „interessante Großkonzerte“ gemacht hat, die ihm seinerzeit positiv gegenübergestanden sind: Man sieht, er hat es nicht geschafft, auf die Art und Weise seriöse Kulturpolitik zu machen, wie es eigentlich zu erwarten wäre. In der Stadt Graz ist der Landesgeschäftsführer Herper, dessen Doppelrolle mir eigentlich nie ganz klar ist: Ist er jetzt Grazer Gemeinderat, ist er Landesgeschäftsführer der SPÖ, und wo ich auch den Eindruck habe, daß er die Grazer Kulturpolitik, mit dem, was auf Landesebene passiert, nicht unbedingt sehr engagiert koordiniert. Ich sage das jetzt vorsichtig. Dieser zusätzliche Kultursprecher der Grazer SPÖ, Herper, weist ja auch darauf hin, daß man sich in Graz im Rahmen der kommenden Gemeinderatswahlen gerne das Kulturreport „unter den Nagel reißen“ würde. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat in seiner Replik auf die dringliche Anfrage darauf aufmerksam gemacht, etwas, was für mich sehr erstaunlich war, daß er sich für die Ära Krainer, dessen Ressort er übernommen hat anlässlich der letzten Wahl, überhaupt nicht verantwortlich fühlt. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, daß man auf die Art und Weise eine ÖVP-Kulturpolitik eigentlich begräbt, beerdigt, wie auch immer, wo es, etwa bei der

Planung eines Kunsthauses in Graz, vom Konzept und auch von der demokratischen Durchführung her Besseres gegeben hat, als in den letzten eineinhalb Jahren passiert ist. Es hat seinerzeit ganz klare Vorgaben gegeben für ein Museum im Pfaugarten, es hat ganz klare Vorgaben gegeben, die im letztjährigen Budget noch drinnen sind: Im letztjährigen Budget 1996, Landesvoranschlag, ist selbstverständlich das Trigonmuseum noch drinnen mit einer entsprechenden Budgetierung. Davon wurde interessanterweise auch ein kleiner Teil der Mittel ausgegeben. Wie das genau hinlief, wenn man sich zum Jahreswechsel eindeutig entschieden hat für den Standplatz Reinerhof beziehungsweise Hineinbauen in den Schloßberg, das weiß ich nicht. Ich gehe davon aus, daß auch auf Landesregierungsebene Entscheidungen zum Jahreswechsel doch einige Monate vorher diskutiert und beschlossen werden zwischen den Fraktionen, die da das Sagen haben.

Ein Thema noch, das ich kurz ansprechen möchte. Ich habe mir jetzt das Landesbudget angeschaut, wie eigentlich der Kulturbeirat finanziell bestückt ist. Es sind dort „heiße“ 18.000 Schilling veranschlagt worden, und von denen ist selbstverständlich nichts ausgegeben worden, nachdem dieser Beirat nie einberufen wurde. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es eine SPÖ-Leitfigur in der Steiermark vom Format eines Herrn Landeshauptfraustellvertreters nicht schafft, seine Beamten, seine Beiratsmitglieder so weit zu motivieren, daß es doch möglich ist, diesen Beirat zumindest einmal einzuberufen. Das ist für mich einfach nicht vorstellbar, daß man da den Ball an den Landtag, an uns, zurückspielt und sagt, „macht's gefälligst eine gescheite Geschäftsordnung“. Dieser Beirat ist ja angeblich so, daß er es nicht einmal schafft, sich selber ins Leben zu berufen. Das glaube ich einfach nicht, wenn der gleiche Landeshauptfraustellvertreter vorher sagt, das, was in der Ära Krainer war, möchte er relativ schnell vergessen, er möchte einen Neubeginn starten und er hat eigentlich nicht einmal besonders Lust, sich deswegen über den Kulturförderungsbericht für die Jahre 1994 und 1995 ausführlicher „auszulassen“. (Abg. Gennaro: „Er hat ja nicht unrecht!“)

Eine Bemerkung noch zur Landesausstellung, wo ich mir auch sehr wünschen würde, daß es im Landtag eine entsprechende Debatte gibt. Die erste Landesausstellung, die unter einer roten Vorgabe, einer SPÖ-Vorgabe, entwickelt wurde – der Herr Abgeordnete Jeglitsch – (Landesrat Dörflinger: „Das stimmt ja wieder nicht, Frau Abgeordnete!“) entwickelt wurde, aber jedenfalls durchgeführt wurde, vielleicht schauen Sie das Budget vom Jahr 1996 an, da sind – Herr Landesrat Dörflinger – die Ausgaben für die Landesausstellung in Leoben, Donawitz und Göß bei weitem unterschritten worden. Das heißt, ein großen Teil der Planungs- und Durchführungsarbeiten sind tatsächlich erst in diesem Jahr durchgeführt worden. (Landesrat Dörflinger: „Aber nur, eine Geschichte wird nicht richtiger, wenn sie falsch ist!“) Was jetzt die Landesausstellung betrifft, sie hat die Qualität einer ziemlich schlechten Firmenmesse, gefördert aber sehr wohl aus dem ohnehin schwach dotierten Kulturbudget. Und diese schlechte Firmenmesse hat in den ersten beiden Räumen einen starken „Geographie- oder Physikunterricht für die Unterstufe-Touch“, wo mit einer

unglaublichen Menge von Exponaten auf sehr, sehr kleinem Raum das dargestellt wird, was wir uns eigentlich wünschen würden: Nämlich „made in styria“, wobei steirische Produkte präsentiert werden, aber in einem Rahmen, wo man als Besucher Appetit auf das hat, was in der Steiermark entsteht. Diese Ausstellung, diese schlechte Firmenmesse, die überhaupt nicht interaktiv ist, wo man als Zuseherin oder Zuseher nichts machen kann außer auf ein oder zwei nicht besonders modernen Computern ein bißchen herumzuspielen, diese Firmenmesse ist eines der großen Stücke von der SPÖ-Kulturpolitik. Daß dabei gerade bei diesem heiklen Thema, wo es in Richtung Rohstoffpolitik geht, Industriepolitik, Technologiepolitik, Menschen als Akteure und Gestalter so gut wie nicht vorkommen, ist noch eine Facette, die ich sehr, sehr problematisch finde. Wie gesagt, das alles garniert mit einer Technikverherrlichung aus der Pro-Zwentendorf-Zeit, und das alles präsentiert als Landesausstellung 1997, „made in styria“, in einer Region, die wahrlich Besseres verdient hätte. Daß im Kulturbudget ohnehin der größte Posten die Landesausstellungen sind und aus meiner Sicht selbstverständlich der Tourismus- und Wirtschaftsbereich hier stark einsteigen müßte, weil es da natürlich um Großbauten geht in strukturell benachteiligten Regionen, das ist etwas, das werden wir sicher immer wieder thematisieren, zusammen mit anderen Fraktionen im Haus.

Was den Kulturbericht betrifft, ein kleiner Vergleich: Der Umweltbericht des Landes ist mit 400.000 Schilling budgetiert, der Kulturbericht des Landes mit 28.000 Schilling. Ich verstehe mich natürlich als Ökologin und freue mich, wenn die Umwelt in der Steiermark so publik gemacht wird, aber daß man nur ein Zwanzigstel von dem, was uns die Umwelt in der Repräsentation der Landesregierung wert ist, im Kulturbereich investiert, nämlich heiße 28.000 Schilling, von denen kein Schilling ausgegeben wurde, das ist eine klassische Abwertung eines Ressorts und das ist auch eine klassische Abwertung von einer Interdisziplinarität beziehungsweise einem Einbeziehen von neuen kulturellen Strömungen. Wenn ich mir diesen Kulturförderungsbericht anschau, dann sehe ich da Begriffe wie Heimatpflege oder die ganz klassische Subventionierung von Musikvereinen beziehungsweise die ganz klassische Denkmalpflege, aber andere Formen der Kulturvermittlung, andere Formen einer innovativen und selbstverständlich grenzüberschreitenden Kulturpolitik, die provoziert, die aufrüttelt, die Menschen einbezieht auch mit der Gefahr hin, mißverstanden zu werden. Das kommt zumindest verbal da so gut wie nicht vor. Ich möchte noch einige Worte zum Kunsthaus sagen. Der Martin Wabl hat sich als Fürstenfelder dieses Themas bereits stark angenommen. Es gibt hier in Graz auch Bürgerinitiativen beziehungsweise auch den ÖVP-Bürgermeisterkandidaten, den Kulturstadtrat Strobl, die mit dieser Entscheidung, das Kunsthaus an und in den Schloßberg zu bauen, überhaupt nicht zufrieden sind. Landeshauptfraustellvertreter und Landesrat Schmid haben dann eine sehr überraschende Achse geschlossen, nämlich ein Projekt durchzuziehen, das auf der Landesregierungsebene immer einstimmig durchgegangen ist, aber mit der Stadt Graz nicht adäquat diskutiert wurde, was für mich auch einen interessanter Aspekt darstellt.

Wie die Sache dann vom bauzuständigen Schmid desavouiert wurde, ist ein weiteres Detail: Der zuständige freiheitliche Landesrat Schmid hat nämlich den Reinerhof, das ist das älteste Bauwerk von Graz, aus dem Jahr 1164, mit Wohnbaumitteln vor einigen wenigen Jahren renovieren lassen. Dieser Reinerhof beherbergt inzwischen die Volkshilfe und diverse Geschäfte. Dieser Reinerhof soll jetzt wieder umgebaut werden und zusammen mit der Neuen Galerie und einem Teil des Schloßberges das Kunsthaus beherbergen. Die Grünen haben überhaupt keine Schwierigkeit, in der Stadt ein adäquates Museumsquartier zu schaffen – das möchte ich ganz dezidiert sagen. Dieser Standort ist aber für uns sehr wenig nachvollziehbar, aber offenbar gibt es von der Landesregierung wenig Interesse, diesen Standort zu diskutieren. Am 6. Mai haben wir im zuständigen Ausschuß, im Kultur-Ausschuß, Herr Kollege Ussar ist dort der Vorsitzende, einen Kunsthausantrag von uns diskutiert, und der Abgeordnete Jeglitsch hat damals einen für mich sehr erfreulichen Vorschlag gemacht, nämlich daß die Landesregierung binnen eines Monats zum Kunsthaus eine Regierungsvorlage in den Landtag einbringen soll. Ich habe mir gedacht, da SPÖ Ussar, da ÖVP Jeglitsch – eine phantastische Kombination – Reaktion auf einen Grün-Liberalen Antrag. Wir werden wohl die Möglichkeit haben, in diesem Jahr des Grazer Wahlkampfes eines der größten Grazer Projekte politisch diskutieren zu können – aber keine Chance. Am 13. Mai haben wir dann eine Dringliche an die Freiheitlichen gestellt: Aber Landesrat Schmid, der angeblich überhaupt nicht für das Kunsthaus zuständig ist, obwohl er permanent dazu Presseerklärungen macht und permanent gut besuchte PKs gibt, Landesrat Schmid war damals nicht bereit, dieser stattzugeben – 13. Mai. Am 1. Juli war der letzte Landtag vor der Sommerpause, und es hat keinen Bericht der Landesregierung gegeben, und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den großen Fraktionen, das hat tatsächlich auch niemand eingefordert.

Ich möchte deswegen, nachdem unserer Anfrage in der Früh bezüglich der Besetzung nicht stattgegeben wurde, mich nicht weiter aüßern, wie stark jetzt der Herr Dr. Glawogger tatsächlich das elementar wichtige Vertrauen von Landeshauptfraustellvertreter Schachner hat, um in der Steiermark eine neue, eine alternative Kulturpolitik anzugehen, bin mir aber sicher, daß die SPÖ- und ÖVP-Kollegen, die dann ans Pult gehen, das entsprechend argumentieren werden. Ich bin schon sehr neugierig drauf, was dann an neuen Qualifikationsaspekten kommt, die bis jetzt an mir spurlos vorübergegangen sind. Ich möchte aber einen Antrag stellen, betreffend Kulturpolitik des Landes. Dieser Antrag ist eine Reaktion darauf, daß die Postenbesetzungen beziehungsweise auch das Projekt Kunsthaus im Landtag noch nie adäquat diskutiert wurden. Dieser Beschlusantrag wird mit Unterstützung der Liberalen eingebracht. Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag in seiner nächsten Sitzung Bericht zu erstatten:

erstens über die Beweggründe der jüngsten Personalentscheidungen im Kulturbereich, wobei insbesondere auf die fachlichen Qualitäten des Koordinators der Abteilung Forschung und Kulturmanagement und des Leiters der Kulturabteilung einzugehen ist;

zweitens über die kulturpolitischen Konzepte der Abteilung Forschung und Kulturmanagement und der Kulturabteilung, wobei den Landtagsabgeordneten in der dem Landtag vorangehenden Ausschußsitzung Gelegenheit zu geben ist, die beiden Leiter dazu zu befragen;

drittens über den aktuellen Stand betreffend Kunsthaus, weil die sechs Endrundenbeiträge bereits vorliegen, was der Landesrat Schmid ja bei der ersten dringlichen Anfrage bereits zum Thema gemacht hat.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages. Danke. (Beifall bei den Grünen. – 14.23 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (14.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Rede zur Verleihung des Österreichischen Staatspreises für Kulturpublizistik im heurigen Jahr an Konrad Paul Lissmann, sicher nicht eine Person, die dem konservativen Lager zuzuordnen ist, hat dieser unter anderem ausgeführt: „Kultur ist, auch wenn wir es nicht gerne hören, der Gegenbegriff zur Barbarei.“ – „Denn alle Kultur beginnt mit dem Wissen um das eigene Barbarentum und mit dem Willen zu seiner Überwindung. Wir aber sind keine Barbaren mehr, und wohin man blickt, wimmelt es von Kultur. Von der Kulturpolitik bis zu den Kulturmanagern, vom Kulturbetrieb bis zu den Kulturaktivisten, von den Kulturwissenschaften bis zu den Kulturwochen, von Kulturagenden bis zu Kultursprechern: Wir sind umzingelt von Kultur. Was immer jemand macht, ist Ausdruck einer Kultur, wo immer etwas fehlt, wird Kultur eingefordert: mehr politische Kultur, mehr Diskussionskultur, mehr Streitkultur, mehr Streikkultur, mehr Jugendkultur, mehr Seniorenkultur ... Trotzdem bleibt ein Unbehagen, so, als würde alle Zufuhr von Kultur den Kulturmangel nicht beheben.“

Und ich meine, daß wir mit dem letzten Satz schon in der heutigen Diskussion stehen, vor allem am Beginn dieses Tages, auch in den Diskussionen der letzten Landtagssitzung in Bereichen, wie der Diskussionskultur, der Überstrapazierung des Begriffes der politischen Redlichkeit, der politischen Kultur, worunter ich auch das Wechselspiel zwischen Landtag und Regierung verstehe. Was sind Meinungen und Beschlüsse des Landtages wert? Darunter verstehe ich aber auch, wie man etwa mit Gesetzen, zum Beispiel dem Steiermärkischen Landeskulturförderungsgesetz umgeht.

Manche der Verhaltensweisen, manche der Antworten, die gegeben wurden, werden vielleicht etwas verständlicher, wenn man die Position der SPÖ zur Kunst in Erinnerung ruft. Ich erinnere an ein Interview vom ehemaligen Minister Scholten vor etwa zwei Jahren im „profil“, wo er in einer sehr ausführlichen Diskussion gemeint hat, für ihn ist Kulturpolitik Gesellschaftspolitik. Es schließt unmittelbar die Aussage von Ursula Pasterk von ihrem „Ideologieressort“ an, also Kulturpolitik als eine Möglichkeit, die Werte einer

Partei zu vermitteln. Es ist daher auch verständlich, warum man sich schnell und vehement gegen Aussagen des Staatssekretärs Wittmann gewehrt hat, wenn dieser in einem Interview in der „Kleinen Zeitung“ meinte: „... es kann nicht weiter so sein, daß wir jeden Künstler subventionieren, nur damit er ruhig bleibt.“ Die Antwort kam sofort durch Cap am 15. Juli im „Standard“, warum Kultur nicht entpolitisiert ist, weil sie Teil einer gesellschaftlichen Reformpolitik ist. Ich meine, daß man sich an die Position zu erinnern hat, um manche Bilder und ihren Hintergrund zu verstehen.

Ich darf nun zu einigen konkreten Punkten Stellung nehmen, zum ersten, zum Steiermärkischen Kulturförderungsgesetz: Die SPÖ hat am 28. September 1993 eine Novelle zum Steiermärkischen Kulturförderungsgesetz eingebracht. Es hat etliche Parteienverhandlungen gegeben, die wegen der vorgezogenen Wahlen zu keinem Abschluß gekommen sind. Am 26. März 1996 wurde der Antrag im wesentlichen unverändert wieder eingebracht. Im April 1996 gab es auch einen Entwurf der FPÖ, und am 7. Mai 1996, also vor rund eineinhalb Jahren, wurden auch Parteienverhandlungen vereinbart. Dazu wurden benannt: Getzinger, Erlitz, Flecker, Vesko, Bleckmann, Zitz, Brünner, Beutl, Majcen und meine Person. Es hat auch mit dem Hofrat Flecker zwei Termine für eine Vorbesprechung gegeben. Der eine Termin war der 3. Dezember 1996 um 14 Uhr, der zweite Termin – der erste kam nicht zustande – am 10. Dezember 1996, ebenfalls um 14 Uhr, er wurde kurzfristig von Dr. Flecker abgesagt. Es tut mir leid, daß er nicht hier ist. Ich habe ihn eine Viertelstunde später im Büffet in einer Unterhaltung mit einer charmanten Dame getroffen und auch angesprochen, daß ich Verständnis habe, daß er lieber mit einer Dame spricht als mit mir über Kulturfragen. Es würde mir möglicherweise auch so gehen. Dafür habe ich Verständnis. (Abg. Gennaro: „Das glaube ich!“) Ich würde mich mit einer charmanten Dame lieber unterhalten als mit dem Kollegen Flecker. Das mag hier vielen so gehen. (Landesrat Dörflinger: „Wenn Sie wollen, Herr Professor, ermögliche ich Ihnen auch so ein Gespräch!“) Ich bedanke mich für die gnadenvolle Zusage.

Nun, daß eineinhalb Jahre ohne Termin vergangen sind, mag zwei Möglichkeiten haben. Die eine Möglichkeit ist, daß das derzeitige Steiermärkische Kulturförderungsgesetz doch ein gutes ist. Und wenn immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß es alt sei, bitte lassen Sie sich sagen, die Kulturförderungsgesetze stammen: Vorarlberg Jahr 1974, Tirol 1979, Salzburg 1980, Steiermark 1985, Oberösterreich 1987, Kärnten 1992, Niederösterreich 1996, Burgenland und Wien haben überhaupt kein Gesetz. Das ist die eine Möglichkeit. Die zweite ist – und ich erinnere an alle Kulturdebatten der Vergangenheit, die auch mit viel Kritik vom Kollegen Erlitz geführt wurden –, daß man vielfach etwas gefordert hat, das man momentan selbst nicht mehr will. Ich kann mich noch an die Reden vom Kollegen Erlitz erinnern, in denen er den Altlandeshauptmann Krainer attackiert hat, das letzte Mal am 24. Jänner 1995, warum er nicht den Landeskulturrat einberufen hat. Das ist völlig richtig. Krainer hat ihn seit 1990 nicht einberufen. Wobei zu ergänzen ist, daß sich die SPÖ in ihrem Entwurf nicht einen Beirat

gewünscht hat, sondern gleich fünf Fachbeiräte. Und Erlitz damals: nicht mindestens halbjährlich, wie im Gesetz vorgesehen, sondern mindestens vierteljährlich wäre dieser einzuberufen. Wörtliches Zitat: „Ich weiß schon, was nützt das beste Gesetz, wenn es nicht respektiert und exekutiert wird.“ Ich gebe Ihnen heute völlig recht. Dabei glaube ich, daß der Beirat heute notwendiger denn je ist, weil sowohl Kulturabteilung als auch Abteilungsgruppe mit Personen besetzt sind, die zum Ersten Landeshauptmannstellvertreter ein Vertrauensverhältnis haben, so auch ein Zitat von Ihnen in der Zeitung, das ist zur Kenntnis zu nehmen. Aber wenn es so ist, wenn diese Personen andere Fähigkeiten, wie zum Beispiel Managementfähigkeiten, aufweisen, dann sind sie aber zu den Sachinhalten von Kunst und Kultur in ähnlicher Form interessierte Laien, wie auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter sich selbst einmal bezeichnet hat oder wie auch ich einer bin. Umso wichtiger ist daher die Befassung eines Beirates. Ich verstehe, daß es gesetzliche Schwierigkeiten gibt, ich meine aber, wäre der Wille gegeben gewesen, sich des Beirates zu bedienen, dann wären Wege möglich gewesen, ohne eineinhalb Jahre damit zu warten.

Zum Kulturbericht, der das nächste Mal zu diskutieren sein wird, aus den Jahren 1994 und 1995. „Zum Kulturbericht ein paar Worte. Ich würde von dieser Stelle aus schon bitten, daß die künftigen Kulturberichte, so wie es das Gesetz auch vorsieht, rechtzeitig, daß heißt jährlich erscheinen. Eine entsprechende inhaltliche Neukonzeption des Berichtes sollte dabei wohl auch auf dem Arbeitsprogramm der Kulturbeamten und des Referenten stehen. Denn ein kultureller Leistungsbericht, meine Damen und Herren, kann sich jawohl nicht an einem Logarithmenbuch orientieren, das erstens bereits längst obsolet ist und sich ungleich spannender liest als dieser vorliegende Kulturbericht. Ein Kulturförderungsbericht muß auch Merkmale, Akzente, Tendenzen und Zielsetzungen der Kulturpolitik sicherlich auch in Zahlen, aber vor allem durch das geschriebene Wort festhalten. Orientierungshilfen, wie ein Kulturbericht auszu-sehen hat, gibt es genug.“ Dieser plastische Stil stammt nicht von mir, sondern vom Kollegen Erlitz am 24. Jänner 1995 und ich schließe mich auch hier wieder seinen Ausführungen vollinhaltlich an. Der Unterschied zu 1995, ist nur der, daß damals alle im Landtag vertretenen Parteien in einer ausführlichen Diskussion übereingekommen sind, die zukünftigen Kulturberichte so zu gestalten. (Abg. Mag. Erlitz: „Der Stil ändert sich!“) Ich nehme an, daß gut Ding Weile braucht, auch unter dem Ersten Landeshauptmannstellvertreter, denn Krainer hat damals die Erfüllung dieser Anregung zugesagt – (Abg. Mag. Erlitz: „Das, was Sie fordern, wird im Bericht '96 sein!“ – Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Ich bitte Sie, das etwas lauter zu sagen, denn so lange der Altlandeshauptmann Krainer hier war, ist dieses Wort von Ihnen nie gefallen. (Abg. Mag. Erlitz: „Aus Respekt!“) Ich danke Ihnen! (Abg. Mag. Erlitz: „Aus Respekt vor dem ehemaligen Kulturreferenten!“) Früher nie gefallen! (Abg. Mag. Erlitz: „Er ist seit 1996 Kulturreferent. Er kann nicht 1995 den Kulturbericht ändern!“) Bitte, es ist hier ein deutliches Wort vom Ersten Landeshauptmannstellvertreter gefallen: „Erst wenn man geht, wird einem der Respekt erwiesen!“

Ich nehme das zur Kenntnis. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist in der Politik so üblich, erst wenn man geht, kommt der Respekt!“ – Abg. Mag. Erlitz: „Meine Zitate, die Sie eben kundgetan haben, waren doch höflich und respektvoll formuliert!“) Darüber könnte man nachlesen und das Gegenteil nachweisen. Ganz abgesehen davon, daß man sich heute auf den Altlandeshauptmann Krainer ausreden kann, daß man nicht seine Ära kommentieren wolle, ganz abgesehen davon ist festzuhalten, daß im Kulturförderungsgesetz zur Gestaltung des Kulturberichtes etwas anderes drinnensteht. (Abg. Dr. Flecker: „Paßt eh!“)

Lassen Sie mich auch einige Worte zum Kunsthaus sagen. Hier gibt es von der ÖVP kein Revanchefoul im Hinblick auf das ehemalige Trigonprojekt. Ich werde auch keinen Satz zum Standort oder zur Standortfrage sagen. Aber wenn die Landesausstellung für 2000 feststeht und das Kunsthaus bis zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehen soll, dann gibt es wohl einen strengen Zeitplan, der auch daran zu erkennen ist, daß die Machbarkeitsstudie der Fachabteilung IV b 17 Planungsschritte und vier Realisierungsschritte mit genauen Terminen ausgearbeitet hat. Der Antrag 445/1 der Kollegen Brünner, Keshmiri, Zitz und Wabl wollte Auskunft darüber haben, wie die einzelnen Planungsschritte im Hinblick auf Ereignisse eingehalten werden können, wie weit der Zeitplan hält, und ich habe am 6. Mai in der Ausschusssitzung auch ihnen gegenüber die Meinung vertreten und sie gebeten, einer Zuweisung an die Landesregierung mit einer Beantwortungsfrist vor der Sommerpause zuzustimmen. Und es war meine feste Überzeugung, daß diese Frist einzuhalten ist, wenn ich mich mit einem Projekt wirklich befasse, wenn ich es mit Aufmerksamkeit verfolge, wobei es völlig gleichgültig ist, ob der Landesrat Schmid in der Beantwortung der Frage mitinvolviert ist oder nicht. Es kann doch nicht so sein, daß eine Beantwortung dieser Frage, die im Interesse des gesamten Landtages ist, bei gutem Willen nicht bis zur letzten Landtags-sitzung, bis zum 1. Juli, gegeben werden kann. Es hat noch eine schriftliche Anfrage vom Kollegen Brünner mit 1. Juli gegeben mit einer Antwort vom 17. Juli, die ich kenne und die völlig unbefriedigend ist. Ich muß sagen, ich bin persönlich enttäuscht, auch enttäuscht in dem Sinn, weil ich damals am 6. Mai im guten Glauben die Damen und Herren, die ich genannt habe, versuche, zu überzeugen, daß es richtig wäre, eine Beantwortung durch die Landesregierung bis zur letzten Landtagssitzung am 1. Juli vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, schwer fällt in einer solchen Situation ein entsprechendes Schlußwort. Ich möchte es doch mit dem Zitat eines steirischen Dichters wagen: „Dem Steirer ist nichts Kunst, weil ihm alles Kunst ist. Dem Steirer ist alles Kunst, weil ihm nichts Kunst ist. Noch kürzer, dem Steirer ist alles natürlich.“ Danke schön. (Beifall bei der ÖVP. – 14.38 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (14.38 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein Ergebnis dieses heutigen Tages freut mich besonders. Man scheint davon abzukommen, von einer Aufblähung der Landesverwaltung zu sprechen, von einer Aufblähung im Bereich Forschung, Wissenschaft und Kultur. Man scheint sich doch allmählich anfreunden zu können mit einer Terminologie, die davon ausgeht, daß wir Forschung, Wissenschaft und Kultur aufwerten. Es geht nicht darum, zusätzliche Planstellen zu schaffen, sondern darum, diese wirklich für die Zukunft unseres Bundeslandes eminent wichtigen Bereiche Forschung und Kultur aufzuwerten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon so, wie Herr Jeglitsch gesagt hat: Die SPÖ, die Sozialdemokratische Partei, bekennt sich dazu zur gesellschaftlichen Bedeutung von Kunst und Kultur, bekennt sich dazu, daß Kunst und Kultur auch im gesellschaftspolitischen Kontext ihre Rolle spielen. Alles andere wäre eine Abwertung, ja Beleidigung rezenter Kunst und der Künstler. Schauen Sie sich den Steirischen Herbst an, Herr Professor, und Sie werden erkennen, daß der ehemalige Minister Scholten und auch Kollege Cap schlicht und einfach ein Faktum konstatiert haben, daß sich Kunst und Kultur selbst als kulturpolitisch und als gesellschaftspolitisch definieren. Ich bin froh, daß Sie diesen Aspekt angesprochen haben, denn sonst würden wir uns heute tatsächlich nur über formale Dinge der Kulturpolitik unterhalten. Die dringliche Anfrage des Liberalen Forums hat die Kulturpolitik des Landes Steiermark in der Verantwortung von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Peter Schachner zum Inhalt, genauer gesprochen eben nur einige formale Aspekte der Förderpolitik.

Man könnte sich die Frage stellen, warum das LIF noch kein Interesse an den Inhalten der Landeskulturpolitik entwickelt hat. (Abg. Dr. Brünner: „Das kommt noch!“) Ich hoffe, daß das nachgetragen wird im Zusammenhang mit der Debatte zum Kulturförderungsbericht. Aus Interesselosigkeit, das will ich nicht unterstellen, Interesselosigkeit, was warum gefördert wird. Es wird lediglich gefragt, wie gefördert wird. Was bleibt, ist allerdings ein sehr karger Rest, womöglich aus einem falsch verstandenen Liberalismus, der meint, daß das Qualitätsvolle sich schon im Rahmen der Kräfte der Marktwirtschaft, der freien, der liberalisierten Marktwirtschaft durchsetzt. Ich hoffe, das mißverstanden zu haben, Herr Kollege Brünner. (Abg. Dr. Brünner: „Bewußt!“) Oder auch aus der schlichten Angst heraus, sich positionieren zu müssen; auch das wäre höchst an der Zeit, Herr Kollege Brünner: es nicht allen Künstlern, nicht allen Kulturschaffenden, nicht allen Kulturvermittlern recht zu machen. In dieser Pflicht, in dieser Verantwortung befindet sich nämlich der Kulturreferent des Landes Steiermark. Oder vielleicht gar, weil auch das Liberale Forum anerkennen muß, daß die Steiermark sich auf eine neue kulturelle Renaissance zubewegt, vielleicht sich schon in ihr befindet – doch dazu einiges mehr etwas später.

Das Liberale Forum hat sich also der Entpolitisierung, der Objektivierung der Kulturförderung verschrieben. Sie zählen mit dieser Forderung nicht ganz zu den Allerersten – das sei hier schon angemerkt. Schon die Freiheitliche Partei hat seinerzeit gemeint, Minister Scholter fördere nur noch sogenannte

„Staatskünstler“ – ein sehr seltsamer Begriff –, in blinder Wut übersehend, daß die Arbeit des ehemaligen Kunstministers Scholten darauf ausgerichtet war, die Produktionsbedingungen der Künstlerinnen und Künstler in Österreich ganz breit, auf breiter Basis, zu verbessern. Die Freiheitliche Partei hat diese Einwürfe wohl auch in Unkenntnis der Werke der diskreditierten Künstler und Künstlerinnen, wie beispielsweise Elfriede Jelinek oder Peter Turrini, getätigt, denn sonst wäre wohl aufgefallen, daß diese sogenannten „Staatskünstler“ zu den vehementesten Kritikern bestimmter Erscheinungsformen unseres Staates zählen. Zurück zur differenziert vorgetragenen Kritik des Liberalen Forums: Vielleicht, Herr Kollege Brünner, sind wir uns darin einig, daß über Förderungen im Bereich von Kunst und Kultur letztlich eben doch die Politik und die gewählten Vertreter zu entscheiden haben. Sie sind die einzigen, die vom Wähler dazu legitimiert sind, die diesen Auftrag erhalten haben und ihn auch ausführen sollten. Vielleicht sind wir uns auch einig darin, daß die Politik sich vor einer Entscheidung von Fachleuten beraten lassen sollte. Kunst und Kultur sind mittlerweile derart ausdifferenziert, daß eine kulturhistorisch und ästhetisch fundierte Bewertung von Projekten, von vorgetragenen Vorschlägen und Projekten, nur von Experten zu leisten ist. Es muß aber in Frage gestellt werden, ob angesichts der erwähnten Ausdifferenzierung ein Beirat, ja selbst ein spartenspezifischer Beirat, in der Lage ist, eine brauchbare Empfehlung abzugeben. Ein spartenübergreifender Beirat wird sich meist dem Urteil des einen, des zuständigen Experten anschließen. Die anderen Mitglieder würden zum interessierten Zuhören verurteilt sein. Ich kenne einige derartige Beiratskonstruktionen, muß aber gestehen, daß ich nichts von derartigen spartenübergreifenden Beiräten halte, weil sich hier letztendlich der eine durchsetzt, der entweder kompetent ist oder vorgibt, kompetent zu sein. Ein spartenspezifischer Beirat, ich liebäugle durchaus mit einer derartigen Konstruktion, wird allerdings, einmal abgesehen vom angesichts des steirischen Kulturförderungsbudgets völlig unverhältnismäßigen Zeit- und Personalaufwand, kaum zu handlungsleitenden Ergebnissen kommen, da innerhalb der Sparten in der Steiermark bald jeder jeden kennt und die ästhetischen Positionierungen zueinander weitestgehend fixiert sind. Es wird also auch keine Fachdiskussion in einem derartigen fachspezifischen, spartenspezifischen Beirat möglich sein. Ich frage mich somit, ob ein derartiger spezifischer Beirat tatsächlich seine Beratungsfunktion gut erfüllen könnte.

Bleibt als Beratungsinstrument also nur noch das Begutachtungsverfahren, dem die Projekte zu unterziehen sind, dessen Ergebnis ein fachlich fundiertes, Stärken und Schwächen darstellendes Urteil ist, das sich die Politik – sprich die Landesregierung – zu eigen machen sollte oder – bei Vorliegen triftiger Gründe – davon abweichend entscheiden kann. Grosso modo wird dieses Beratungsinstrument derzeit mit Erfolg angewandt. Mit Erfolg wird dieses Instrument im übrigen auch in weiten Bereichen – Herr Prof. Jegličsch, Sie wissen das – der Forschungsförderung angewandt, sehr ausgefeilt etwa im Bereich des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung oder beim Nationalbankfonds. Auch dort hat man sich wohl überlegt, was ein vernünftiges Beratungsinstrument sein

könnte, und ist zu dem Schluß gekommen, daß ein Begutachtungsverfahren das richtige Beratungsinstrument sei. Man wird also bei einer allfälligen Novellierung des Kulturförderungsgesetzes des Landes Steiermark mit Umsicht entscheiden müssen, welches kulturpolitische Beratungsinstrument als adäquat angesehen wird. Bis dorthin wird man versuchen, auf der Basis des derzeit gültigen Gesetzes zu einer vernünftigen Beiratslösung zu kommen. Wir sollten uns aber nicht nur im Formalen ergehen, wir sollten die Gelegenheit doch nützen, auch die inhaltliche Neuorientierung der Landeskulturpolitik zum Thema zu machen. Was wird vom Kulturreferenten des Landes Steiermark, von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Peter Schachner forciert, und ich sage bewußt: nach Jahren der kulturpolitischen Stagnation in unserem Bundesland. Nummer eins: Wir bewahren das kulturelle Erbe der Steiermark, wie es dem Auftrag, wie es der Identität unseres Bundeslandes entspricht. Unter Identität, und ich werde nicht müde, es zu betonen, muß man etwas Prozeßhaftes verstehen, ist nichts Versteinertes zu verstehen, nichts Verkrustetes. Im Landesarchiv, in der Landesbibliothek, im Landesmuseum Joanneum – überall herrscht Aufbruchstimmung. Es geht spürbar, ja fast täglich nachvollziehbar, mit den eigenen Augen nachvollziehbar, bergauf. Ich nenne hier nicht die vielen Neubauten oder Neugestaltungen oder Neukonzeptionierungen von Ausstellungen an allererster Stelle, sondern ich nenne an erster Stelle eine kulturpolitische Entscheidung von Landeshauptmannstellvertreter Schachner, deren symbolische Bedeutung sich jenen erschließt, die die Geschichte der Steiermark kennen, nämlich die Entscheidung, den Eggenberger Flügelaltar aus den USA heimzuholen. Damit hat das Herz von Schloß Eggenberg, Allegorie auf Innerösterreich, Allegorie auf das gesamte Universum, wieder zu schlagen begonnen. (Beifall bei der SPÖ.) Dank sei hier auch Frau Dr. Kaiser ausgesprochen, deren Tatkraft viel zu verdanken ist. Ich habe es schon erwähnt, das Landesmuseum Joanneum erlebt derzeit eine radikale, nicht nur bauliche Modernisierung. Ich bin geneigt, den Zustand des Joanneums vor zwei Jahren als eine steirische Kulturschande zu bezeichnen. (Abg. Majcen: „Ist eh klar!“) Die Dauerausstellungen des Joanneums waren damals dazu angetan, zu vermitteln, wie ein Museum in der Mitte des vorigen Jahrhunderts ausgesehen hat, also keineswegs mehr im Stiftungsdokument von Erzherzog Johann genannte Funktion zu erfüllen, nämlich der Jugend unseres Bundeslandes die Grundsätze von Kultur, Industrie und Natur zu vermitteln. Das wahrlich, diese Aufgabe hat das Landesmuseum vor einigen Jahren kaum mehr erfüllt. Was im Joanneum allerdings steckt, haben die letzten drei Großausstellungen bewiesen. 1996 „Zwischen Himmel und Erde“ mit über 60.000 Besuchern und heuer im Grazer Kultursommer, der erstmals diesen Namen auch wirklich verdient, im Grazer Kultursommer „Egon Schiele“ mit über 80.000 Besuchern. „Im Hochsommer der Kunst“ mit derzeit, die Ausstellung läuft noch weiter – ich hoffe, alle hier Anwesenden besuchen sie – mit über 60.000 Besuchern. (Abg. Purr: „Schon dort gewesen!“) Ausgezeichnet, das halte ich auch für eine Pflichtleistung eines Landtagsabgeordneten. (Abg. Purr: „Das ist Neigung, nicht Pflicht!“) Okay, umso besser. Und auch die Begleitmusik dieser beiden

Großausstellungen, meine Damen und Herren, Sie werden das wohl bestätigen können, hat gestimmt. Grazer Kultursommer: „Classic in the City“ – eine gute Kooperation mit dem Tourismusreferenten der Steiermärkischen Landesregierung – über ein Dutzend Sommertheater- und Tanztheaterproduktionen in Graz und teilweise auch außerhalb von Graz.

Und auch das künftige Kulturhaus (Abg. Mag. Zitz: „Kunsthau!“) am Schloßbergplatz wird Teil der von Landeshauptmannstellvertreter Schachner eingeleiteten Blütezeit der steirischen Museumskultur und Ausstellungskultur sein. Mit Ausstellungskultur, liebe Kollegen von den Grünen, meine ich auch die Landesausstellungskultur. Es ist nun mal so, Landeshauptmannstellvertreter Schachner hat das im Rahmen der letzten Landtagssitzung bereits betont: Die Ausstellung in Leoben ist eine ererbte Ausstellung. Manches ist nicht so gut gelaufen, wie wir uns das vorgestellt haben, insbesondere im Bereich der Ankündigung. Ich würde allerdings doch meinen, daß gerade eine Ausstellung über Technologie, über ein Zukunftsthema, Bedeutung hat und auch schwerer zu vermitteln ist als beispielsweise eine Ausstellung über Hexen und diese Dinge, würde aber meinen, daß 60.000, 70.000 Besucher einer derartigen Ausstellung mindestens ebenso hoch zu werten sind wie 200.000 Besucher bei einer anderen, vielleicht mehr populistisch orientierten Ausstellung.

Zu diesem Kunsthaus gibt es sechs exzellente Entwürfe, die bereits in den Medien vorgestellt wurden. Ich bin davon überzeugt, daß hier der beste Entwurf das Rennen machen wird und das beste Modell bis zum Jahre 2000 auch realisiert wird, so daß es eine der Jahrtausendwende würdige Landesausstellung in Graz geben wird können. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich spreche bewußt von einer Blütezeit der steirischen Museen, und nicht nur der Grazer Museen. Es geht Landeshauptmannstellvertreter Schachner auch um die über 200 steirischen Gemeinde-, Stadt- und Heimatmuseen. Wir setzen auch hier gemeinsam mit dem Landesmuseum Joanneum Initiativen, eine davon wurde bereits vorgestellt. Das Landesmuseum Joanneum wird vermehrt aufgefördert werden, Koproduktionen mit den Gemeinde- und Stadtmuseen der Steiermark zu realisieren. Es ist gerade eine Weiterbildungs- und Professionalisierungsinitiative im Entstehen, ein Vermittlungsverbund der Römermuseen im Süden der Steiermark ist ebenfalls gerade beim Aufnehmen seiner Tätigkeit; im übrigen, Herr Kollege Brünner, unter Zuhilfenahme der Steirischen Projektträgergesellschaft. Es beweist sich abermals, daß diese Projektträgergesellschaft eine sehr wesentliche Funktion nicht nur im Naturschutzbereich, beim ersten Projekt dieser Gesellschaft, hat, sondern auch durchaus im Kulturbereich. Steirische Museen, Gemeinde-, Stadtmuseen werden bald im Internet auftauchen. Dieses Projekt wird gemeinsam mit MUSIS, der Dachorganisation der steirischen Gemeinde- und Heimatmuseen, durchgeführt. Es wird erstmals seit 20 Jahren in diesem kommenden Frühjahr wieder einen Museumsführer durch all die 200 Heimat-, Stadt- und Gemeindemuseen geben. 20 Jahre, meine Damen, hat es gedauert, bis wir uns dieses kulturellen Erbes und der Verantwortung, die damit verbunden ist, wieder bewußt geworden sind.

Nicht nur das Alte wird, seiner Bedeutung für die Identität der Steiermark gemäß, zu einer neuen Blüte geführt, die Mittel für den Steirischen Herbst wurden vom Kulturreferenten der Steiermärkischen Landesregierung beträchtlich erhöht. Es profitieren rund 30 kulturelle Institutionen der Steiermark, die den Rahmen nicht nur für die Vermittlung moderner Kunst, sondern dem neuen Auftrag des Herbstes entsprechend, vor allem für die Produktion moderner Kunst darstellen. Die eigentlichen Nutznießer dieser verstärkten Förderung sind somit die jungen Künstlerinnen und Künstler der Steiermark, und weit darüber hinaus. Der Steirische Herbst muß selbstverständlich dem Anspruch eines internationalen Avantgarde-Festivals gerecht werden. Die Intendantin des Steirischen Herbstes, Frau Frisinghelli, hat sich aber auch die Regionalisierung des Festivals auf ihre Fahne gehetzt. Deutschlandsberg, Mürzzuschlag, Pischeldorf, Stainach und Zeltweg machen aus diesem Herbst einen Steirischen Herbst. Diese Richtung muß beibehalten und verstärkt werden.

Meine Damen und Herren, abschließend bleibt es mir nur noch zu hoffen, daß nicht nur die großartige Ausstellung im Schloß Eggenberg besucht wird im Hochsommer der Kunst, sondern daß jeder von Ihnen auch dieses Programmheftchen des Steirischen Herbstes besitzt und auch sehr intensiv die höchst anspruchsvollen Veranstaltungen des Steirischen Herbstes besucht. Ich glaube, daß wir auf diesen Herbst in besonderem Maße stolz sein können. Danke sehr! (Beifall bei der SPÖ. – 14.58 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Brünner (14.58 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte einen kurzen 5-Parteien-Beschlußantrag stellen. Sie gestatten mir aber ein paar Worte zum Kollegen Getzinger. Ich kann mich dieser Worte nicht entschlagen, weil sonst kriege ich ein Magengeschwür. Es gibt eigenartige Reflexe in diesem Raum. Wir stellen eine ausgearbeitete kritische dringliche Anfrage an ein Regierungsmitglied, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner, und Damen und Herren in diesem Saal, die dann der gleichen Partei zugehörig sind, meinen fast reflexartig, herauskommen zu müssen und ihr Mitglied verteidigen zu müssen. Herr Kollege Getzinger, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner braucht diese Reflexe nicht, denn ich habe festgehalten, daß ich sehr froh gewesen bin über eine informative Beantwortung unserer Anfrage und daß ich auch einiges an „Versprechungen“ drinnen sehe, die uns – ich meine als Landtag – wichtig sind. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Das wäre ein Mißverständnis, wenn Sie das als Verteidigung verstehen würden. Das war eine inhaltliche Aufforderung!“) Noch dazu, Herr Kollege Getzinger, versteifen Sie sich zu Unterstellungen. Ich habe nicht von der Entpolitisierung der Kunst und Kultur gesprochen. Und völlig absurd wird Ihre Wortmeldung dann, wenn Sie mich in die Nähe von Plakataktionen in Wien gegen Scholten und Peymann bringen. Ich verwende das Wort „absurd“, ich hätte lieber ein deftiges Wort verwendet, aber im Dienste

der politischen Kultur versage ich mir das. Ich hoffe, daß Sie auch zur Themendifferenzierung fähig sind. Unser Thema waren nicht die Inhalte der Kulturpolitik, ganz bewußt, sondern unser Thema war Mißachtung des Landtages und Aufblähung des Verwaltungsapparates. Ich hoffe, Herr Kollege Getzinger, daß Sie Zeitung lesen, weil dann hätten Sie nämlich registriert, daß wir, die Liberalen, sehr wohl in den letzten Wochen und Monaten mit inhaltlichen Vorschlägen und Vorstellungen betreffend Kulturpolitik in die öffentliche Debatte gegangen sind. Da müssen Sie nicht allem zustimmen, aber ich hoffe, daß Sie das registriert haben. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Registriert habe ich nur formal, inhaltlich nicht!“)

Die Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dr. Flecker, Mag. Bleckmann, Schützenhöfer und Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch stellen folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens einen angereicherten Kulturbericht so bald wie möglich vorzulegen,

zweitens darin auch über die Gebarung des Joanneum-Fonds zu berichten und

drittens einen neu zusammengesetzten Landeskulturbeirat zu ermöglichen und diesen umgehend einzuberufen.

Ich bitte Sie, diesem 5-Parteien-Antrag zuzustimmen. (14.58 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wabl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (14.58 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich auf zwei kurze Anmerkungen beschränken. Erstens: Es hat mich heute vormittag etwas getroffen, daß du, Herr Landeshauptfraustellvertreter, im Zusammenhang mit der Kultur mir vorgeworfen hast, bei den wichtigen Veranstaltungen, bei denen du anwesend bist oder denen du die Ehre deiner Anwesenheit gibst, bin ich nicht vertreten, was überhaupt nicht stimmt, wobei ich dazusagen möchte, daß manchmal auch Eröffnungen stattfinden, wenn hier Landtagsitzungen sind, und das ist in der Vergangenheit auch schon passiert, wobei ich froh bin, daß wir heute hier im Landtag über Kultur diskutieren, was ich an sich für sehr positiv halte, weil ich der Meinung bin, daß wir dieses Thema in der Vergangenheit hier etwas reduziert behandelt haben, und ich einfach der Auffassung bin, daß Kultur zum Leben gehört und daß Kultur eine wichtige Position in unserem Leben einnimmt. Wenn du sagst, ich bin bei diesen Veranstaltungen nicht dabei, dann meine ich, man sollte hier nicht der Meinung verfallen, und dabei gehe ich ein bißchen auf den Kollegen Getzinger ein, daß Kultur sich in dem Land nur darauf beschränkt, daß man von der Öffentlichkeit bemerkte Ausstellungen, Eröffnungen und andere Veranstaltungen durchführt, sondern es gibt sehr wohl viele, viele Aktivitäten kleiner und großer Künstler, von Leuten, die kulturell tätig sind, aber davon nicht leben können. Ich halte mir an dieser Stelle zu gute, daß ich seit Jahren, Herr Landeshauptmann

Schachner, ich sage es jetzt anders, Herr Kulturreferent Schachner, das ist vielleicht einfacher, und mich auch schon in früheren Zeiten systematisch bemüht habe, Künstler vor Ort in regionaler Bedeutung zu unterstützen. Ich habe, ohne daß ich mich hier jetzt hervortun möchte, schon Gedichtbände mit jungen Dichtern herausgegeben, die nur auf eines hoffen, daß sie den Durchbruch schaffen, was ihnen kaum gelingen wird. Ich habe auch Veranstaltungen durchgeführt, denn ich bin beim Kulturklub Hainersdorf dabei, der unbemerkt sehr oft, aber sehr idealistisch, viele Vernissagen, Ausstellungen und Dichterlesungen durchführt. Was meine ich damit? Daß der Vorwurf, daß man etwas von Kunst versteht oder zu wenig versteht, an sich nicht so einfach zu machen ist, weil ja die Behauptung, etwas von Kunst zu verstehen, ich würde mich nicht getrauen zu sagen, ich verstehe jetzt unbedingt etwas, sehr schwer mit objektiven Kriterien zu messen ist. Ich bilde mir aber ein, daß ich ein Gefühl für Kunst und Kultur habe. Ich habe selbst schon manche Dichterlesungen gemeinsam mit jungen Leuten veranstaltet, die in anderen Bereichen gestrauchelt sind und dann froh waren, daß sie sich ausdrücken konnten, die froh waren, daß sie jemanden gefunden haben, der mit ihnen gemeinsam einen Gedichtband verlegt, weil das ist ja heute auch nicht so einfach. Es gibt viele junge Leute, die sich nichts sehnlicher wünschen als eine Dichterlesung oder einen Auftritt und froh sind, wenn die örtlichen Kulturreferenten ihnen dieses Forum bieten. Ich glaube, das ist auch wichtig, daß man neben dieser viel beachteten Kultur in der Öffentlichkeit auch jene Impulse und jene Aktivitäten, die draußen am Land tiefer drinnen sind, als man glaubt, passieren und diese auch im Auge behält. Das wollte ich nur von dieser Stelle aus vermerkt haben, daß ich, ohne als Kulturexperte gelten zu wollen, mich seit vielen Jahren damit beschäftige, junge Künstler zu fördern, entweder mit einem Gedichtband, den man gemeinsam herausgibt, oder auch mit Geldbeträgen oder auch mit der Schaffung von Auftrittsmöglichkeiten, wo ich die Künstler dann auch einlade, was in der Presse natürlich nicht zum Ausdruck kommt, weil dort auch manchmal die Reaktion entsteht, naja, das sind so örtliche Aktivitäten, wo halt jeder glaubt, daß er ein kleiner Künstler ist. Gott sei Dank glauben das manche und sind auch aktiv, weil die Grenze zu ziehen, was ist dann wirklich Kunst und wo fängt sie an, um ernst genommen zu werden, ist schwer. Man braucht nur daran zu denken, wie viele Künstler, die heute hoch anerkannt sind und heute schwer bezahlt oder teuer bezahlt werden, zu Lebzeiten quasi nicht einmal ignoriert worden sind. Das wollte ich nur dazu gesagt haben. Ein Zweites, das Kunsthaus: Ich würde mir wünschen, Kollege Brünner hat das schon gesagt, daß wir zum Thema Kunsthaus in Zukunft eine bessere Information bekommen. Ich finde, daß ein Kunsthaus in Graz kein Thema ist, das nur die Regierung angeht, das nur den Kulturreferenten Schachner und den Hochbaureferenten Schmid angeht, vielleicht am Rande noch die ÖVP, sondern das ist ein Thema, das alle Steirerinnen und Steirer, vor allem auch Grazerinnen und Grazer, angeht. Ich, und das lasse ich mir nicht nehmen, stelle fest, daß wir hier im Landtag zum Thema Kunsthaus zu wenig ausreichend informiert worden sind. Ich will hier bewußt das Thema jetzt nicht polemisch abhandeln, aber eines steht fest, und

das ist mehr oder weniger unbestritten, es hat schon einmal ein Projekt gegeben, das baureif gewesen ist, das an sich, wie von vielen bestätigt worden ist, kaum Nachteile gehabt hat, außer den einen Nachteil, daß es vom damaligen Landeshauptmann Krainer verwirklicht werden sollte, das aber nicht möglich war. Der Herr Kollege Jeglitsch hat gesagt, er will kein Revanchefoul begehen. Auch ich will hier nicht sagen, naja, weil das Kunsthaus im Pfauengarten nicht verwirklicht wird, schauen wir mit aller Gewalt, daß das dort nicht am Schloßberg verwirklicht wird. Ich glaube, das wäre nicht gut, weil letzten Endes trifft es die ganze Politik. Es trifft dich, Herr Kulturreferent Schachner, weil die Gefahr, daß du mit dem Kunsthaus scheiterst, sozusagen nach dem Motto „es kommt im Leben alles zurück“, so heißt es im Volksmund, und Krainer ist mit dem Pfauengarten gescheitert, die Gefahr, daß du mit dem Schloßberg scheiterst, ist sehr groß. Ich sage es hier wohlwissend, daß manche von denen, die heute groß das Kunsthaus am Schloßberg propagieren, gar nicht bereit waren, zu wetten, daß es nicht kommt. Ich wünsche mir, daß all diese Vorgänge, die viel Geld kosten, und eines, Kollege Getzinger, wirst du nicht bestreiten können, daß schon viel Geld in den Sand gebaut wurde dadurch, daß die Projektierungskosten und die Vorbereitungskosten für den Pfauengarten beim Fenster hinausgeschmissen wurden. Wir gehen jetzt wieder einen zweiten Weg, ich fühle mich aber nicht betroffen, wenn ich dir sage, also die Landesregierung mit allen Stimmen offensichtlich, weil man sagt, man will endlich etwas weiterbringen, nunmehr einen zweiten Anlauf nimmt, ein Kunsthaus hier zu errichten. Ich stelle fest, daß du einmal gesagt hast, naja, wenn es in Graz nicht kommt, dann baue ich eben dafür drei oder zwei in der Obersteiermark. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „In der ‚anderen‘ Steiermark!“) In der anderen Steiermark. Ich halte diesen, so sehr mir die andere Steiermark auch am Herzen liegt – (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Mürzzuschlag und Leoben haben schon ein Kunsthaus!“) Daher glaube ich, ist es höchst an der Zeit, daß Graz auch ein Kunsthaus bekommt. Vielleicht können Sie in Fürstenfeld auch eines machen. Spaß beiseite: Ich wünsche mir, daß jene Gelder, die hier zur Verfügung stehen, und das sind doch erkleckliche Geldbeträge, sorgfältig angewendet werden. Wenn von einer Information des Landtages die Rede ist, dann würde ich mir wünschen, will aber zu dieser Zeit jede Polemik beiseite lassen, daß wirklich wir auch vom Landtag her in den Werdegang dieses Kunsthauses eingebunden werden sollen, wobei ich persönlich etwas unglücklich darüber bin, daß wir hier im Landtag offensichtlich gar keine Möglichkeit haben, darüber zu befinden, weil letzten Endes sind das Entscheidungen, die im Schoße der Regierung gefallen sind, was mich höchst verwundert. Wir entscheiden darüber, wenn eine Eigentumswohnung an eine Landesbedienstete um 800.000 Schilling verkauft wird, aber wenn ein Kunsthaus um ein paar 100 Millionen Schilling beschlossen wird und auf den Schloßberg gestellt werden soll, dann haben wir nichts zu reden. Also diese Diskrepanz der Verfassung, über die möge man auch einmal nachdenken. Und insgesamt glaube ich, weil du heute schon so lange da bist, diese Gelegenheit muß man ausnutzen, ich würde mir

wünschen, daß du deine Aktivitäten, die so zahlreich sein mögen, wie sie der Kollege Getzinger hier schildert, daß du uns ab und zu zumindest in die Lage versetzt oder daß du so gütig bist, vielleicht ab und zu uns auch im Rahmen eines Kunstberichtes, aber nicht nur dort, sondern laufend über das Projekt berichtest. Und der Kollege Jeglitsch hat gesagt, und das möchte ich nochmal erwähnen, wir haben damals fix und fest behauptet im Ausschuß, du kannst dich erinnern, und haben gesagt: „Ihr werdet sehen, das hilft alles nichts, wenn wir es an die Regierung zur Stellungnahme geben, das dauert Monate, bis das zurückkommt.“ Der Kollege Jeglitsch hat gesagt: „Nein, das wird nicht sein, ich verbürge mich dafür, ich verspreche euch, das kommt noch.“ Und dann frage ich mich, wir haben jetzt praktisch Ende September Anfang Oktober, warum muß das sein, daß man hier einfach zeigt, das ist uns Wurscht, das ist uns völlig egal, ob der Landtag auf eine Antwort wartet, so nach dem Motto, wir machen ohnedies, was sie wollen. Also, wenn die heutige Debatte über Kultur und Kunst dazu beiträgt, daß der Informationsaustausch zwischen Landtag und Regierung besser wird und daß man vor allem darüber nachdenkt, daß man den Landtag auch besser einbindet. Weil letzten Endes heißt es immer der Hohe Landtag. Mir gefällt das immer, auch die Frau Landeshauptfrau sagt dann der Hohe Landtag, die Würde des Landtages, die Bedeutung des Landtages, und wenn wir debattieren, ist die Bedeutung so groß, daß meistens niemand heroben sitzt oder nur kaum wer vertreten ist. Wenn dieser Landtag hoch ist, wenn dieser Landtag bedeutend ist, dann soll er auch in Zukunft besser in wichtige Entscheidungen eingebunden werden. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und dem LIF. – 15.10 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (15.10 Uhr): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vielleicht zum Letztgesagten, ich freue mich über jede Debatte, die eine Kulturdebatte ist, zumal wenn sie so abläuft wie heute in diesem Klima des gegenseitigen Verstehens bei aller unterschiedlichen Auffassung. Das ist überhaupt keine Frage, das soll ja auch so sein. Das ist ja bitte auch Bestandteil der Politik, daß man unterschiedliche Auffassungen hat. Und, Martin, du hast völlig recht, ich würde es mir wirklich nicht erlauben, jemandem zu unterstellen, der versteht was, der versteht nichts und der geht dort hin und der geht da hin, und deswegen ist er kulturbeflissen, und deswegen ist er es nicht. In besseren Tagen hast du mir sogar diese Gedichtbände oder einen Gedichtband mit Widmung des Künstlers überreicht vor Ort, wenn du dich erinnerst. Also ich weiß das, daß das bei dir so ist, daß das eine Herzensangelegenheit ist und daß du diese Personen auch förderst im wahrsten Sinne des Wortes. Wir haben ja damals auch über dieses Problem geredet, wie schwer es für jemanden ist, der am Beginn steht oder der eben nur regionales Interesse momentan weckt, ihn zu fördern. Da hättest du mich völlig mißverstanden, das steht mir nicht nur nicht zu, sondern das tue ich auch nicht, irgend jemand zuzu-

ordnen. Beim Kunsthaus sage ich wirklich, die Debatte ist notwendig, sie ist wichtig. Ich stehe jederzeit zur Verfügung. Ich kann allerdings bitte nichts dafür, nicht, daß ich mich ausrede, aber ich habe es schon erklärt, der Kollege Hirschmann hat den Bericht des Schmid zurückgestellt und ist – (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Von 1. Juli bis 7. Juli!“) Ist das nicht das gleiche? (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Der 7. 7. ist aber schon lange vorbei!“) Schon, es ist zurückgestellt. Es ist nicht egal deswegen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Der 1. 7. war der Wunsch!“) Herr Professor, es ist deswegen nicht egal, weil dieses Stück zurückgestellt wurde und nicht neu eingebracht. Also daher kann es dem Landtag nicht zugeleitet werden. Das wollte ich damit eigentlich sagen. Das ist die Realität. Also das Stück ist vom Kollegen Schmid eingebracht worden, Bericht über das Kunsthaus, meines Wissens. Es ist zurückgestellt worden. Diese Zurückstellung hat bisher keine Neuauflage erfahren, also kann es nicht im Landtag sein. Aber noch einmal, es ist ja offensichtlich ein dringender Bedarf, darüber zu reden, dann wird es auch eine andere Gelegenheit geben als die, ob jetzt dieses Stück weitergegeben wurde. (Abg. Mag. Zitz: „Dieses Stück als Regierungsvorlage in den Landtag und in den nächsten Landtag einbringen!“) Ja! (Abg. Mag. Zitz: „5-Minuten-Abstimmung!“) Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen – (Abg. Mag. Zitz: „Mit Gegenstimme der SPÖ!“) Wie das im Landtag selbst abgehandelt wird, ist wirklich nicht mehr Sache von mir oder der Landesregierung. Ich bleibe dabei, ich stelle mich selbstverständlich und eigentlich selber mit Begeisterung einer Kunsthausdebatte, weil auch ein paar andere Dinge so in den Raum gestellt wurden. Es wird mir von den Leuten, die was davon verstehen, gesagt, daß die alte Planung und die alte Vorstellung etwa des Trigonhauses man heute auch nicht mehr realisieren würde für das Anforderungsprofil, das man sich heute stellt. Die Räume sind zum Beispiel schräg, sie gehen bergab, sie werden im übrigen auch sehr tief eingegraben und, und, und. Es sei auch funktional für etwas Bestimmtes zugeschnitten, aber nicht für das, was man heute haben will. Als Beispiel, ich bin selber daran interessiert, daß wir in den Diskussionsprozeß in diese Richtung eintreten und daß man nicht sagt, deswegen, weil das eine so war, ist man jetzt dagegen. Wir wären ja bitte auch zu keinen einstimmigen Beschlüssen gekommen in der Regierung, wenn das ein Hickhack der Parteipolitik gewesen wäre. Ist ja überhaupt keine Rede davon. Es hat überhaupt keinen Dissens gegeben in all diesen vorher genannten Beschlüssen, ich weiß nicht, wieviel es jetzt schon an der Zahl waren.

Zu den einzelnen – ich wollte das nur vorwegnehmen, daß nicht gemeint wird, ich möchte da irgendeiner Debatte ausweichen – Wortmeldungen die wichtigsten Punkte:

Vielleicht ist es so, daß ich noch einmal sage, die Personaleinsparungen, Christian Brünner, sind im Jahr in etwa, was das Personalressort betrifft, an die 50 Dienstposten, die real eingespart werden. Das, was unter dem Titel „Aufblähung“ hier diskutiert wurde, hat nicht stattgefunden, ich kann es noch deutlicher sagen, ich wollte es zuerst nicht so deutlich sagen. Ich sage es noch deutlicher, aus dem Bereich der Wirtschaftsförderung sind eine hohe Anzahl von Dienst-

posten freigeworden und auch in anderen Bereichen. Und diese sind umgeschichtet worden. Es gibt keinen zusätzlichen Dienstposten bislang für FoKu und Kulturabteilung. Es mag sein, daß das eine oder andere notwendig wird, bislang ist es nicht geschehen, und der Kollege Hirschmann sagt, daß es im Jahr im Schnitt eine Einsparung von 50 Posten gibt. Daher ist auch die Budgetierungsfrage kein Problem, weil er natürlich im Personalressort Reserven hat, die damit – selbst wenn mehr Kosten anfallen würden, zum Beispiel durch die eine oder andere Zulage oder durch die Hebung des Dienstpostens VIII auf IX, bitte von 700.000 Schilling habe ich nichts gesagt, ich habe nur gesagt, es ist von VIII auf IX der Dienstposten erhöht worden. Das macht keine 700.000 Schilling aus, Herr Kollege Wiedner. (Abg. Wiedner: „Ein Dienstposten 700.000 Schilling!“) Das ist der einzige, der sozusagen eine Aufwertung erfahren hat, und ein paar Zulagen, die vielleicht dazukommen, können vom Kollegen Hirschmann spielend bedeckt werden auf Grund des hohen Einsparungspotentials, das er alljährlich erreicht. Ich glaube auch, das wir überhaupt keinen Dissens haben, Christian Brünner, den Antrag, den du vorgelesen hast, so zu beschließen. Ich werde mich wirklich ehrlich bemühen, dem Kulturbericht mehr an Inhalt zu geben. Ich werde den Joanneumsbericht beifügen einschließlich des Fonds, ist für mich überhaupt keine Frage. Und ich glaube – was war der dritte Punkt? (Abg. Dr. Brünner: „Kulturbeirat!“) Ja, Kulturbeirat, die Wahrheit ist, daß ich einen neuen bestellen muß. Weil ich sage es noch einmal, der alte hat sich selbst außer Kraft gesetzt, weil er fünf Jahre nicht einberufen wurde. Und dieses Nichteinberufen hat eine Beendigung bewirkt, weil es keine Wiederbestellung gibt. Ich muß einen neuen Kulturbeirat sozusagen zusammenstellen. Ich werde das machen, ich werde die Regierung damit befassen, werde auch die interessierten Persönlichkeiten versuchen, dafür zu gewinnen, werde einen Regierungsantrag machen auf Grund dieser heutigen Debatte, einen neuen Kulturbeirat bestellen, wo alle Gruppierungen auch ihre Interessen wahrnehmen können, und werde diesen dann einmal einberufen, und in der Folge soll er sich eine Geschäftsordnung geben, die ihn nicht selbst sozusagen ins „Out“ jagt. Wenn das das grundsätzliche Einverständnis wäre, dann bin ich dir dankbar. Ich habe, Herr Kollege Wiedner, einige Fragen jetzt schon beantwortet. Bislang, und ich schließe das nicht aus, daß es kommt, das tue ich nicht, ist es richtig, daß wir keinen zusätzlichen Posten haben. Es gibt wahrscheinlich die eine oder andere Zulage, sagt mir Kollege Hirschmann, über die man wird reden müssen, und es gibt die Aufwertung des Achter-Postens auf den Neuner-Posten. Sie haben eine Parallele gezogen, die mich persönlich in der Auseinandersetzung mit Ihnen interessiert und eine Grundsatzfrage aufwirft. Sie haben gesagt, in der Privatwirtschaft ist sozusagen alles erlaubt. Die sollen sich ihre Leute suchen und tragen dann auch die Verantwortung. Wir sind d'accord, es gibt keinen Dissens – bis jetzt. Es gibt allerdings einen Punkt, ab dem ich Sie bitte, mit mir vielleicht mitgehen zu können. Wenn die Führung eines privaten Unternehmens, und dabei nehmen wir an, es ist tatsächlich privat und es gehört auch Privaten, so besetzt wird, weil man unter anderem den Schwiegersohn versorgen will, weil die Tochter sich den unbedingt wünscht, dann passiert das

ja, und das wissen Sie so gut wie ich, und dagegen ist auch nichts zu sagen, solange das alles floriert, ist das auch in Ordnung. Wenn der Schwiegersohn dann untüchtig ist und das Unternehmen in Konkurs geht, bezahlen wir das alle – da sind wir uns einig. Also so Wurscht ist es natürlich nirgends. Ich wollte das nur als Beispiel bringen. Die Realität ist, daß wir zum Beispiel Heiligen Geist wiederfinden, sondern das bezahlen auch die Steuerzahler und der, der das abschreiben muß, nämlich seine Werte, von der Bank angefangen bis zum Lieferanten. Ich brauche das aber hier nicht näher auszuführen. Das heißt, die Vorstellung oder diese Imagination – Konkurse und Ausgleichs – sind das Risiko jedes einzelnen – Aufwiedersehen, das war es dann. Das ist natürlich nicht der Realität entsprechend. Es zahlt der Staat durch die entgangenen Steuern, es zahlt die Bank, die ihr Geld nicht mehr bekommt, und damit derjenige, der die Zinsen und die Gebühren bezahlen muß, es zahlt der Vorlieferant, der kein Geld mehr bekommt oder eben im Ausgleich um so und so viel weniger bekommt, und so weiter und so weiter. Ich möchte damit nur sagen, daß in Wirklichkeit alle personellen Entscheidungen, wenn sie Fehlentscheidungen sind, Auswirkungen auf die Gemeinschaft haben. Ich glaube, wenn wir uns auf das einigen, dann haben wir keinen Dissens. Ich wollte das einmal sagen, weil man über den Teil so elegant immer drübergeht, als ob das alles nur Angelegenheit des einzelnen oder der Privaten oder des Privaten oder der Privatfirma wäre. Ich glaube, daß ich bei der Abteilung FoKu wirklich sagen kann, „Rot“ ist sie nicht, „Schwarz“ ist sie eher. (Abg. Mag. Bleckmann: „Farblos!“) Aber irgendwann werde ich jetzt einen Blauen oder eine Blaue suchen, damit das leichter wird. Vielleicht haben wir dann einen Konsens. (Abg. Dr. Lopatka: „Die Bleckmann!“) Das war jetzt wirklich nicht böse gemeint, sondern ich sage ganz schlicht, wenn das das Klima insgesamt beruhigen würde, und es wird ja in euren Reihen auch exzellente Leute geben, dann muß man irgendwann einmal von dort jemanden einbauen, herholen oder gewinnen zur Mitarbeit bei mir. Ich werde mich jedenfalls darum bemühen. Was sagen Sie jetzt? Das haben Sie nicht erwartet. Sie werden sehen, denn ich bin da nicht so. Frau Kollegin Zitz – sie ist jetzt natürlich hinausgegangen – will mich aus Prinzip mißverstehen. Wenn ich sage, es steht mir nicht zu, über das, was in der Zeit Krainers geschehen ist, zu bewerten, dann sagt sie, ich will die Geschichte und die Zeit dort wegräumen. Ich habe nichts anderes gesagt, als daß ich keine Bewertung dessen vornehme, was in der Zeit vor mir geschehen ist. Das gehört sich nicht, und das tue ich nicht, auch wenn es der Frau Abgeordneten Zitz nicht paßt und auch wenn sie mir etwas unterstellen will. Das ist eine Methode, mit der ich sehr schwer umgehen kann. Ich sage das wirklich in aller Deutlichkeit, denn man kann einfach nicht die Worte und den Sinn umdrehen. Ich glaube, ich habe es dreimal gesagt, es steht mir nicht zu, das zu bewerten, und das tue ich auch nicht und gar nichts anderes. Zur Landesausstellung in Leoben kann ich nur nochmals sagen, daß ich zu dieser stehe, auch wenn nicht alles so gegangen ist, wie wir uns das alle gemeinsam gewünscht haben – erledigt, aus, Ende. Es mag schon sein, daß die eine oder andere Apparatur gefehlt hat, mit der man sich spielen konnte – das ist richtig. Es hat

für Kinder zu wenig oder nichts gegeben – das ist in Ordnung. Das Grundkonzept der Landesausstellung in Leoben ist allerdings aufgegangen. Ich habe es das letzte Mal schon gesagt, jeder möge durch diese Stadt und durch diese Region gehen. Wenn die Frau Abgeordnete Zitz gegen die Heimatpflege ist, dann muß ich sagen, okay, wir unterscheiden uns einfach. Wir unterscheiden uns von ihr, denn ich bin für die Heimatpflege. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.) Wenn es stört, daß die Musik, irgendein Gesangsverein, die Goldhauben oder sonst etwas gefördert wird, dann ist das okay. Sie werden gefördert, und zwar viel, viel mehr als je zuvor. Ich stehe dazu. Ich lasse mir aber bitte nicht nehmen, im experimentellen Teil und im produktiven Teil, also in den heikelsten Förderbereichen, nicht sehr, sehr expansiv gewesen zu sein. Es hat noch nie, auch quantitativ und qualitativ, so viel Förderung im experimentellen Teil und im produktiven Teil gegeben als in den letzten beiden Jahren. (Beifall bei der SPÖ.) Herr Prof. Jeglitsch, Sie verstehen mich bitte nicht falsch, wenn ich das jetzt so sage, aber es paßt ein bißchen zur Kunst dazu, es gibt den berühmten Ausspruch, und der geht ungefähr so: Wenn sie in Österreich berühmt werden wollen, lieber Herr Kollege, dann sterben sie beizeiten. Dieses, umgelegt auf die Politik, gilt halt leider auch. In dem Augenblick, wo man die politische Bühne verläßt, wird man gelobt. Ich werde das nicht, denn es ist offensichtlich eine Gepflogenheit. Ob es immer gescheit ist, daß es so ist, da bin ich mit Ihnen. Vielleicht sollten wir auch da unsere Kultur ändern, und damit wäre ich auch einverstanden – bislang war es so. Vielleicht aber führt die heutige Debatte auch dazu, daß das nicht so bleiben muß. Beim Kulturförderungsgesetz ist es für mich schon klar, daß das, was der Landtag beschließt, von mir zu vollziehen ist. Das ist vielleicht der Punkt der politischen Auseinandersetzung, den wir in der Zukunft einmal führen sollten, inwieweit lassen sich Entscheidungsprozesse in der Kunstförderung überhaupt demokratisieren. Ich persönlich habe den Zugang, daß ich sage, der schöpferische Akt der Kreativität selbst ist schon kein demokratischer Prozeß. Ich glaube, über das sind wir uns einig. Ein demokratischer Prozeß wird es nicht sein, wenn ein schöpferischer Akt eines Künstlers oder einer Künstlerin stattfindet. Inwieweit man jetzt nicht sagen muß, daß derjenige, der das politische Mandat hat, letztlich die Verantwortung trägt und daher letztlich entscheiden muß, bin ich der Meinung, das wird wahrscheinlich der richtige Ansatz sein. Wir können das Ganze mit Beiräten versehen, wir können mehr Information versuchen, aber ich glaube, in der letzten Konsequenz muß es eine Entscheidung geben, die auch wieder eine Entscheidung dessen ist, der die Kompetenz des Ressorts hat. Ich glaube, ich kann mich auch nicht drumherumdrehen. Es wird mir auch niemand im Landtag abnehmen, wenn ich sage, der Beirat X und Y hat irgend etwas entschieden. In der letzten Konsequenz wird man sagen, Herr Schachner, Sie waren das, es interessiert uns nicht, was Ihr Beirat X und Y und Z gesagt hat. Ich glaube, wir sollten auch hier ehrlich genug sein und sagen, okay, jede Information, alles, was es an Vorentscheidungen und Möglichkeiten der Findung zur Entscheidung gibt, in Ordnung, aber ein demokratischer Prozeß wird die Entscheidung, ich fördere dieses Projekt oder ich fördere es nicht, wahrscheinlich nie in dem Sinn, daß wir über

jeden abstimmen. So meine ich es – damit ich nicht falsch verstanden werde. Die Legitimation besteht darin, daß Sie gewählt sind und wir von Ihnen gewählt sind. Wenn wir das eines Tages nicht mehr sind, dann ist der demokratische Prozeß beendet. Die Förderung X und Y zu demokratisieren wird wahrscheinlich ein unglaublich schwieriges Unterfangen, wenn sie nicht überhaupt fast unmöglich ist. Ich bin da ein bißchen in dem Zustand, daß ich sage, natürlich das Bestimmtsein des Bewußtseins, das ist schon richtig, und das, was man vorher bekrittelt hat, stellt sich im nachhinein anders dar. Ich gehe sogar so weit, zu sagen, für jede Form, die etwas verbessern kann, bin ich zugänglich. Ich glaube nur, daß wir sozusagen eine generelle Demokratisierung der Entscheidungsprozesse in der Kunstpolitik nicht erzielen können, und wir werden auch der Sache, so nehme ich an, nicht dienen, denn bis wir unsere Entscheidungen getroffen haben, wird sich der Künstler oder die Künstlerin längst verflüchtigt haben, das fürchte ich auch noch, weil da muß man ja oder nein sagen, machen wir oder machen wir nicht. Das kann man ja nicht durch alle Instanzen jagen. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Sofern man die Kunst nicht einäugig sieht, das hast du ja gesagt, daß das nicht passiert!“) Und da habe ich überhaupt keine Bereitschaft dazu. Es muß das eine und das andere und das Dritte und das Vierte, das Künftige und die Vergangenheit, das muß sich zusammenfügen. Ansonst ist es eine Kunstpolitik, die dann wirklich nur mehr Politik ist, denn eines sage ich, damit komme ich zum Schluß, du hast mich zum Schluß gebracht, German, ich glaube, es gibt eine Fehleinschätzung in den Zitaten in bezug auf die Politik mit Kunst und Kunstpolitik. Ich habe einen bißchen anderen Zugang. Mein Zugang ist in etwa der, daß ich sage, Kulturpolitik eignet sich ganz sicherlich nicht für Stimmenmaximierung. Wer das glaubt, begeht einen entscheidenden Fehler. Kulturpolitik eignet sich daher überhaupt nicht für die Frage, gewinnt man eine Wahl oder verliert man eine Wahl. Ich sage das wirklich offen so, wie ich es mir denke. Das Dritte ist, es ist schon ganz was anderes, und das ist wichtig: Kultur und Kulturpolitik kann Stimmung machen. Sie kann eine Grundstimmung vermitteln. Sie kann dem Grunde nach erzeugen, das Land ist offen, in diesem Land kann man sich bewegen, in diesem Land bekommt man eine Chance, alles das ist möglich mit Kulturpolitik. Aber bitte mehr zu erwarten wäre frivol und unanständig. Also das ist mein Zugang zur Kulturpolitik, daher sage ich, die Ausgewogenheit in Hinsicht dessen schauen wir bitte auf das alte, es geht halt nicht, daß Werke, die 700 Jahre alt sind, einfach verschimmeln, weil man angeblich kein Geld hat, unwiederbringliche Werke. Natürlich kann der nächste hier sagen, daß ist das risikoloseste an Kulturpolitik, was man je gesehen hat, der geht die alten Trümmer

herrichten. Das habe ich auch schon gehört. Mag schon sein, ich bekenne mich dazu. Ich habe zu diesem Landesarchiv eine besondere Beziehung, weil ich glaube, unwiederbringliche Schätze dort liegen zu sehen. Daher sage ich, es gehört hergerichtet. Beim Landesmuseum Joanneum ist das das gleiche. Bitte, was zeigen wir alles nicht her? Der Strettwagen Streitwagen ist das erste Mal voriges Jahr ausgestellt worden. Das ist etwas Einmaliges. Jeder von uns, wenn er es sich leisten könnte, würde 1000 Kilometer fliegen, daß er so etwas sieht, um dann etwas zu sehen, was bei weitem nicht diese Qualität hat, aber wir haben es nie hergezeigt. Das ist die Wahrheit. Also, okay, auch das kann man sagen, eine risikolose Geschichte, er richtet das Joanneum her. Das glaube ich aber nicht, ich glaube, es ist auch unsere Verpflichtung, das zu erhalten und das zu zeigen, was wir an Schätzen haben. Im übrigen auch als Ergänzung zur übrigen Politik, um zu sehen, was dieses Land alles bietet neben allen anderen Dingen, die wir machen. Die Erneuerung ist klar. Ich habe es schon gesagt, der experimentelle Teil ist einer, den man überhaupt nicht über den Markt bewältigen kann, den kann man überhaupt nur durch gezielte Förderung bewältigen. Und den Produktions- teil – siehe Herbst – erst recht. Also ich glaube, auch hier besteht doch ein grundsätzliches Einverständnis und ein Schritt zu einer zweiten oder dritten Moderne, wie immer man sie sehen will, ist auch ein Prozeß, der ein politischer Prozeß ist im Sinne dessen, wie ich es gemeint habe. Und wenn ich mir die Debatte insgesamt betrachte, dann bin ich dankbar dafür, weil ich glaube, und das soll in der Kulturpolitik so sein, sonst ist sie auch nicht machbar, daß wir einen Grundkonsens haben bei unterschiedlichen Nuancierungen. Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 15.31 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor.

Ich lasse in folgender Reihenfolge abstimmen:

Erstens: Beschlußantrag der Grünen und des Liberalen Forums betreffend Kulturpolitik des Landes. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Zweitens: Beschlußantrag aller fünf Fraktionen betreffend Kulturförderungsgesetz. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Danke, Gegenprobe, ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Tagesordnung ist erledigt. Die nächste Sitzung wird schriftlich einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 15.32 Uhr.)